

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Der „Rechtsruck“ und die Konterrevolution von 1989/90

Bei Bundestagswahlen gibt es 299 Wahlkreise, in denen Abgeordnete direkt gewählt werden. Am 24. September 2017 gewannen CDU und CSU die Mandate in 231 von den 299. Das läßt sich als stabile Situation für die wichtigste Partei des deutschen Großkapitals deuten.

Falsche Wahrnehmung? Fest steht jedenfalls: Weder innerhalb von CDU/CSU noch außerhalb gab es eine ernsthafte Konkurrenz zu Angela Merkel. Sie verkörpert einen „moderaten“ Typus von Herrschaftsausübung des deutschen Imperialismus. Wer nach ihr kommt, welche Form der Macht die Herrschenden anstreben, ist offen. Mit der AfD hat sich das Großkapital allerdings bereits eine Reserve mit einer beachtlichen Massenbasis für Krisenzeiten geschaffen. Vorbereitungen darauf sind im Sicherheitsapparat seit langem im Gang, die Bürgerkriegsübung beim G20-Gipfel in Hamburg war in dieser Hinsicht fast wichtiger als der Wahltag.

Die Bundestagswahl fand in einer Situation statt, in der Washington offen mit dem Weltkrieg spielt. Vermutlich hat das die Wahlentscheidung zugunsten der „verlässlichen“ Merkel mit beeinflußt. Dabei steht fest: Militärisch ordnet sich Berlin zwar weiterhin Washington unter, verstärkt aber zusammen mit Frankreich zielstrebig die eigenen militärischen Fähigkeiten und die der EU. Ergänzt wird das durch die genau dosierte, aber anhaltende Diskussion über mögliche deutsche Atomwaffen. Kein Imperialismus ohne aggressive Außenpolitik und ohne Militarismus.

Dennoch gelang es, die Frage von Krieg und Frieden aus dem Wahlkampf weitgehend herauszuhalten. Staats- und Konzernmedien befaßten sich prinzipiell nicht damit, sondern boten vor allem der AfD und „Merkel muß weg!“-Rufern eine Plattform. Auch das dürfte zur Wiederwahl Merkels beigetragen haben. Zugleich wurde die AfD hoffähig. Das war nicht schwer. Sie ist von ihrem Ursprung her eine Partei von CDU-Funktionären, ihr Personal stammt zu beträchtlichen Teilen aus dem Machtapparat: Verwaltung, Justiz, Polizei und Bundeswehr. Das Verfahren, der AfD etwa im Fernsehen eine Präsenz einzuräumen, die der PDS von

1990 bis zur Gründung der Linkspartei 2007 niemals zugebilligt wurde, und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß sich deren Vertreter als benachteiligte Opfer von Medien und „Altparteien“ darstellen konnten, trug alle Züge einer geheimdienstlichen Operation. In der Endphase der DDR war ähnliches beim Aufkommen diverser Oppositionsgruppen zu beobachten. Die Konzentration auch der Medien auf die Flüchtlingsfrage hatte groteske Züge. Dort, wo die wenigsten MigrantInnen leben, erreichte die AfD im Osten ihre höchsten Ergebnisse. Im Westen war es umgekehrt: So kam sie z. B. in Wahlbezirken Duisburgs, in denen der Zuwandereranteil seit Jahren sehr hoch ist, auf mehr als 30 Prozent der Stimmen.

Die in Ostdeutschland herrschende systemkritische Stimmung nach 27 Jahren Anschlußverbrechen und erzwungener Auswanderung von etwa vier Millionen DDR-Bürgern konnte sich die AfD zunutze machen. Die Linkspartei begünstigte durch das teilweise Übernehmen der konterrevolutionären Lösung von der DDR als „Unrechtsstaat“ sogar die AfD. Der Absurdität ihrer Wahlstrategie fügte sie nach dem 24. September eine weitere hinzu, als eine Debatte darüber lanciert wurde, Die Linke habe die „Flüchtlingsfrage“ bzw. die Sorgen der Menschen vernachlässigt. Dazu läßt sich sagen: Wer die Anschlußpolitik mit ihren katastrophalen Folgen mißachtet oder als „Fortschritt“ demagogisch feiert, muß sich nicht wundern, wenn die AfD das spielend übertrifft.

Angesichts der Konstellation im Bundestag – die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles als Oppositionsführerin, Die Linke als kleinste Gruppierung im Nicht-Regierungslager – stellt sich wie nach dem Wahldesaster von 2002 die Existenzfrage für die Partei. Solange sie mehrheitlich als Regierungspartei im Wartestand auftritt, wird sie entsprechend wahrgenommen werden. Die in ihr verbliebenen Sozialisten und Kommunisten werden darum kämpfen, daß Krieg und Frieden, Niedriglöhne und Armut sowie die Weltmachtbestrebungen des deutschen Imperialismus wieder in den Mittelpunkt rücken. Die Sozialisten und Kommunisten außerhalb

der Partei haben das bereits während des Wahlkampfes getan.

Das muß nicht nur angesichts von Weltkriegsgefahr, Krise und wachsender Aggressivität deutlich verstärkt werden. Der „Rechtsruck“ hat nicht am 24. September 2017 stattgefunden, sondern mit der Konterrevolution von 1989/90, mit der Kriegspolitik, verschärfte Ausbeutung und ein dritter Anlauf zum „Platz an der Sonne“ möglich wurden.

Die AfD ist das vorläufig letzte Resultat dieses Prozesses, den die damaligen Bundestagsparteien 1990 geschlossen einschlugen und seither praktizierten: Sie ergänzt ihn mit nationalistischen und rechtsextremen Parolen, macht ihn insofern kenntlich. Für Friedensbewegung und Linke gilt es, allen Befürwortern eines Kurses, der erneut in den Untergang führen kann, das Handwerk zu legen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl	2
Eugen Drewermann: Weg mit der US Air Base Ramstein!	4
Theodor Weißenborn: Besuch in Dachau	5
Ekkehard Lieberam: Kommunistenverfolgung	6
Nobelpreis stärkt Friedensbewegung	7
Der Konflikt um Katalonien	9
Horst Schneider: Zur „Kubakrise“ von 1962	11
James Risen – Krieg um jeden Preis	13
Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (2)	14
John Reeds russische Notizblocks	17
Über die Russen und über uns	19
Vom Ende der Sprachlosigkeit (1)	23
Stimmen aus aller Welt über die DDR	25
Gisela Steineckert: Hand aufs Herz	31
„RotFuchs“-Veranstaltungen	32
Leserbriefe	33

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl

■ In einer ersten Stellungnahme erklärte der Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke:

Unsere Partei erzielte am 24. September 2017 ein respektables Ergebnis. Wir haben einen Zugewinn von 0,6 Prozent zu verzeichnen, gewannen absolut eine halbe Million Stimmen hinzu und erkämpften fünf Direktmandate. Die Mitglieder der Kommunistischen Plattform haben aktiv am Wahlkampf teilgenommen und ihren Anteil daran, daß die Partei in großer Geschlossenheit die Beschlüsse des Hannoverischen Wahlparteitages vom Juni 2017 umsetzte. Das sind solide Grundlagen für das weitere parlamentarische und außerparlamentarische Wirken der Linken.

Daran, daß Frau Merkel Bundeskanzlerin bleiben würde, hat spätestens nach den stetig fallenden Umfragewerten für den SPD-Kanzlerkandidaten Schulz kaum noch jemand gezweifelt. Die Gründe für das schlechte Abschneiden der SPD zu analysieren, ist hier nicht der Platz, zumal diese Gründe seit langem im Gespräch sind. Absurderweise sind es annähernd die gleichen, die auch der CDU/CSU ein nicht gerade berauschendes Wahlergebnis bescherten. Auf den Punkt gebracht hat die große Koalition den Preis für eine selbstgefällige, die Realitäten verschleiernde Politik gezahlt: eine Innen- und Außenpolitik, die den Interessen der Bevölkerungsmehrheit extrem weniger Rechnung trug als den Interessen des Kapitals. Wie auch immer die künftige Bundesregierung aussehen mag – vieles spricht momentan für das Zustandekommen einer sogenannten Jamaika-Koalition: Einen Politikwechsel, der die Interessen der Bevölkerungsmehrheit in neuer Qualität berücksichtigt, wird es nicht geben.

Das – und der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag – erhöht unsere Verpflichtung, als unverwechselbare Oppositionskraft nachhaltig eine Politik zu betreiben, die sich grundlegend von der aller etablierten Parteien unterscheidet – seien sie bürgerlich-demokratischer oder auch völkisch-nationalistischer Natur.

■ Wolfgang Gehrcke (Partei Die Linke) erklärte:

Der Wahlausgang weist einen eindeutigen und harten Rechtsruck in unserem Land auf. Das ist die Hauptseite des Wahlergebnisses. Besonders deutlich wird das am Abschneiden der AfD und auch daran, daß die politischen Kräfte links von der CDU, vor allem die SPD, nicht hinzugewinnen konnten. Die Verhältnisse schreien nach Veränderungen, nur die Veränderungsbereitschaft der Etablierten hielt sich in engen Grenzen, und die Veränderungsfähigkeit der Regierten stolperte nach rechts. Die Rechte in Deutschland will „das Volk“ in Besitz nehmen. AfD-Chef Gauland sprach nach der Wahl nicht nur davon, die Regierung inklusive der Kanzlerin zu „jagen“, sondern er reklamierte „das Volk“ als Besitzstand für die AfD. Wenn Gauland vom „Volk“ spricht, ist einiges eindeutig nicht gemeint: Nicht die Selbstbestimmung der Wählerinnen und Wähler, nicht

die Freiheit bei der Auswahl der politischen Vertretung, noch nicht einmal die Bevölkerung Deutschlands, sondern eine völkische, ethnisch definierte Idee. Anders als in der Wendezeit, als die Menschen mit „Wir sind das Volk!“ ihren Anspruch auf selbstbestimmte Machtausübung anmeldeten, soll jetzt „das Volk“ entmündigt werden, indem die politische Rechte es zu ihrem Besitz erklärt: Das ist unser Volk!

Einer der sehr erfolgreichen Wahlslogans der PDS hieß: „Veränderung beginnt mit Opposition“. Das stimmt nicht nur für Wahlen, sondern auch für den Alltag. Und dazu paßt nicht, wenn der Parteivorsitzende Bernd Riexinger, andere auch, schon am Wahlabend davon sprechen, daß in den kommenden vier Jahren andere Regierungsmehrheiten geschaffen werden müssen. Einer demokratischen, humanistischen Regierungsmehrheit geht eine politische und kulturelle Hegemonie voraus, sonst wird es jene Mehrheit nicht geben oder sie wird nicht halten. Um Hegemonie müssen wir als Linke kämpfen! Wer zuerst auf Konstellationen der Macht schaut und nicht auf tiefgreifende Veränderungen von Meinungen und Haltungen, spielt damit, daß durch Anpassung Mehrheiten zustande kommen. Was dann passiert, hat uns die SPD spätestens bei dieser Bundestagswahl vor Augen geführt.

Ich freue mich über alle Stimmengewinne der Linken. Aber wer verdrängt, daß die Zugewinne fast ausschließlich aus dem Westen gekommen sind – das trifft auch auf die westlichen Wahlbezirke Berlins zu –, der gibt den Osten letzten Endes auf. Auch hier gilt: Veränderung beginnt mit Opposition, auch dann, wenn man in drei Landesregierungen sitzt. Überall, wo wir schwach sind, macht sich die AfD breit.

Wahlkämpfe gewinnt man mit und durch Profil. Wo das Profil verschwindet, verschwinden auch die Stimmen. Warum war es so schwer, deutlich herauszustreichen, daß wir eine Abrüstungspartei sind und aus der NATO raus wollen? Oder daß die Bundesregierung dabei

ist, uns Rußland zum Feind zu machen? Oder daß Die Linke die Reichen um etwas Reichtum erleichtern will? Die Linke ist eine Partei der Revolution – mit dem Grundgesetz – und als solche sollte sie auch erscheinen, gerade jetzt, da wir das Grundgesetz wieder beherzt verteidigen müssen.

■ Patrik Köbele (Vorsitzender der DKP) kommentierte:

Natürlich begrüßt die DKP, daß mit der Linkspartei auch Abgeordnete in den Bundestag kommen, die konsequent gegen Krieg, Verarmung und Spardiktat kämpfen. Aber in ihrer Ausrichtung ist die Linkspartei selbst voller Widersprüche: Sie will den Kapitalismus ein bißchen abschaffen, aber auch ein bißchen sozialer machen. Sie will die Politik der Bundesregierung bekämpfen, aber gleichzeitig in Thüringen eine ganz ähnliche Politik mitgestalten. Sie will Menschen auf die Straße bringen, aber gleichzeitig parlamentarische Lösungen versprechen. Wenn wir den Rechtsruck aufhalten wollen, müssen wir der Arbeiterklasse umfassende Erklärungen und Perspektiven anbieten, mit denen die Menschen ihre begründete Wut und ihre alltägliche Unzufriedenheit von bürgerlichen Vorurteilen befreien können: die Erkenntnis, daß der Kapitalismus eine Ausbeuterordnung ist, daß die Bundesregierung die Vertretung der Banken und Konzerne ist, daß es nur dann eine dauerhaft lebenswerte Zukunft geben kann, wenn die arbeitenden Menschen die Wirtschaft und den Staat in die eigenen Hände nehmen. Gegen bürgerliches Schönreden, rechte Hetze und wütende Orientierungslosigkeit hilft nur eins: die kommunistische Partei in diesem Land aufzubauen. Denn nur mit einer starken kommunistischen Partei kann die Arbeiterklasse etwas anderes als Stimmvieh für Parteien werden, die fremde Interessen vertreten. Der Wahlkampf der DKP war ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf diesem langen Weg.

Es ist wieder soweit!

Fast 20 Jahre lang hat der „RotFuchs“ – die inzwischen auflagenstärkste marxistische Monatsschrift in Deutschland – überlebt, und das ohne irgendein finanzielles Hinterland. Das war nur möglich, weil wir uns stets auf die Hilfe, die Solidarität und Opferbereitschaft vieler Tausender Leser, Sympathisanten, Freunde, Genossen und Weggefährten verlassen konnten.

Wenn wir uns nun mit der Bitte an Euch wenden, uns erneut tatkräftig unter die Arme zu greifen, tun wir das vor allem vor dem Hintergrund des Ausgangs der Bundestagswahlen. Es ist angesichts eines nach innen zunehmend reaktionären und nach außen großmachtchauvinistischen Kurses Deutschlands hohe Zeit, die Bemühungen um die Zusammenführung antifaschistisch-demokratisch gesinnter Kräfte zu verstärken. Dazu brauchen wir den „RotFuchs“. Er ist und bleibt eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten und wendet sich an Gewerkschafter, linke Sozialdemokraten, fortschrittliche Christen, an alle aufrechten Demokraten, noch enger zusammenzurücken.

Da vor allem die Druck- und Versandkosten unserer ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit erstellten Zeitschrift weiter steigen, bauen wir darauf, daß Ihr den „RotFuchs“ nicht im Regen stehen laßt. Wer also beim Festtagsbrateneinkauf auch für den „RotFuchs“ eine „Gänsekeule“ – nach dem Maß des persönlich Möglichen versteht sich – erübrigen kann, möge den beiliegenden Überweisungsschein verwenden.

„Ehre, Treue, Vaterland“

Die radikale Rechte und die Bundeswehr

Im Rahmen ihres Stuttgarter Parteitagess hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) Ende April/Anfang Mai 2016 ihr erstes Grundsatzprogramm verabschiedet. Darin werden auch Eckpunkte zur Außen- und Militärpolitik umrissen, für deren Durchsetzung die AfD eintreten will.¹ Grundsätzlich entwirft die AfD dabei ein Bild der militärischen Handlungsschwäche Deutschlands und des europäischen Kontinents. Die dadurch entstandene Abhängigkeit von den USA zeige zugleich, daß „eigene Interessen“ nicht vertreten würden. Als Ausweg schlägt die AfD daher die Realisierung einer langfristig angelegten und ressortübergreifend verankerten Gesamtstrategie vor. Im Mittelpunkt: „nationale Interessen“ und „das Wohl des deutschen Volkes“.

Die dabei vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen orientieren sich an einer Ausweitung des Einflusses Deutschlands in der internationalen Politik durch die Besetzung eines ständigen Sitzes der Bundesrepublik Deutschland im UN-Sicherheitsrat sowie die Aufrüstung der Bundeswehr und deren Remilitarisierung, etwa durch den Abbau von Bürokratie. Letztere soll nicht zuletzt das Gewicht Deutschlands in internationalen Bündnissen stärken. Für die NATO wird deren Aufgabe als Verteidigungsbündnis betont, wobei eine Stärkung der europäischen Mitgliedsstaaten angestrebt wird, wenn es um Interventionseinsätze „an der Peripherie“ Europas geht. Zugleich wird die Notwendigkeit betont, die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland als zentralen Baustein staatlicher Souveränität aufzuwerten; hierzu wird auch eine Stärkung der Geheimdienste und der Rüstungsindustrie gezählt. Gegenüber Rußland wird im Programm lediglich darauf verwiesen, daß ohne dessen Einbindung Sicherheit in Europa nicht gelingen könne. Entsprechend des von der AfD vertretenen „Souveränismus“ fordert die AfD den Abzug aller alliierten Truppen einschließlich deren Atomwaffen sowie eine Streichung der „Feindstaatenklauseln“.

Die von der AfD formulierte Zustandsbeschreibung wie die angestrebte Aufrüstung und Aufwertung der Bundeswehr weisen relevante Überschneidungen mit Positionen auf, die im nationalkonservativen und extrem rechten politischen Spektrum vertreten werden. So wird dort seit vielen Jahren der innere Zustand der Streitkräfte als zu wenig einsatznah beschrieben. Hierbei gelten die Universitäten der Bundeswehr als ein Indikator, deren Bedeutung zugunsten der Truppenausbildung reduziert werden soll. Gefordert wird die Anerkennung des Militärs als eines besonderen Berufs, um „die zivilgesellschaftliche Deformierung des Soldatentums einzudämmen“.² Der frühere NPD-Parteivorsitzende Udo Pastörs sah die Bundeswehr geistig wie

technisch in Auflösung begriffen. Dies zu ändern, sei nicht nur eine Frage der Finanzierung, „sondern auch einer Neubewertung der grundsätzlichen Auffassung vom Dienst am Vaterland“, bei der die derzeit anzutreffenden „Verteidigungsbeamten“ durch einen Soldatentyp ersetzt werden müßten, der „siegesgewiß und jederzeit bereit [sei], für sein Vaterland sein Leben zu opfern“³. Eine solche – auch gegen die Idee des „Staatsbürgers in Uniform“ gerichtete – Handlungsmaxime geht mit Klagen über ein Traditionsverständnis der Bundeswehr einher, in dem deren Vorgängerarmeen nicht mehr gewürdigt würden, Geschwadern und Kasernen ihrer „Traditionsnamen“ beraubt würden und verschwiegen würde, daß die Kriegsgeneration in den 50er und 60er Jahren die Bundeswehr aufgebaut habe.⁴ Selbst im „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ sei unter der Präsidentschaft Markus Meckels der Versuch unternommen worden, diesen „zu einem weiteren Bauteil im Räderwerk der gigantischen bundesdeutschen Bewältigungsindustrie“⁵ zu verwandeln. Gemeint war die Tatsache, daß das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg als rassistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt hat. Die seiner Ansicht nach fehlende Anerkennung des Soldatenberufs schmerzt auch den Gründer und Chefredakteur des nationalkonservativen Wochenblattes „Junge Freiheit“. Ihm zufolge trage sie „autoaggressive Züge“ und entspringe „der Ablehnung eigener Staatlichkeit und des natürlichen Selbstbehauptungswillens der Nation“.⁶

Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – so Udo Pastörs – erfordere ein Militär, das die eigenen politischen Vorstellungen gegen feindliche Mächte durchsetzen könne. Dem Ziel eines vollständig souveränen deutschen Machtstaates stehen aus Sicht der radikalen Rechten nicht zuletzt die USA entgegen. Deren Schwächung gehört zu den Zielen der extremen Rechten; hieraus leitet sich dort die Forderung nach einer Schließung der US-Stützpunkte in der Bundesrepublik Deutschland oder auch die Opposition gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle ab.⁷ Eine grundsätzliche Ablehnung von Atomwaffen ist mit der ebenfalls vertretenen Forderung nach Abzug des entsprechenden US-Arsenals vom Territorium der Bundesrepublik jedoch nicht verbunden; im Gegenteil: Atomwaffen „in deutscher Hand“ werden als probates Mittel angesehen, sich gegen die USA behaupten zu können. Diesem Ziel folgen auch die bündnispolitischen Überlegungen der extremen Rechten. Sie setzt – bei Rückkehr zu nationalen Kommandostrukturen (Ablehnung einer europäischen Armee) – insbesondere auf eine Achse Paris-Berlin-Moskau. Entsprechend positiv wird eine Politik Putins

bewertet, wenn sie Rußland als starken weltpolitischen Opponenten gegen die USA aufstellt. Mit Blick auf das deutsch-russische Verhältnis wird – unter Bezugnahme auf den Waffenstillstand zum Jahresausklang 1812 – der „Geist von Tauroggen“ als Grundlage eines deutsch-russischen Bündnisses beschworen, das sich heute insbesondere gegen die USA richten soll.⁸ Wenn die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr seitens der nationalkonservativen und extremen Rechten in gewissem Rahmen als Beitrag zur Renormalisierung des Militärischen und des Krieges in der deutschen Nachkriegsgesellschaft angesehen wurden, so dominiert doch eine Sichtweise, die diese Einsätze mit der Begründung ablehnt, sie dienten nicht „deutschen Interessen“.⁹ Die Kritik nationalkonservativer und extrem rechter Gruppen an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist nicht vom Interesse an der Beseitigung von Kriegsursachen und der Stärkung kriegsvermeidender internationaler Abkommen getragen. Krieg wird vielmehr als unvermeidlich angesehen – er soll jedoch deutschen Interessen „dienen“. Der völkisch-nationalistische „Souveränismus“ will die Rückkehr zu einem deutschen Machtstaat, der über die gesamte Breite des Waffenarsenals verfügt und dessen Militär und Bevölkerung zu Opfern bereit sind, wenn es in zukünftigen Kriegen – ohne völkerrechtliche Begrenzungen – um die Durchsetzung dessen geht, was zuvor als „deutsche Interessen“ bestimmt worden ist.

Fabian Virchow

(gekürzt aus „FriedensForum“ 3/2017)

Fabian Virchow ist Professor an der Hochschule Düsseldorf; dort leitet er den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus

Anmerkungen

- 1 *Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Stuttgart 2016, S. 29–32*
- 2 *Erik Lehnert: Eine Armee am Rand. In: „Junge Freiheit“ 34/2013, S. 21*
- 3 *Udo Pastörs: Kanonenfutter für den Feind. In: „Deutsche Stimme“ 11/2014, S. 2*
- 4 *Jochen Weber: Ohne Tradition, ohne Geld, ohne Zukunft, in: „Deutsche Stimme“ 12/2011, S. 5*
- 5 *Bernhard Radtke: Volksbund auf Abwegen? In: „Zuerst!“ 1/2017, S. 34–37, hier S. 36*
- 6 *Dieter Stein: Die nationale Neurose überwinden. In: „Junge Freiheit“ 26/2013, S. 1*
- 7 *Thorsten Thomsen: Kriegsflughafen Leipzig – nicht mit uns. In: „Deutsche Stimme“ 5/2012, S. 11*
- 8 *Roland Wuttke: Der Auftrag von Tauroggen. In: „Deutsche Stimme“ 3/2013, S. 8*
- 9 *Fabian Virchow: Gegen den Zivilismus – Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten. Wiesbaden 2006*

Weg mit der US Air Base Ramstein!

Ich höre sagen, die NATO sorgt sich vor Rußland. Rußland gibt ungefähr 80 Milliarden Dollar pro Jahr für Rüstung aus – das ist allemal zuviel. Aber es ist nicht ein Zehntel von dem, was „God’s own country“, die USA, sich leisten, die zusammen mit den 300 Milliarden der restlichen NATO-Staaten mehr als 900 Milliarden Dollar für Rüstung ausgeben. Der Westen wendet also fast die Hälfte aller weltweiten Militärausgaben für seine Machtansprüche auf den gesamten Globus auf. Die Amerikaner unterhalten etwa 600 Militärstützpunkte weltweit. Rußland hat einen einzigen – in Syrien. Wer hat da Grund, sich vor wem zu fürchten? Stellen Sie sich vor, wir hätten nur in den letzten 25 Jahren die enormen Anstrengungen für Rüstung konvertieren können, zur Lösung der wirklichen Probleme dieser Welt – Hunger, Elend, Naturzerstörung, Analphabetismus, Seuchen, Krankheiten, was Sie wollen.

Wir hören, daß wir einen internationalen Antiterrorkrieg führen müssen. Nelson Mandela hat bereits gesagt, daß auf jeden getöteten Terroristen zehn neue Terroristen kommen, und das ist wahr. 2001 hatten wir in Afghanistan etwa 1000 Al-Qaida-Mitglieder, der IS rekrutiert heute bis zu 30 000 Terroristen. Und vergleichen Sie die Taten! Wenn der IS 10 000 Menschen getötet hat, ist das eine furchtbare Zahl. Aber die Amerikaner haben im Nahen Osten über zwei Millionen Tote zu verantworten – seit 1991 und dann ab 2003 in zwei langen Kriegen. Alleine in den Proportionen stimmt der Satz: Terror ist der Krieg der Schwachen, Krieg aber ist der Terror der Starken, und den müssen wir überwinden.

Bush der Ältere verfolgte ab 1991 den Plan, die NATO nach Osten zu erweitern und die USA zur globalen Hegemonialmacht zu machen. Seitdem haben wir einen Krieg nach dem anderen: 1991 im Irak, 1992 in Somalia, 1995 gegen Belgrad, 2001 in Afghanistan, 2003 wieder im Irak, dann kamen Libyen, Syrien, und Mali – und wir Deutschen immer irgendwie mit dabei, uns scheinbar der Realität des Krieges annähernd, unter dem Stichwort, wir müssen uns um Afrika kümmern, denn wir haben eine internationale Verantwortung. Jawohl, Frau Merkel und Frau von der Leyen, wir hätten internationale Verantwortung – im Kampf gegen Hunger und Elend, aber nicht mit Bomben und Granaten.

Man lügt uns in einen Krieg nach dem anderen hinein und nennt dabei das Töten von Menschen „humanitäre Einsätze“. Wir verteidigen mit keinem Krieg irgendeinen humanitären Wert. Krieg ist die Widerlegung aller Werte, und er zerstört sich selber in seinem moralischen Anspruch – durch den Einsatz von Mitteln, die in keinem zivilen Zusammenhang genehmigungsfähig wären. Was ist das überhaupt für eine Logik?

Man kann nur ernsthaft drohen, wenn man willens ist, das Angedrohte im Ernstfall auch zu tun. Und das waren wir, das waren

die uns Regierenden. Sie hielten Atomkriege für führbar. Sie waren in der Kubakrise 1962 bereit, auf den Knopf zu drücken. Wir haben mehrfach Glück gehabt. Und jetzt ist wieder zu hören, daß die 15 000 Nuklearsprengköpfe der Amerikaner modernisiert werden müssen, damit sie noch besser, taktisch klüger und präziser einzusetzen wären, und sie sollen weiter in Büchel auf



deutschem Boden gelagert sein; das kann nur beantwortet werden mit höchstem Widerspruch. Und wir verlangen, daß die bundesdeutsche Regierung selber diese, unsere Stimme des Widerstandes endlich aufgreift.

Jetzt schreiben sogar Mainstream-Medien wie die „Süddeutsche“, man werde mit Nordkorea reden müssen. Ich frage Sie, in welcher Welt befinden wir uns, daß erst einmal Wasserstoffbomben gezündet werden müssen, damit die Mächtigen willens werden, miteinander zu reden? Es ist Putin, der den Amerikanern den Vorschlag gemacht hat, sie und die Südkoreaner sollten ihre Militärmanöver abblasen und dann Nordkorea auffordern, seine Atomrüstung zu stoppen. Beides wäre gleichgewichtig, und es wäre sogar die geheime Absicht Nordkoreas, genau das zu tun.

Allein, daß wir Raketen aufstellen im Baltikum, zeigt, in welch einem Wahnsinn sich die uns Regierenden immer noch befinden. Was am 6. August 1945 über Hiroshima geschah, hätte das Bewußtsein der Menschheit ein für alle Mal ändern können: Niemals mehr Hiroshima, niemals mehr Nagasaki! Statt dessen haben wir die Dauerbedrohung zum Normalzustand gemacht. Wir müssen aufhören, uns von den Regierenden Angst einjagen zu lassen.

Wir als einzelne können eine Menge tun, indem wir in unserer eigenen Umgebung und Zuständigkeit, bei unseren Freunden, in Gesprächskreisen, in den eigenen Familien Frau von der Leyens Programm, die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft ankommen zu lassen, mit Bewußtsein und in Klarheit boykottieren. Sie schickt ihre Bundeswehroffiziere inzwischen in die Schulen, um 16- bis 18jährigen Jungen und Mädchen beizubringen, daß Soldatsein ein Beruf wäre. Helmut Schmidt hat einmal gesagt, Soldatsein sei kein Beruf – da hatte er recht. Dann fügte er aber hinzu, es sei eine Pflicht; da er sich gern auf Immanuel

Kant berufen hat, hätte ihm gesagt werden müssen, Soldatsein ist nie eine Pflicht, es ist stets verboten, denn immer muß die Moral bestimmen, wie die politische Handlung zu sein hat, nie aber die Politik die Moral.

Wir sagen, Schluß mit der Rüstung, der Kriegsvorbereitung und der Schaffung der Kriegsbereitschaft schon in den Köpfen von 16- und 18jährigen!

Es kommt ein anderes hinzu: Unsere eigene Sache ist grundsätzlich immer die gute. Warum muß sich Amerika mit der Ostausdehnung der NATO immer weiter hineingraben in die Vakuumländer der alten Sowjetunion? Mittelasien, Kirgistan, Kasachstan, Usbekistan, inzwischen auch Georgien, der Manöveraufmarsch im Baltikum – und das soll so weitergehen. Die Ukraine wurde durch die Farbrevolution im Grunde okkupiert, vorbereitet wird die Abtrennung Weißrußlands und seiner Hauptstadt Minsk von der Russischen Föderation.

Wer Tucholsky zitiert und sagt „Soldaten sind Mörder“ kann als Verfassungsfeind angeklagt werden, weil die Bundeswehr ein Verfassungsorgan ist. Unsere Forderung ist, sie endlich aufzulösen. Sie ist völlig überflüssig. Wir hätten keine natürlichen Feinde, wenn wir den gesamten Rüstungsetz für die Interessen konvertieren würden, die Menschen tatsächlich haben, wenn sie leben wollen. Solange wir aber den Krieg für die Rüstungsindustrie sponsern – als Rammbock einer inhumanen Wirtschaftsordnung, zur Ausdehnung des Kapitalismus und um Zugriff auf die Rohstoffe und die Handelswege zu haben, für eine Regime-change-Politik, die in Staaten der Dritten Welt als Komplizen des Westens Präsidenten installieren will –, ist das alles ein Gemenge zynischer Brutalität und einer Machtausdehnung, die den Namen Menschlichkeit noch nicht einmal im Ansatz verdient. Damit wird nicht die Zukunft gerettet, sondern nur die Vergangenheit immer wieder repetiert. Damit wird die Steinzeit in die Gegenwart geholt und alles verhindert, was wir als Hoffnung in die Zukunft setzen.

Wenn wir schon in einer Versöhnungskirche sind, und miterleben, daß wir immer noch Militärfarrer haben, die uns beibringen wollen, die Verantwortung der Deutschen sei die (erneute) Bereitschaft zum Führen internationaler Kriege, dann antworten wir denen mit einem Satz aus Wolfgang Borcherts Testament: „Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heiligsprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ Mann auf der Kanzel: Sag NEIN, denn wenn du nicht NEIN sagst, wird das alles schlimmer denn je weitergehen. Und das müssen wir gemeinsam verhindern!

Red. gekürzte Rede des Theologen Eugen Drewermann (gehalten am 8. September in Kaiserslautern im Rahmen der Aktionswoche der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein!“)

Besuch in der Gedenkstätte

Du siehst dich in Dachau. Hörst die Stimme im Verkehrsbüro in München, die dir abriet: da sei nichts zu sehn, ungünstige Verkehrsverbindung, besser zum Lenbachhaus, Pinakothek empfehlenswert ...

Fuhrst doch nach Dachau, Sommer 2016, Obststände allerwegen, die Kirschen kosten heuer das Pfund zweizwanzig, sahst die Baracken, längst erneuert, starrend vor Sauberkeit, drei Bußkapellen, säuberlich getrennt nach Konfessionen, sahst die Verbrennungsöfen, warst umringt von Schülergruppen, lauschtest den Kommentaren der Touristen – und erschrakst zutiefst, da ein Kanadier erklärte, sein Onkel in Toronto ... alles Lüge! Die Öfen habe man erst 1945 im Auftrag der Siegermächte installiert, Bromberger Blutsonntag, die Juden selber schuld, ihren Reichtum provokant zur Schau gestellt, mit Dumpingpreisen Volkswirtschaft geschädigt, Schmarotzer, Giftpilze ..., er sprach zu Frau und Kind, sprach englisch, du verstandest kaum die Hälfte und hörtest hinter dir die Stimme eines Glatzköpfigen: „Die werden schon wieder frech!“ Und du erzittertest, gingst taumelnd aus dem Krematorium ins Freie, fühltest deine Finger sich zur Faust verkrampfen, daß die Nägel in die Daumenballen schnitten; zwischen Büschen längs des Wegs stand eine Bank, zwei Ladies, milde lächelnd, alte Damen, nickten freundlich, du setztest dich und hörtest, wie sie sich auf englisch unterhielten – über Strickmuster. Und du erhobst dich, abermals vertrieben, gingst zurück zum Hauptgebäude – ehemals

Kommandantur, Casino und Bordell –, schrittest inmitten Stimmen, die von Wänden hallten, durch die Räume, Folterkammern, lasest Tabellen, Karten, Zahlen, sahst die Bilder aus Auschwitz, Warschau, Majdanek – vor einem Foto standest du sekundenlang erstarrt: Es zeigte Teddybären, große, kleine, alte, oft liebteste mit verrenkten Gliedern, gehäuft, geschichtet wie Gebein, nichts sonst, nur



einen Berg von Teddybären. Du sahst sie, fühltest abgeschabten Flausch an deinen Händen, hörtest ihre Namen, gerufen, oft und oft gehaucht voll Zärtlichkeit, sahst wie durch einen Schleier dunkle Augenknöpfe, fadenscheinige und dünne Wangen, fühltest die weichen, warmen, kühlen, starren Leiber, umhalst, geküßt, benetzt mit Tränen, gewiegt in dünnen Armen, tröstend getröstet und beweint, ans Herz gedrückt in Not und Liebe, sahst aller Kindheit Leid und Glück so aufgestapelt im Gebeinhaus, wahllos aufgehäuft, entrissen warmen oder

kalten Händen, wie Schutt gehäuft des Liebsten Inbegriff, wie Müll – und taumeltest zur Seite, warst umkreist von Wänden, suchtest, ins Knie gezwungen, Halt im Leeren, dann an einer Wand, da es aufbrach in dir, aus deines Herzens Mitte, dir die Glieder schüttelte, dein Haupt verneinend schleuderte nach rechts und links, vergaßest die Umgebung, bargst dein Antlitz in den Händen, decktest dein

Haupt mit Armen, knietest erstickten Schreis und bebtest. War die Mauer vor dir Klagemauer, war Jerusalem, war Auschwitz, Warschau, Majdanek ... Dachau nicht sehenswert, „... schon wieder frech!“ – die Kirschen kosten heuer das Pfund zweizwanzig.

Ach, aller Kindheit Schmerzen, Qual der Menschen, vergessen, doch vorhanden, nie zu tilgen, nie, verdrängt, verpackt, verschnürt, versiegelt, eingeschlossen, so unauslöschlich wahr und wirklich, wirksam bewirkend neues Unheil fort und fort, verschwiegen, nie bewältigt, unerhörten, unerlösten Schreis gelallt, gestammelt, erstickt in Kissen, Puppen anvertraut, Madonnen, Kreuzen, heiligen Gebeinen, gesüht von Schuldlosen, beweint, geflüstert im Gehäus, daß Not gewendet, Schmerz gestillt, ein Ohr, zu hören, wäre, einmal der Stein erweichte, Wasser spränge, zu lindern alle Qual, so ohne Macht ins Schweigen sich verschließend, flehend doch um Erlösung, eingritz in Wände, mit Blut geschrieben auf Beton, aufs Blech getrommelt, eingebissen ins zerknüllte Laken ...

Die Kirschen kosten heuer das Pfund zweizwanzig.

Theodor Weißborn

Unvollkommene Dankesworte

Angela Merkel schickt sich dieser Tage an, bereits in das 13. Jahr ihrer Kanzlerschaft zu gehen. Junge Leute werden es kaum glauben, daß es in der BRD jemals andere Regierungschefs gegeben hat, und daß dieser Job in der Historie auch schon – und bis 2005 übrigens ausschließlich – von Männern ausgeübt worden ist. Am Ende dieser Wahlperiode wird sie es auf 16 Jahre als Kanzlerin bringen und somit zu ihrem politischen Ziehvater Helmut Kohl aufschließen. Kohl und Merkel – diese beiden Namen stehen in einem besonderen politischen und auch persönlichen Verhältnis. Deshalb ließ sich die Kanzlerin während des europäischen Trauerakts für ihren Vorgänger in Straßburg auch zu folgender Äußerung hinreißen: „Lieber Bundeskanzler Helmut Kohl, daß ich hier stehe, daran haben Sie entscheidenden Anteil. Danke für die Chancen, die Sie mir gegeben haben. Danke für die Chancen, die Sie vielen anderen eröffnet haben.“ Merkel hatte in diesem Moment sicher vergessen, daß dieser jenes Amt nicht für sein „Mädchen“, sondern für seinen Kronprinzen Wolfgang Schäuble

auserkoren hatte. Richtig ist lediglich, daß Kohl im Januar 1991 Angela Merkel zur Bundesministerin für Frauen und Jugend sowie im November 1994 zur Umweltministerin machte. Viel mehr war für die in Hamburg Geborene und in der DDR Aufgewachsene nicht vorgesehen.

Doch dann kam im November 1999 die CDU-Spendenaffäre ans Tageslicht. Kohl und Schäuble stürzten letztlich über schwarze Konten und Kassen. Das Urgestein der Partei mußte seinen Posten als Ehrenvorsitzender abgeben, und sein designierter Nachfolger verlor den Bundespartei- sowie den Fraktionsvorsitz im Bundestag. Das Ausmaß dieser schändlichen Angelegenheit macht allein eine Zahl deutlich: Mitte Februar 2000 verhängte der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) gemäß dem Parteiengesetz gegen die CDU wegen falscher Rechenschaftsberichte eine Geldbuße von 41,3 Millionen DM. Die Christdemokraten ließen diese Entscheidung gerichtlich überprüfen, unterlagen jedoch in letzter Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht. Im Ergebnis dessen

war der Weg nun frei für Angela Merkel. Sie mimte geschickt die große Aufklärerin in der Schwarzgeldaffäre und erlangte so den Parteivorsitz, später den Fraktionsvorsitz in dem Haus, das sich in Anlehnung an wenig rühmliche Kapitel der deutschen Geschichte noch immer Reichstag nennt, und letztlich auch die Kanzlerschaft.

Der CDU-Spendenskandal war mindestens genauso schnell vergessen, wie er einst in den Fokus der Öffentlichkeit geraten war. Der Hauptakteur Helmut Kohl war alsbald wieder ein gerngesehener Gast auf diversen Veranstaltungen seiner Partei. Wolfgang Schäuble wurde von Merkel höchstpersönlich rehabilitiert, indem sie ihm das Amt des Bundesinnen- bzw. des Bundesfinanzministers unter ihrer Führung zuschanzte. Im Gegensatz dazu werden politische, ökonomische oder kulturelle Entscheidungsträger der annektierten DDR bis zum heutigen Tage in den staatstragenden Medien der BRD verteufelt. Daß hierbei mit zweierlei Maß gemessen wird, gilt selbstverständlich in diesem Land nur als hartnäckiges Gerücht.

Rico Jalowitzki

Broschüre über Kommunistenverfolgung in der BRD der 50er und 60er Jahre

Die VVN-BdA in Lüneburg hat eine Schrift über die Rolle des dortigen Landgerichts bei der Kommunistenverfolgung der fünfziger und sechziger Jahre herausgegeben. Sie führt zurück in die Zeit vor und nach dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 31. August 1951, als besondere Staatsschutzkammern an insgesamt 17 Gerichten in der BRD eingerichtet und politische Straftatbestände der Nazizeit wiedereingeführt wurden: Kommunisten sollten mit Prozessen wegen Hochverrats, Staatsgefährdung, Geheimbündelei usw. aus dem politischen Prozeß ausgeschaltet und Kontakte zur DDR kriminalisiert werden.

Es geht um ein Stück Zeit- und Regionalgeschichte im kalten Krieg, die in der Broschüre wieder lebendig wird. Die Autoren haben sehr sorgfältig Publikationen, aber auch noch vorhandene Gerichtsakten und die lokale Presse ausgewertet. Zahlreiche Presseartikel, Auszüge aus Urteilen, aus Flugblättern, aus einem Observationsbericht und einem der vierteljährlichen Berichte der Kammer an den niedersächsischen Justizminister sind abgedruckt. Kritische Stimmen aus der Presse waren nicht zu finden – es waren „bleierne Zeiten“.

Im Rahmen der damals sprichwörtlichen „Verfolgungswut“ der 4. Kammer des Lüneburger Landgerichts gab es in der Zeit der Geltung des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes 10 000 bis 13 000 Ermittlungsverfahren und etwa 100 Anklagen in der Regel gegen mehrere Personen. 68 Verfahrensakten sind noch aus der Zeit davor vorhanden. Der größte Teil der Aktenbestände aus den fünfziger und sechziger Jahren wurde vernichtet. Im Landesarchiv, so ergaben die Recherchen, sind nur noch 179 Verfahrensakten vorhanden.

Laut Alexander von Brünneck tendierte die 4. Kammer des Lüneburger Landgerichts „zu einer besonders strengen Auslegung der Staatsschutzbestimmungen“ und verhängte „verhältnismäßig hohe Strafen“. Üblich waren in Lüneburg Nebenstrafen wie die Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts oder permanente Beaufsichtigung durch die Polizei. In der Kammer war der Anteil der Altnazis in der Robe der Staatsanwälte und Richter besonders hoch. Früherer Widerstand gegen die Nazis galt als strafverschärfend. Die Urteile waren entsprechend. Sie richteten sich besonders gegen Akteure der Volksbefragung gegen Remilitarisierung, gegen Aktivistinnen des Demokratischen Frauenbundes,

gegen rote Betriebszeitungen und gegen die Kandidatur von Kommunisten bei Wahlen. Fritz Maiwald kandidierte 1961 als Direktkandidat zur Bundestagswahl. Dafür gab es ein Jahr Gefängnis „ohne Bewährung“. Die gleiche Haftstrafe erhielten Emma Meyer aus Hildesheim und Herta Dürrbeck aus Misburg bei Hannover wegen ihrer Tätigkeit für den Demokratischen Frauenbund.

Am 31. Juli übergaben Vertreter der VVN-BdA Lüneburg die Dokumentation dem Präsidenten des Landgerichts Lüneburg, Ulrich Skwirblies. Dieser begrüßte immerhin die Initiative der Lüneburger VVN-BdA, „die NS-Vergangenheit Lüneburgs aufzuarbeiten“. Am 11. Dezember 2002 hatte der Niedersächsische Landtag beschlossen, denjenigen „die gesellschaftliche Anerkennung nicht zu versagen“, die auf der Grundlage der 1968 aufgehobenen Strafbestimmungen in den ersten zwei Jahrzehnten der BRD verurteilt worden sind. Realisiert wurde dieses Versprechen bis heute nicht.

Prof. Ekkehard Lieberam

VVN-BdA Lüneburg: Das Landgericht Lüneburg als Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung der 1950er/1960er Jahre. 88 S., 5 €. Bezug: vvn-bda-lg@web.de

Berufsverbote gibt es noch

Selbst junge Linke wissen oft mit dem Begriff „Berufsverbot“ oder der Vokabel „Radikalenerlaß“ wenig oder gar nichts mehr anzufangen. Die 70er/80er Jahre mit den über dreieinhalb Millionen Überprüfungen und Anhörungen, einer Zahl von wenigstens 1250 Nichteinstellungen und 260 Entlassungen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und den vielen – auch internationalen – Protesten dagegen sind Teil einer Geschichte des Widerstands nach 1945, den viele Menschen nicht mehr kennen. Deshalb ist es um so wichtiger, daß es seit einigen Jahren (wieder) die rührige Initiativegruppe „40 Jahre Radikalenerlaß“ (www.berufsverbote.de) gibt, die auf die anhaltende Benachteiligung und Diskriminierung von Altfällen, aber auch über neue Fälle informiert. Insbesondere die niedersächsische Initiative konnte 2016 einen Erfolg erzielen. Der Landtag debattierte über die antidemokratische frühere Praxis der Berufsverbote. Eine Kommission zur Aufarbeitung und vielleicht sogar zur Rehabilitierung wurde eingerichtet. Es war auch die niedersächsische Initiative, die eine vielbeachtete Wanderausstellung erstellte, mit deren Hilfe bundesweit über die Berufsverbot-Praxis informiert wird. ver.di und vor allem die GEW engagieren sich besonders stark. Die GEW veranstaltete am 28. Oktober einen Kongreß in Kassel.

In Bremen-Vegesack gibt es eine aufsehenerregende neue Variante der Berufsverbote. Dem Kommunisten und Altenpfleger Gerd-Rolf Rosenberger, der nach seiner Pensionierung auf 450-Euro-Basis bis Dezember 2018 von der diakonischen Stiftung Friedehorst für die Einzelbetreuung eines autistischen Jungen eingestellt worden war, wurde vor wenigen Wochen gekündigt. Er konnte und wollte keine Mitgliedsbescheinigung einer Kirchengemeinde vorlegen. Wie denn auch? Er hatte als 21jähriger Erwachsener vom Grundrecht auf Religionsfreiheit Gebrauch gemacht und war aus der Kirche ausgetreten. Er hat über 40 Jahre brav seine Steuern und Sozialabgaben bezahlt und sich in all diesen Jahrzehnten – jetzt auch als Pensionär – im Kollegen- und Betroffenenkreis einen Ruf als hervorragender Betreuer und Pädagoge erworben. Pikant ist die Vorgeschichte: Von 1977 bis Mai 1979 hatte Rosenberger eine Ausbildung in Friedehorst als staatlich examinierter Altenpfleger mit der Note „Gut“ absolviert. Damals spielte seine Nicht-Kirchenzugehörigkeit keine Rolle. Schließlich profitierte „Friedehorst“ ja damals doppelt davon. Das Arbeitsamt Bremen finanzierte die Ausbildung. Rosenberger verbrachte sein aktives Berufsleben bei anderen „weltlichen“ Trägern und hat sich nicht denken können, daß er

auf seine alten Tage Opfer einer besonderen Variante „christlicher“ Sozialpolitik werden könnte. Der Eklat mit seiner Entlassung schlägt hohe Wellen, nicht nur in den lokalen, sondern auch in den überregionalen Medien. Leserbriefe zuhauf solidarisieren sich mit dem Kommunisten. Eine gestandene SPD-Ortsbürgermeisterin erklärte wegen des Falls Rosenberger sogar ihren Kirchenaustritt. Wo gibt es sonst eine solche Art von Solidarität und praktizierter Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten? Da muß man schon sehr weit in die Geschichte des gemeinsamen Widerstands gegen alte und neue Nazis vor und kurz nach 1945 zurückgehen. Daß in Bremen-Vegesack jetzt Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen mit Rosenberger und mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der DKP anlässlich des 40. Todestags des marxistischen Philosophen Ernst Bloch auch noch über gemeinsame sozialistische „konkrete Utopien“ und übereinstimmende ethische Grundüberzeugungen von Christen und Marxisten-Leninisten diskutierten, ohne – bei erkennbaren Unterschieden in der Frage von Reform und Revolution – aneinanderzugeraten, signalisiert, daß Geschichte auch lebendige Lehren des Widerstands gegen Willkür und Demokratieabbau parat hält.

Hans-Peter Brenner

Stellv. Vorsitzender der DKP

Friedensnobelpreis stärkt die Friedensbewegung

Der Friedensnobelpreis geht dieses Jahr an die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN). Damit setzt die Jury ein klares Signal: „Wir senden Botschaften an alle Staaten, vor allem die mit Atomwaffen“, sagte die Vorsitzende des norwegischen Nobel-Komitees, Berit Reiss-Andersen, in Oslo. Der Preis sei ein Aufruf an alle Atommächte, „ernsthafte Verhandlungen“ mit dem Ziel einer schrittweisen und „sorgfältig überprüften Vernichtung“ der fast 15 000 Atomwaffen in aller Welt zu beginnen.

ICAN ist ein Bündnis aus 450 Friedensgruppen und Organisationen, die sich seit Jahren für Abrüstung engagieren. Der größte Erfolg der Kampagne mit Sitz im schweizerischen Genf ist der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, der im Juli in New York unterzeichnet wurde und

inzwischen von 122 Staaten unterstützt wird (siehe u. a. RF 236, S. 2). Er verbietet Herstellung,



Besitz, Einsatz und Lagerung von Atomwaffen. Die neun Atommächte sowie fast alle NATO-Staaten – darunter Deutschland – hatten die Verhandlungen boykottiert.

In einer ersten Reaktion zeigte sich ICAN-Direktorin Beatrice Fihn „sehr geehrt“. Der Preis sei die Aufforderung, sich für die nukleare

Abrüstung auch weiterhin weltweit einzusetzen. „Wir werden in den kommenden Jahren eifrig daran arbeiten, die vollständige Umsetzung sicherzustellen. Jede Nation, die eine friedlichere Welt sucht, die frei von nuklearer Bedrohung ist, wird diese entscheidende Vereinbarung unverzüglich unterzeichnen und ratifizieren“, teilte ICAN mit.

Für „ihre Arbeit, die Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken“, hat das Nobelkomitee ICAN ausgezeichnet. Das Komitee fügte hinzu, Nuklearwaffen stellen „eine ständige Bedrohung für die Menschheit und alles Leben auf der Erde dar“. Die Organisation habe sich bahnbrechend um das vertragliche Verbot solcher Waffen bemüht.

(Gestützt u. a. auf dpa, Reuters und AFP)

Stoppt das Geschäft mit dem Tod!

Immer wieder stößt man in Gedrucktem, im Fernsehen oder im Internet auf Werbung für Waffen. Propaganda für die Durchsetzung eigener Interessen mit Gewalt prägt viele Filme und Computerspiele für Kinder und Jugendliche. Wer hinter diesen Szenarien steht, ist nur zu ahnen. Sind es Lobbyisten der Waffenindustrie, die mit ihrer Einflußnahme bereits frühzeitig die Bereitschaft zum Waffenbesitz und zur Gewaltanwendung ankurbeln wollen? Sind es Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes, die mit ihrem „Werben fürs Sterben“ auch die Jüngsten erreichen wollen?

Je nach Art und Umfang wird das „Geschäftsgebaren“ auf diesem Gebiet von den handelnden Staaten, Personen und Gruppen mehr oder weniger geheimgehalten oder bagatellisiert. Wachsende Proteste gegen die Waffengeschäfte finden in den bürgerlichen Medien so gut wie keine Beachtung. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die von der KPD und den Gewerkschaften organisierten Massenproteste gegen den Bau des Panzerkreuzers A durch die Howaldtswerke – Deutsche Werft Kiel im Jahre 1928. Eine Losung lautete „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“.

Die damals unrühmliche Rolle der SPD macht Parallelen zur heutigen Politik der SPD bei den Rüstungsexporten deutlich. Die Werft wurde Ende 2012 in ThyssenKrupp Marine Systems GmbH umbenannt. ThyssenKrupp – ein Synonym für die deutsche Rüstungsindustrie, letztlich für Krieg. Die jetzt geplante „Produktionsverlagerung“ dieses Konzerns – u. a. der Rüstungsproduktion im Marinebereich – in Billiglohnländer zeigt, daß die Profitrate weiter gesteigert werden soll. Diese Strategie ist übrigens charakteristisch für eine ganze Anzahl deutscher Rüstungsunternehmen. Die Rendite bei den Waffengeschäften dürfte vermutlich über denen bei „normalen“ Wirtschaftsbeziehungen liegen. Im Jahr 2016 wurden weltweit 1500 Milliarden US-Dollar in die Produktion von Rüstungsgütern investiert. Betrachtet man die stetige Zunahme dieser Zahlen in den

vergangenen Jahren, stellt sich ein Zusammenhang zur Ausweitung von Kriegen und Konflikten weltweit her. Das aktuellste Beispiel ist der Krieg in Syrien. In der Öffentlichkeit ist die Tatsache wenig bekannt, daß Waffenhändler vorwiegend aus den USA, aber auch aus anderen Staaten ihre Verbindungen nutzen, um Tötungsmaschinen der unterschiedlichsten Art u. a. aus Albanien, Bulgarien, dem ehemaligen Jugoslawien und weiteren osteuropäischen Ländern aufzukaufen und an die verschiedenen kriegführenden Parteien in Syrien oder auch in afrikanischen Staaten zu verkaufen. Entsprechende Informationen findet man in den Veröffentlichungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts. Bedeutungsvoll sind Aussagen von Politikern aus südeuropäischen Ländern wie die des serbischen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić im Juni 2016, „daß sein Land die Waffenproduktion um das Fünffache erhöhen könnte und die Nachfrage immer noch nicht erfüllen würde“. Daran zeigt sich, welche Rolle die Waffenproduktion für die relativ armen Länder in Südeuropa spielt. Humanitäre und Menschenrechte werden dabei unter den Teppich gekehrt. Die Zahlen in den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung, in denen beschwichtigend von einer „restriktiven und verantwortungsvollen Rüstungspolitik unter Beachtung der Menschenrechte“ geschwafelt wird, belegen das auch für Deutschland.

Anfang 2017 wurden durch die Bundesregierung u. a. Kleinwaffenexporte im Wert von mehr als 22 Mio. Euro genehmigt. Anfang 2016 waren es noch 4 Mio. Nachweislich werden mit Kleinwaffen weltweit die meisten Menschen getötet. Mit dem Gebrauch dieser Waffen werden in der Regel die meisten Kriege unter Ausnutzung ethnischer und religiöser Differenzen begonnen. Und im Ergebnis freut sich die Rüstungsindustrie über volle Auftragsbücher und zu erwartende Umsatzsteigerungen, letztlich über maximale Profite. Durch Politiker werden diese Praktiken im Großen wie im Kleinen abgesegnet. Ein Beispiel: Voller Stolz gab der sächsische

Ministerpräsident Stanislaw Tillich Anfang Juni 2017 bei seinem Besuch in der sächsischen Kleinstadt Mittweida bekannt, daß die dort ansässige Firma Cotesa 35 neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Die Firma soll künftig Teile für den militärischen Schwerlastschrauber Chinook CH-47F der US-Firma Boeing liefern. In der Chemnitzer „Freien Presse“ konnte man hierzu lesen: „Nach Angaben des US-Konzerns gibt es fast 100 deutsche Partner und Zulieferer. Deren Auftragsvolumen erreichte im Vorjahr einen Gesamtwert von nahezu 1,2 Milliarden Euro.“ Der Militärschrauber Chinook wurde und wird auf allen Kriegsschauplätzen der USA eingesetzt, beginnend mit dem Vietnamkrieg und allen anderen von den USA mittels Lügen entfachten Kriegen und Konflikten. Seit Beginn seines Einsatzes vor mehr als 50 Jahren trug diese Tötungsmaschine maßgeblich zum Tod von Millionen Menschen, zur Zerstörung der Infrastruktur und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in aller Welt bei. Spricht man mit Menschen, die in dem Betrieb wie z. B. in Mittweida oder dem ehemaligen DDR Vorzeigebetrieb Heckert in Chemnitz arbeiten, so kann man erfahren, daß eine Zulieferung dieser Betriebe von Teilen für die Rüstungsindustrie keine besonders neue Erkenntnis darstellt. Gleiches trifft für die militärische Forschung an Universitäten der Bundesrepublik zu. Die Gier nach immer mehr Profit kennt keine Grenzen. Die Menschen, die an solchen Rüstungsvorhaben arbeiten, müßten doch eigentlich wissen, daß ihre Arbeit für Tod und Zerstörung und die weltweiten Kriege mit verantwortlich ist. Und kaum einer scheint sich so richtig daran zu stören. Kommen infolge der Kriegseinwirkungen aber Flüchtlinge nach Deutschland, so gibt es Proteste. Doch es handelt sich um Flüchtlinge, Menschen, die oft nur ihr Leben retten wollen, Menschen, die Opfer eines verantwortungslosen Handelns auch deutscher Politiker geworden sind. Dem Geschäft mit dem Tod muß endlich Einhalt geboten werden!

Dietmar Hänel
Flöha

An der Aufhebung des Privateigentums führt kein Weg vorbei

Den wichtigen Beitrag von Peter Elz („Ein Plädoyer für Volkseigentum“, RF 236, S. 21) unterstütze ich vollinhaltlich. Er bezieht klare Position zur Grundfrage jeder Gesellschaft: der Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Ich wünsche dem Beitrag eine große Leserschaft. Es ist notwendig, lebensfremde Illusionen über die Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und damit Gesellschaftsordnung zu kritisieren, auch oder gerade, wenn sie von der Linken in der „Linken“ Sahara Wagenknecht stammen. Die ihrem Buch „Reichtum ohne Gier“ entnommenen Auffassungen lassen die für sie typische analytische Schärfe völlig vermissen. Die Fehleinschätzung von S. W. basiert offenkundig auf einer dem Mainstream und dem politischen Gegner entnommenen Verleumdung der DDR-Wirtschaft.

Sie meint, im Staatseigentum die Quelle wirtschaftlichen Übels erkannt zu haben. Sie will „die unergiebige Alternative zwischen Privat- und Staatswirtschaft“ nicht.

S. W. – Jahrgang 1969 – hatte keinerlei Einblick in die Wirtschaftspraxis der DDR. Sie hat offenkundig auch dokumentierte und unwiderlegbare Fakten über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR – die auch ich umfangreich publiziert und in vielen territorialen „RotFuchs“-Veranstaltungen thematisiert habe – nicht zur Kenntnis genommen: Die DDR-Wirtschaft entwickelte sich schneller als die der BRD, sie kannte kein krisenhaftes Auf und Ab, die DDR hatte sowohl im Inland als auch im Ausland geringe Schulden, kannte weder Arbeits- noch Obdachlose, hatte ein kostenloses Gesundheits- und Bildungssystem für jeden. Diese Entwicklung erreichte sie nicht trotz, sondern wegen des Volkseigentums, jedoch trotz Spaltung Deutschlands, Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte, einseitigen Reparationsleistungen durch die DDR, Währungsmanipulationen, Embargo, langer Zeit offenen Grenzen und millionenfacher Abwanderung. Eine solche Entwicklung konnte nur mit hohem Anteil Staatseigentum durchgesetzt werden, denn ein sozialistischer Staat muß Mittel und Macht haben, über ökonomische Ergebnisse verfügen zu können. Um das für immer zu verhindern, war der Raub des Volkseigentums der DDR in der „Wende“ das Hauptziel westdeutscher „Einigungspolitik“.

Es trifft zu, daß die DDR westdeutsches Produktivitäts- und Konsumniveau nicht erreichte. Eine solche Zielstellung war unrealistisch und – heute täglich bewiesen durch die Auswüchse im Massenkonsum und der Umweltzerstörung – auch falsch. Ein sozialistisches Staatswesen kann nicht maximale Produktivität und Konsumtion zu Lasten der Völker und Natur der Welt zum Ziel haben.

S. W. wärmt die alte sozialdemokratische Illusion auf, durch Mitbestimmung, „Barrieren, die verhindern, daß aus ökonomischen Eigentumsrechten Machtinstrumente werden“ und Kontrollorgane, Demokratie und

Allgemeinwohl durchsetzen zu können. Die Schlußfolgerungen S. Ws. zur Änderung der kapitalistischen Eigentumsordnung ohne wirkliche Enteignung sind grotesk. „Eine Mitarbeitergesellschaft gehört sich selbst und in diesem Sinne der Gesamtheit ihrer Belegschaft.“ Derartige Vorschläge lösen das Problem nicht, sondern verlagern die betriebsegoistische Profitwirtschaft vom einzelnen auf Gruppen.

„Wenn die verschiedenen Teile der Belegschaft ... gewählte Vertreter in das Kontrollgremium (des Betriebes) entsenden, ist gewährleistet (?), daß sich die Interessen der Belegschaft dort wiederfinden.“ Seit wann ordnen sich Eigentümer durch „Mitbestimmung“ den Interessen der Belegschaft unter? Am Wesen kapitalistischer Marktwirtschaft ändern derartige Vorschläge nichts. Die private Aneignung fremder Arbeit und der Naturreichtümer wird nicht beseitigt. Die brutalen Gesetze der Konkurrenz und der kriegerischen Auseinandersetzung im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Macht bestehen fort. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich wird nicht überwunden.

Populistische Forderungen nach „Umverteilung von oben nach unten“ oder nach sicherer Friedenspolitik sind wirkungslos, solange das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht angetastet wird. Denn dieses benötigt

Ausbeutung und trägt den „Krieg in sich wie die Wolke den Regen“, wie schon der französische Soziologe Jean Jaurès (1859-1914) wußte. Wir sollten uns als Marxisten an die Grundaussage des Kommunistischen Manifests halten: *Die Kommunisten können ihre Theorie in dem einen Ausdruck zusammenfassen: Aufhebung des Privateigentums!* Die historischen und aktuellen Ereignisse beweisen: Daran führt kein Weg vorbei, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung tatsächlich überwunden und nicht nur „verbessert“ werden soll, was praktisch gegen die ökonomische Macht des Privatkapitals unmöglich ist. Der „Rechtsstaat“ BRD verstößt mit der Erhaltung und Erweiterung des Privateigentums – Linke mit Regierungsbeteiligung haben daran ihren Anteil – gegen das eigene Grundgesetz. Dieses verlangt bekanntlich: Eigentum hat dem Allgemeinwohl zu dienen. Wenn es das nicht tut, kann enteignet werden. Bundesdeutsche Landesverfassungen (Hessen, Bayern) schreiben das sogar zwingend vor. Selbst der gutwilligste Anhänger bürgerlicher Demokratie wird wohl nicht behaupten, daß diesen grundgesetzlichen Anforderungen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftspraxis der BRD entsprochen wird. Das sollten Linke thematisieren und nicht lebensfremde Illusionen wecken.

Dr. Klaus Blessing
Zeuthen

Einladung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt alle Mitglieder für Sonnabend, den **18. November 2017**, zur **Mitgliederversammlung** in den Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin, herzlich ein.

Tagesordnung:

- Berichte des Vorstandes, des Kassierers und der Revisionskommission
- Aussprache
- Beschlußfassung über eine Änderung des § 7 der Satzung *
- Neuwahl des Vorstandes, der gesetzlichen Vertreter des Vereins und der Revisionskommission
- Kulturprogramm

Die Mitgliederversammlung beginnt um 10 Uhr und dauert bis gegen 15 Uhr.

* Vorschlag zur Satzungsänderung

Bisher:

§ 7 Chefredakteur

1. Der Chefredakteur wird vom Vorstand berufen.
2. Der Chefredakteur leitet die Zeitschrift eigenverantwortlich und ist dem Vorstand gegenüber rechenschaftspflichtig.
3. Der Vorstand beruft einen redaktionellen Beirat. Er tagt unter Leitung des Chefredakteurs mindestens alle 6 Monate.

Neu:

§ 7 Redaktion

1. Die Redaktion wird vom Vorstand berufen. Ihr gehören ein im Sinne des Presserechts Verantwortlicher und mindestens zwei weitere Redakteure an.
2. Die Redaktion arbeitet auf der Grundlage der in dieser Satzung niedergelegten Zielstellung (bes. § 2 Zweck und Aufgaben, Abs. 1).
3. Die Redaktion ist dem Vorstand gegenüber rechenschaftspflichtig.

Der Konflikt um Katalonien legt Herrschaftsverhältnisse offen

Spanien entzweit

Die Bestrebungen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, die autonome Gemeinschaft aus dem spanischen Staat herauszulösen, finden nicht nur im Land selbst ein geteiltes Echo. Erblicken die einen darin vor allem den Egoismus einer wirtschaftlich starken Region, welche die Früchte des Erfolgs nicht länger teilen möchte, bekommen andere glänzende Augen angesichts der selbstbewußten Ablehnung der Massen gegen die Herren in Madrid. Eine bürgerlich-demokratische Volksbewegung ist in Aktion getreten, die neben der nach einer eigenen Republik ohne König viele weitere fortschrittliche Forderungen vertritt.

An der in Katalonien regierenden Allianz Junts pel Sí (Zusammen für das Ja) ist auch die linksrepublikanische ERC beteiligt. Gestützt wird die Regionalregierung von dem antikapitalistisch orientierten Zusammenschluß CUP. Mit Stimmen auch aus ihren Reihen wurde im Januar 2016 der Liberale Carles Puigdemont zum Ministerpräsidenten gewählt.

Aktivistinnen auf der Straße, in den Schulen und Universitäten tragen die Estelada Vermella, die katalanische Fahne ohne blaues Dreieck, dafür aber mit einem roten Stern, und radikal linke Positionen in den Kampf um die eigene Souveränität hinein. Auch wenn dieser Einfluß nicht überschätzt werden sollte: Zum Geschichtsbewußtsein der meisten Katalanen – die Rückbesinnung auf die eigene Kultur und Identität kam bereits im 19. Jahrhundert in Gang – gehört auch, daß hier im Bürgerkrieg (1936–1939) die Zweite Spanische Republik gegen die faschistischen Putschisten von General Francisco Franco bis zuletzt verteidigt wurde. Nach deren Niederlage verlor die Region ihren Autonomiestatus wieder, und die Sieger nahmen blutige Rache an Tausenden Republikanern. Kataloniens Bürgertum liierte sich in der Folge kaum mit dem Franquismus, der auch die katalanische Sprache unterdrückte. Ihren Aufschwung verdanken die Unabhängigkeitsbefürworter nicht allein historischen Gegensätzen oder dem starken Nationalgefühl der Katalanen und ganz sicher nicht einer überzeugenden Konzeption für den Tag danach. Vielmehr gewannen sie mit dem Einbruch von Spaniens Wirtschaft nach dem

Crash an den internationalen Finanzmärkten 2007 und der darauf folgenden asozialen Sparpolitik an Stärke. Während das Land sich der Troika unterstellte und Mil-

aus Erwerbsgründen aus anderen Teilen Spaniens zuwanderten und sich mit Katalonien weniger eifrig identifizieren. Daher war vor dem Referendum vom 1. Oktober,

welches das spanische Verfassungsgericht auf Antrag der Regierung untersagte, längst nicht ausgemacht, welche Seite unter regulären Bedingungen den Sieg davontragen würde. Die 90 Prozent Ja-Stimmen, auf deren Basis die Unabhängigkeit ausgerufen werden soll – ob sie verwirklicht wird, steht auf einem anderen Blatt –, haben vor allem symbolisch Gewicht. Mit dem gewaltsamen Vorgehen von Nationalpolizei und Guardia Civil gegen Abstimmungsteilnehmer mit Hunderten Verletzten wurde die Anti-Madrid-Stimmung im Nordosten jedoch angefacht. Die Reaktionen der Massen – Generalstreik und Großdemonstrationen – belegen

das eindrucksvoll.

Die gewaltsame Repression paßt in die Linie von Ministerpräsident Mariano Rajoy und seiner konservativen Volkspartei. Die Erben der Franco-Nationalisten setzen auf Konfrontation und verweigern einen echten Dialog mit Barcelona. Mit Geldstrafen, Durchsuchungen und Verhaftungen hatte man bereits im Vorfeld die Schraube deutlich angezogen. Bereits 2010 sorgten sie dafür, daß den Katalanen durch ein Gerichtsurteil ein erweitertes Autonomiestatut wieder zusammengestrichen wurde – für diese ein Akt der Entfremdung.

Mit Zähnen und Klauen hält die traditionelle Rechte an einem zentralistischen Staatsverständnis fest, welches Spaniens multinationale Realität ignoriert. Die „Unteilbarkeit“, welche die Verfassung von 1978 – ein

Produkt des Übergangs vom Franquismus zur parlamentarischen Monarchie ohne scharfen Bruch – festschreibt, rechtfertigt für sie jeden Zwang.

Während die Krise einen explosiven Punkt erreicht – Madrid denkt über eine Aussetzung der Autonomie, die Entmachtung von Parlament und Exekutive der Katalanen nach –, fordern die Partei Podemos und die Vereinigte Linke (hierzu zählt auch die KP Spaniens) Verhandlungen für eine politische Lösung. Sie setzen sich dafür ein, daß die Katalanen frei entscheiden können – und für ein Spanien, das den Respekt aller seiner Völker verdient.

Peter Steiniger



Staatliche Gewalt gegen Abstimmungsteilnehmer während des Referendums am 1. Oktober

liarden in marode Banken pumpte, versank die in Madrid regierende Volkspartei (PP) immer tiefer in Korruptionsskandalen, welche die Justiz bis heute beschäftigen. Die in Barcelona herrschende Kaste stand ihr übrigens in nichts nach. Die PDeCAT von Puigdemont wurde erst im Juli 2016 neu gegründet,



um das schmutzige Etikett ihrer Vorgängerpartei CDC zu entsorgen. Lange hatten deren Politiker sich mit der Zentralregierung zu arrangieren gewußt, doch 2012 den Kurs auf Abspaltung umgestellt.

Der Wahlsieg von Junts pel Sí 2016 wirkte als Katalysator, war doch die Frage der Unabhängigkeit ein die Kampagnen beherrschendes Thema gewesen. Ihre Befürworter erreichten eine Mehrheit der Sitze im Regionalparlament, doch hatten sie keine absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Die Bevölkerung ist zwischen ja und nein tief gespalten, und unter den 7,5 Millionen Einwohnern der Gemeinschaft sind viele, die

Geht die Sonne der USA allmählich unter?

Ist da eher der Wunsch der Vater des Gedankens, oder soll man dem Schweizer Publizisten Beat Kappeler glauben, daß über kurz oder lang ein Kollaps drohen könnte, da die Kosten der US-Kriege im Nahen und Mittleren Osten zunehmend unbezahlbar werden? Es gibt einen nachvollziehbaren Zusammenhang zwischen der erneuten Aufstockung der Zahl der US-Soldaten in Afghanistan und der Erhöhung der Schuldengrenze sowie des Budgetdefizits der Administration.

Kappeler bezieht sich auf den britische Historiker Peter Heather, der in seiner Studie „The Fall of the Roman Empire“ auf die fallenden Staatseinnahmen und steigenden Defizite Roms hinwies, was dazu geführt hat, daß das Reich immer weniger in der Lage war, die Kosten der Armee zu generieren. Das Geld wurde immer knapper, als Rom immer mehr an Territorium verlor. Das war nichts anderes als eine Spirale in den Abgrund, die nicht mehr aufzuhalten war.

Historische Vergleiche sind immer problematisch. Das „Roman Empire“ war überdehnt und kein homogenes Reich. Die USA hingegen sind von einer inneren Homogenität geprägt, und eine Identifikation der Bevölkerungsmehrheit mit dem System ist noch gegeben. Darüber hinaus sind die USA immer noch die Militärmacht Nummer 1 und auch ökonomisch die größte Wirtschaftsmacht. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß sie das weltweit am meisten verschuldete Land sind. Die US-Schulden sind schon jetzt höher als das jährliche Bruttoinlandsprodukt. Würde die VR China ihre Gelder aus den USA abziehen, die sie dort in Staatsanleihen investiert hat, wäre das Land faktisch pleite. Das Hauptproblem ist die Finanzierung der Schulden mit Krediten. Das Budgetdefizit beträgt heute 680 Milliarden Dollar.

Neta Crawford vom Watson Institute schätzt die Ausgaben für die imperialen Kriege gegen Irak, Syrien, Pakistan und Afghanistan seit 2001 auf 5000 Milliarden Dollar. Der Krieg gegen Afghanistan hat nach offiziellen Angaben in den Hochphasen (2001–2014)

wöchentlich 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Der Abzug der US-Kampftruppen aus Afghanistan, die der damalige US-Präsident Barack Obama eingeleitet hatte, war der Tatsache geschuldet, daß die Kriegskosten auf Dauer nicht mehr zu bewältigen waren. Trotzdem intensivierte die Obama-Administration den Krieg gegen Afghanistan vor allem aus der Luft, eine Art Vorbild für die laufenden US-Kriege in der „Dritten Welt“, was die US-Steuerzahler jährlich 100 Milliarden Dollar kostet. Es ist reine Augenwischerei, wenn Donald Trump verkündet, Mittel für die marode Infrastruktur der USA in gleichem Umfang ausgeben zu wollen. Das dafür benötigte Geld ist längst für anderes verpulvert worden.

Eigentlich müßten die USA die Militärausgaben drastisch kürzen. Trump kündigte jedoch eine weitere Modernisierung der Armee an, was vom US-Senat bereits abgesegnet wurde. Er hat mit großer Mehrheit einer Erhöhung des Militärhaushalts auf 700 Milliarden Dollar zugestimmt.

Die USA haben mit weiteren dramatischen Folgen der Kriege zu kämpfen, die auch die Wirtschaft beeinträchtigen. Schon heute gibt es 21 Millionen Kriegsveteranen im Land. Das ist zweimal soviel, wie in der Industrie Arbeiter beschäftigt sind. Dadurch fehlen die wirtschaftlichen Leistungen von Millionen Menschen, außerdem schlagen zusätzliche Kosten für die Renten zu Buche. Dies führt wiederum zu einer sinkenden Lebensqualität für große Teile der Bevölkerung und infolgedessen zu sozialen Konflikten.

Durch die jahrelangen Kriege sind Irak, Syrien, Pakistan und Afghanistan nicht zu besseren Orten geworden, wie man in den USA behauptet. Manche sehen das Motiv für die Kriege der USA in den dort vorhandenen bzw. vermuteten Bodenschätzen. Der afghanische Minister für Bergbau und Industrie pries diese kürzlich damit an, sie hätten einen Wert von ca. 3000 Milliarden Dollar. Das ist nichts anderes als ein Lockangebot, um die USA an Afghanistan zu binden. Die afghanischen Bodenschätze sind schon seit Mitte der

60er Jahre des vorigen Jahrhunderts bekannt. Da der Abbau aber viel zu kostspielig ist, hat man darauf verzichtet, Maßnahmen zu ihrer Ausbeutung in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus kommt man an diese Bodenschätze oder an das Öl im Mittleren Osten wesentlich leichter und kostengünstiger heran. Dennoch ziehen die USA den Krieg den normalen wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen vor. Nicht nur der US-Imperialismus, sondern die westlichen imperialistischen Länder insgesamt haben sich am Hindukusch völlig verrannt.

Dies alles zusammengenommen könnte langfristig dazu führen – wovor US-Strategen schon seit Jahren warnen –, daß die Sonne der USA allmählich untergeht. Es käme nun darauf an, diese Entwicklung zumindest zu verlangsamen, so der Ende Mai verstorbene Zbigniew Brzezinski. Dabei wird auch eine militärische Variante nicht ausgeschlossen. Schon vor einer Dekade wurde die VR China in einer CIA-Studie als Feind Nr. 1 der Vereinigten Staaten eingestuft. Vor etwa 15 Jahren fragte der damalige US-Außenminister Henry Kissinger in einem Grundsatzbeitrag für die Springer-Zeitung „Die Welt“: „Wie würden sich unsere Verbündeten verhalten, wenn wir mit einem Krieg gegen die VR China beginnen?“ Es gibt zahlreiche Analysten und Strategen des Imperialismus, die vor allem seit dem Ende des „realexistierenden Sozialismus“ offen vom Krieg sprechen und sogar mögliche Szenarien eines großen Krieges, ja eines dritten Weltkriegs thematisieren. Die Umzingelung der Russischen Föderation durch die NATO ist ein Teil dieser Strategie. Wäre Rußland keine Atommacht, hätten die NATO-Staaten es schon so zerlegt wie Jugoslawien ab 1991. Im Rahmen der aktuellen Strategie des US-Imperialismus wäre theoretisch ein Krieg gegen den größten wirtschaftlichen Rivalen der USA, China, möglich. Dieser Krieg wäre aber unweigerlich ein Atomkrieg, der zur Zerstörung von weiten Teilen der Welt und einem nuklearen Winter mit vielen Millionen von Toten führen würde.

Dr. Martin Baraki

Die KP Venezuelas braucht unsere Solidarität!

Der Klassenkampf in Venezuela nimmt an Schärfe zu. Eine nachhaltige Absicherung der Erfolge der Bolivarianischen Revolution ist noch nicht gelungen; die Kräfte der Reaktion zeigen in diesen Monaten offen ihr Gesicht, das auch Züge von Faschismus erkennen läßt.

Unsere Bruderpartei, die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), ist die einzige Partei, die in dem südamerikanischen Land auf den wissenschaftlichen Sozialismus orientiert. Ihre Mitglieder sind – ebenso wie die der regierenden „Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas“ (PSUV) – von tödlicher Gewalt bedroht. Die PCV bittet in einem Brief an die DKP um Solidarität, um

- das Leben und die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder zu sichern.
- die Parteiorganisation in verschiedener Hinsicht zu stärken, um auch in den schwierigsten Momenten des Klassenkampfes einsatzfähig zu sein und sich an dessen unterschiedliche Formen anpassen zu können.

Die DKP – als die Partei eines jahrzehntelangen praktizierten Internationalismus – ruft deshalb ihre Freunde und Mitglieder auf, sich an einer Spendenkampagne für die KP Venezuelas zu beteiligen.

Wir rufen auf:

- Unterstützt die KP Venezuelas und damit die Bolivarianische Revolution!
- Unterstützt die KP Venezuelas und damit den Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus in Venezuela!
- Unterstützt die KP Venezuelas und leistet damit einen Beitrag im antiimperialistischen Kampf!

Hoch die internationale Solidarität! DKP-PV

Spendenkonto

DKP-PV

IBAN: DE93 3701 0050 0253 5255 02

BIC: PBNKDEFF

Verwendungszweck: KP Venezuelas

Zur „Kubakrise“ von 1962

In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober 1962 begann eine vom Präsidenten der USA John F. Kennedy befohlene See- und Luftblockade gegen Kuba. Das war in Friedenszeiten ein schwerwiegender völkerrechtswidriger Akt. Luftüberfälle und eine Invasion – diesmal durch Truppen der USA – wurden angekündigt. Bereits am 17. April 1961 hatten bewaffnete Banden der kubanischen Konterrevolution, unter dem Schutz von Kriegsschiffen und Luftwaffeneinheiten der USA, bei Playa Giron eine Invasion gegen Kuba begonnen. Der entschlossene Widerstand des kubanischen Volkes ließ den Überfall bereits nach 72 Stunden kläglich scheitern. Doch das hielt die aggressiven imperialistischen Kräfte in den USA nicht davon ab, neue Überfälle zum Sturz der kubanischen Gesellschaftsordnung vorzubereiten, diesmal unter Einsatz eigener Landstreitkräfte.

In dieser Situation half die Sowjetunion Kuba, eine starke Armee zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften aufzubauen. Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedrohung durch die USA wandte sich die kubanische Regierung an die Sowjetunion mit der Bitte, ihr zusätzliche Hilfe zu erweisen. Die UdSSR stationierte daraufhin auf Kuba Mittelstreckenraketen, die atomare Sprengköpfe tragen konnten.

Dem sowjetischen Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow wird häufig voluntaristisches und abenteuerliches Verhalten vorgeworfen. Das mag sein. Aber die UdSSR war von einem Ring US-amerikanischer Stützpunkte eingekreist. Das war eine

ständige Bedrohung, die angesichts der Unberechenbarkeit der Politik der USA auch in der damaligen Zeit unverhofft zu einem atomaren Zusammenstoß hätte führen können. Daß das nicht geschah, lag in erster Linie daran, daß die Sowjetunion das Atomwaffenmonopol der USA hatte brechen können.

Die nun auf Kuba stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen konnten das Terri-

brachten in Erklärungen ihre Unterstützung für Kuba zum Ausdruck. – In den Hauptstädten sozialistischer Länder wurde auf Massenkundgebungen die Solidarität mit Kuba bekundet. Belegschaften von Betrieben in der Sowjetunion verpflichteten sich, Lieferverträge für Kuba vorfristig zu erfüllen. Sowjetische Handelsschiffe versorgten trotz der Blockade Kuba mit lebenswichtigen Gütern. Brasilien,

Indonesien und Italien verweigerten die Entladung von US-amerikanischen Schiffen. Die Gewerkschaften Uruguays erklärten den totalen Boykott von Waren, Schiffen und Unternehmen der USA. In vielen Städten Lateinamerikas, so in Quito, Rio de Janeiro, Lima und La Paz kam es zu Demonstrationen gegen die Aggressionspolitik der USA, was zu Zusammenstößen mit der Polizei führte. In London, Manchester, Westberlin, in New York und anderen Städten der USA gab es ebenfalls Protestaktionen. Am 30. Oktober beteiligten sich in und um Mailand 80 000 Werktätige an einem Generalstreik aus Protest gegen die Ermordung eines Studenten, der während einer Kundgebung zum Abschluß einer Solidaritätswoche für Kuba in

Italien getötet worden war. Bis Anfang November 1962 brachten 430 internationale und nationale Organisationen sowie bekannte Persönlichkeiten ihren Protest gegen die Politik der USA zum Ausdruck.

Nach dem Austausch von Botschaften zwischen Chruschtschow und Kennedy wurde die See- und Luftblockade der USA beendet. Die Sowjetunion zog ihre Raketen aus Kuba zurück. Am 30. Oktober 1962 ermächtigte Kennedy den amtierenden Generalsekretär der UNO U Thant, dem kubanischen Ministerpräsidenten Fidel Castro die Versicherung seiner Regierung zu übermitteln, daß die USA keine Invasion gegen Kuba unternehmen werden. Die USA mußten außerdem einen Teil ihrer Mittelstreckenraketen aus der Türkei abziehen.

Die Beilegung des Konflikts wird heute häufig Kennedys auf Ausgleich und Atomkriegsvermeidung bedachte Politik gegenüber Chruschtschow zugeschrieben. Er hätte durch ein geschicktes Krisenmanagement Verhandlungsmöglichkeiten offengehalten. Doch daß sich Kennedy in kurze Zeit vom Falken zur Taube entwickelt und in einen Friedenspolitiker verwandelt haben soll, gehört ins Reich der Legende. Allerdings war Kennedy realistisch genug, zu erkennen, daß ein Atomkrieg auch den Untergang des eigenen Landes bedeutet hätte. Dieses Einlenken haben ihm natürlich Hardliner in den USA übelgenommen. Zu diesem Schritt wurde Kennedy aber durch die konsequente, besonnene und flexible Friedenspolitik der Sowjetunion und die weltweiten Proteste gezwungen.

Heute existiert die Sowjetunion nicht mehr – seit deren Untergang drohen der Welt durch einen nahezu ungezügelter US-Imperialismus und die Unberechenbarkeit seines führenden Personals unvorstellbare Katastrophen.

Dr. Kurt Laser



torium der USA in kürzester Zeit erreichen. Kennedy erklärte diese Aktion für unberechtigt und friedensbedrohend. Er forderte den sofortigen Rückzug der Raketen unter internationaler Kontrolle. Neben der völkerrechtswidrigen Seeblockade, die zur propagandistischen Tarnung „Quarantäne“ genannt wurde, konzentrierten die USA Seestreitkräfte im Karibischen Meer und versetzten auch ihre in Europa stationierten Truppen, die Sechste und die Siebente Flotte, Luftlandedivisionen, Infanterie- und Panzerdivisionen in Gefechtsbereitschaft. Angesichts dieser Kriegsvorbereitungen war die Sowjetunion gezwungen, entsprechende Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen. Am 23. Oktober 1962 gab die sowjetische Regierung eine Erklärung ab, in der sie mit aller Entschiedenheit darauf hinwies, daß die USA „eine schwere Verantwortung für das Schicksal des Friedens übernehmen und ein unvernünftiges Spiel mit dem Feuer betreiben“. Gleichzeitig wandte sie sich an alle Regierungen und Völker mit dem Appell, „gegen die Aggressionshandlungen der USA gegenüber Kuba und anderen Staaten Protest zu erheben, diese Handlungen entschieden zu brandmarken und die Entfesselung eines Kernwaffenkrieges durch die USA zu verhindern“. Ihren UNO-Vertreter beauftragte die sowjetische Regierung damit, zu fordern, daß der Sicherheitsrat „wegen der Verletzung der UNO-Charta und der Bedrohung des Friedens durch die Vereinigten Staaten von Amerika“ sofort einberufen wird.

Die sowjetische Friedensinitiative wurde von den sozialistischen Staaten und anderen Mitgliedsländern der UNO unterstützt. Die Regierungen Bulgariens, Chinas, der DDR, der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik, der Mongolischen Volksrepublik, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Ungarns und der Demokratischen Republik Vietnam

Am 25. November feiert Genosse

Wolfgang Dockhorn

aus Berlin seinen 75. Geburtstag. Ob in zentralen verantwortlichen FDJ- und Parteifunktionen, überall hat der erfahrene Kommunist die ihm übertragenen Aufgaben zuverlässig und verantwortungsbewußt erfüllt. Heute ist sein Name aufs engste mit dem „RotFuchs“ verbunden. Sein Engagement gilt vor allem den RF-Regionalgruppen, aber auch der aktiven Unterstützung der Redaktion. Seit Jahren stellvertretender Vorsitzender unseres Fördervereins, leistet er, auch als gefragter Gesprächspartner in unseren Bildungsveranstaltungen, einen unverzichtbaren Beitrag zur Zusammenführung und Annäherung linker Kräfte und damit zur Erhöhung der Ausstrahlungskraft des „RotFuchs“. Dein Jubiläum zum Anlaß nehmend, danken wir Dir, lieber Wolfgang, von Herzen für Deine außerordentliche Einsatz- und Hilfsbereitschaft und wünschen Dir für die kommenden Kämpfe Kraft und Gesundheit.

Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte

„Vieles von dem, was ich, der Autor dieses Buches, im Verlaufe der Recherche erfahren mußte, hätte ich am liebsten gar nicht erst gewußt – weil auf einmal vermeintliche Gewißheiten oder längst verinnerlichte Überzeugungen auf dem Prüfstand stehen. Wie geht man damit um, wenn das, was zu den größten Errungenschaften unserer Zeit gehört, nämlich Freiheit und Demokratie, in der Geopolitik zu purem Zynismus verkommt?“

Der Journalist und Buchautor Michael Lüders war viele Jahre Nahost-Korrespondent der „Zeit“. Er kennt alle Länder der Region und gilt als Islamexperte. Im vorliegenden Buch interessieren uns vor allem die – zum Teil erst seit kurzem zugänglichen – Quellen, die der Autor erschließt und in größere Zusammenhänge stellt. Wir pflücken einige Beispiele heraus, die zum Weiterlesen in diesem sorgfältig recherchierten und spannend erzählten Buch anregen mögen.

1949: Ein Muster für CIA-Aktionen

Da ist der 30. März 1949. Es geht nach der Gründung Israels um die Umleitung einer arabisch-amerikanischen Pipeline über die Golanhöhen im unruhigen Syrien. Seit November 1948 sorgfältig geplant und „logistisch und finanziell begleitet von der CIA“, geht nahezu unblutig ein beispielhafter Staatsstreich über die Bühne. Der zuständige CIA-Agent kann am 15. April seinen Vorgesetzten melden: „400 Commies (Kommunisten) in allen Teilen Syriens verhaftet.“ Die Folgen des Putsches beschreibt Lüders als schwerwiegend: „Die Instabilität verfestigte sich, ebenso die Strukturen autoritärer Herrschaft und das Mißtrauen gegenüber den Amerikanern.“ Aber die eigentliche historische Bedeutung geht aus einem von Lüders zitierten Bericht hervor: „In den folgenden zwei Jahrzehnten gehörten dieser Putsch und seine Abläufe zum Ausbildungsprogramm von CIA-Agenten.“ Offenbar folgte auch der Staatsstreich in Teheran 1953 „exakt dem Ablauf, wie er sich in Damaskus bewährt hatte“.

2006: Vorschläge eines US-Diplomaten

Wikileaks stellte im Jahr 2015 Depeschen der US-Botschaft in Damaskus ins Netz. Der damalige Geschäftsträger, William Roebuck (heute US-Botschafter in Bahrain), beschreibt am 13. Dezember 2006 (!) die Schwachstellen des Assad-Regimes und folgert:

„Diese Depesche zeigt unsere Einschätzung dieser Schwachstellen auf und stellt Überlegungen an, mit welchen Taten, Aussagen und entsprechenden Signalen die US-Regierung darauf einwirken kann, daß sich die Wahrscheinlichkeit günstiger Gelegenheiten erhöht.“ Er schlägt vor, Khaddam, dem ehemaligen syrischen Vizepräsidenten und Intimfeind der Assads, ein Forum zu schaffen: „Wir sollten die Saudis und andere ermutigen, Khaddam in ihren Medien auftreten zu lassen und ihm reichlich Gelegenheit zu geben, die schmutzige Wäsche Syriens zu waschen. Wir dürfen daraufhin entsprechende Überreaktionen des Regimes erwarten, die es von seinen arabischen Nachbarn zusätzlich isolieren und entfremden dürften.“

2012: Ein Dokument der DIA und eine Email Clintons

Die DIA (Defence Intelligence Agency) ist der militärische Nachrichtendienst der USA, die „CIA des Militärs“. Im Rahmen des „Freedom of Information Act“ mußte sie im Mai 2015 Teile eines Dokuments vom 12. 8. 2012 veröffentlichen. Lüders zitiert: „Wenn die Entwicklung so weitergeht, besteht die Möglichkeit, daß im Osten Syriens ein salafistisches Herrschaftsgebiet entsteht (...). Und das ist auch genau das, was die externen Mächte wollen, die die Opposition unterstützen – in der Absicht, das syrische Regime zu isolieren.“ Und in einer Email vom 31. 12. 2012, die von Wikileaks publiziert wurde, empfiehlt Hillary Clinton, „mit regionalen Verbündeten wie der Türkei, Saudi-Arabien und Katar zusammenzuarbeiten, um syrische Rebellen zu organisieren, zu trainieren und zu bewaffnen“.

Die Rolle der Medien

Lüders spricht verschiedene Themen an, die in bürgerlichen Medien gern vernachlässigt oder verfälscht werden.

Beispiel eins, Thema Flüchtlinge:

„Die meisten syrischen Flüchtlinge außerhalb Syriens, rund drei Millionen, leben in der Türkei. Noch mehr, mindestens fünf Millionen, sind Binnenflüchtlinge, die aus ‚oppositionellen‘ Gebieten in jene des Assad-Regimes geflohen sind, vor allem entlang der Mittelmeerküste. Darüber ist in westlichen Medien so gut wie nichts zu vernehmen ...“

Beispiel zwei, Aleppo/Mosul:

„Unmittelbar nach der Rückeroberung haben die Medien ihr Interesse an Aleppo fast vollständig verloren.

Ebenfalls von der Bildfläche verschwunden ist das ‚Aleppo Media Center‘ im Ostteil der Stadt, vom Westen finanziert und hochgelobt als Forum ‚unabhängiger Bürgerjournalisten‘.“ Und zu Mosul: „Es wird viele Tote geben, und am Ende könnte Mosul größtenteils zerstört sein. Die unterschiedliche Intonierung der Berichterstattung ist kaum zu übersehen. In Aleppo das Inferno, in Mosul der Freiheitskampf.“

Beispiel drei, die westliche Unterstützung Saudi-Arabiens in Jemen:

„Britische Offiziere sitzen in der Leitzentrale der saudischen Luftwaffe und koordinieren mit den Saudis die Angriffe im Jemen, mit Hilfe amerikanischer Aufklärung.“ Und: „Saudi-Arabien ist weltweit der zweitgrößte Importeur von Kriegsgerät.“ Weiter: „Der wichtigste regionale Verbündete Saudi-Arabiens im Jemen-Krieg sind die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie haben Panzerbrigaden und Hunderte Söldner in den Jemen entsandt, wobei die einfachen Kämpfer meist aus Armutsländern wie Bangladesch oder Pakistan stammen, die gehobenen Ränge aus Südamerika, vielfach Kolumbien. Nicht nur aus der Sicht von Friedensforschern das abschreckende Beispiel eines privatisierten Söldnerkrieges, der gleichzeitig eine klare Hierarchie unter Globalisierungsverlierern erkennen läßt.“

Fragen zum Schluß

Welche Bedeutung haben Werte? „Auch patriarchales oder Stammesdenken kann, wie vielfach in der arabisch-islamischen Welt, als hohes Gut gelten – als Ausdruck von Solidarität und einer göttlich inspirierten Ordnung, die den Menschen Halt gibt. Was folgt daraus, aus der Perspektive moralischer Selbstgewißheit? Die Zwangsmissionierung? Nach welchen Kriterien ergreifen diejenigen, die sich allein den Menschenrechten verpflichtet glauben, wann und wo Partei? Warum in Syrien und nicht etwa im Jemen?“

Weitere Fragen werden Sie sich bei der Lektüre stellen ...

Antoinette Mächtlinger
(aus „Unsere Welt“, Basel, Mai 2017)



Michael Lüders: *Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte.*

Verlag C. H. Beck, München 2017. 176 S., 14,95 €

Am 7. September starb unsere Freundin und Genossin, die Schauspielerin, Sängerin und Fernsehredakteurin

Márta Rafael

Am 26. Februar 1926 in Budapest geboren, spielte sie in ungarischen Filmen, bevor sie 1960 im Berliner Friedrichstadtpalast engagiert wurde. Sie sang in Radio und Fernsehen der DDR Oper, Operette, Volkslied und Chanson, präsentierte in den 60er und 70er-Jahren die TV-Sendereihe „Zu Gast bei Márta Rafael“ und war Herausgeberin zweier bemerkenswerter, schön gestalteter Foto-Text-Bücher („Mit dir, für dich“. Bilder, Lieder und Gedichte für Kinder – 1973 – und „Ich seh dich an“. Bilder, Gedichte und Lieder für Verliebte – 1975). Sie war rund vierzig Jahre mit Karl-Eduard von Schnitzler (1918–2001) verheiratet.

Wir behalten sie als eine fröhliche, immer parteiliche Künstlerin in Erinnerung.
Ihren Angehörigen gilt unser Mitgefühl.

Krieg um jeden Preis

Ellen Brombacher macht in den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ aufmerksam auf diejenigen, die von Panikmache und dem Schüren permanenter Terrorängste profitieren. Aus dem 2015 auch auf deutsch erschienenen Buch des zweifachen Pulitzer-Preisträgers James Risen („Krieg um jeden Preis“), der dieses perfide „Geschäft mit der Angst“ detailliert beschreibt, hier einige Auszüge:

Die Eile, mit der die Vereinigten Staaten von einer offenen Gesellschaft in eine zugemauerte Festung verwandelt wurden – ausgelöst vom 11. September und vorangetrieben mit Milliarden von Dollar für den Heimatschutz –, wurde von der Tötung Osama bin Ladens nicht gebremst. (S. 242)

Das Paradebeispiel der neuen Sicherheitsobsession ist natürlich der Nachfolger der Zwillingstürme des alten World Trade Center in New York, das One World Trade Center. Die ersten sechzig Geschosse des Turms vom Boden aus bilden einen stabilen Sockel, dem Autobomben nichts anhaben können. Doch diese verstärkte Konstruktion war der New Yorker Polizeibehörde nicht genug; sie weigerte sich, dem Entwurf zuzustimmen, bis noch weitere Sicherheitsmaßnahmen hinzugefügt wurden und der Sockel des Gebäudes noch weiter von den Bürgersteigen und den Straßen abgerückt wurde. Die „New York Times“ berichtete, daß im Gebäude Sicherheitselektronik für zwanzig Millionen Dollar installiert ist, darunter Melder für chemische, biologische und Strahlenverseuchung sowie „Videoanalytik“, die mit Hilfe von Computern ständig die Überwachungsvideos der Gebäudekameras nach verdächtigen Bewegungen durchsiebt, um die Wachen sofort zu alarmieren, falls sich ein Auto zu lange in der Nähe des Gebäudes aufhält oder eine Person zu schnell geht. Das One World Trade Center ist die höchste Festung in Amerika. (S. 244)

Das Bostoner Attentat weckte übertriebene Ängste vor allem deshalb, weil die amerikanische Psyche in den Jahren nach dem 11. September fragil geblieben ist. Nach Boston schürten die Politiker natürlich die alte Angst und riefen wieder nach stärkerer Beschränkung der Privatsphäre, der Bewegungsfreiheit und verfassungsmäßigen Rechte der Amerikaner. Tatsächlich wurde Boston während der Jagd nach dem Verdächtigen einen Tag lang abgeriegelt, ein beispielloser Vorgang, der die Debatte über die Grenzen der Sicherheit in der Ära nach dem 11. September wiederaufleben ließ.

FBI-Dokumente untermauern, welche Gefahren durch das ungezügeltere Wachstum der nationalen Antiterror-Infrastruktur drohen und wie leicht sich die Maschinerie, die zur Ergreifung von Terroristen aufgebaut wurde, auf andere Ziele richten läßt. Häufig werden Ressourcen zur Terrorbekämpfung auch schlicht vergeudet. Die sogenannten Fusionszentren des „Heimatschutzes“, wo die Strafverfolgungsbehörden des Bundes, der Länder und Kommunen zusammenkommen sollen, um terrorbezogene Erkenntnisse zusammenzutragen, haben sich als millionenschwere

staatliche Geldverschwendung entpuppt. Sie beeinträchtigen unnötigerweise die Privatsphäre und Freiheiten amerikanischer Bürger und produzieren wertlose Berichte – und das, obwohl laut einer vernichtenden Studie des Senats von 2012 der Verbleib von über einer Milliarde Dollar an Steuergeldern, die für diese Zentren vorgesehen waren, ungeklärt ist. Viele Geheimberichte, die von den Zentren erstellt wurden, waren so schlecht, daß sie vor der Verteilung im Staatsapparat zurückgehalten wurden. Bei anderen, die verteilt wurden, hätte man besser darauf verzichtet. 2011 warnte ein „Fusionszentrum“ in Illinois, daß sich russische Hacker in das Computersystem eines Wasserdistrikts in Springfield eingehackt hätten. Wie sich herausstellte, hatte nur ein Wartungsmitarbeiter auf Rußlandurlaub von fern auf das System zugegriffen. (S. 247)

Die Bedrohungen und Ängste fänden in der Öffentlichkeit keinen so starken Widerhall oder hätten keine so nachhaltige Wirkung auf das Land, würden sie nicht durch das Netzwerk unabhängiger Terrorexperten verstärkt, das um den globalen Krieg gegen den Terror herum gewachsen ist. Diese Experten sind die sichtbarsten und lautstärksten Advokaten des Kriegs gegen den Terror, und sie haben hart gearbeitet, um das amerikanische Volk ein Jahrzehnt lang nervös zu halten. Sie haben erfolgreich Karriere gemacht mit TV-Auftritten, Vorträgen, Buchpublikationen, Beraterhonoraren und staatlichen Aufträgen. Sie sammeln Gelder für ihre eigenen Firmen wie für verbündete antimuslimische Kampagnen. Sie haben sich zu Markenzeichen entwickelt und ihren Markennamen beständig mit der Warnung aufpoliert, daß sich Amerika im Belagerungszustand befinde.

Sie haben die Angst ausgebeutet, um ein einträgliches Gewerbe für sich selbst zu schaffen, das sie bequem von zu Hause aus betreiben können. (S. 248 f.)

Im Weißen Haus und im Kongreß haben amerikanischen Politiker gelernt, daß es enormen politischen Nutzen bringt, wenn man die terroristische Gefahr am Leben hält. Der Kampf gegen den Terror läßt Amtsinhaber stark erscheinen und verschafft ihnen die landesweite Aufmerksamkeit und den politischen Glanz, der mit Fragen der nationalen Sicherheit verbunden ist. Als Präsident gab Barack Obama rasch viele seiner Wahlkampfpositionen aus dem Jahr 2008 zur nationalen Sicherheit auf und arbeitete emsig daran, sich einen Ruf als Kriegerpräsident zuzulegen, was 2011 in der Tötung Osama bin Ladens gipfelte. Er führte die meisten sicherheitspolitischen Maßnahmen von George W. Bush fort und intensivierte sogar noch einige der umstrittensten, darunter die gezielten Tötungen durch Drohnen.

Angst ist der tragende Pfeiler der milliardenschweren Heimatschutzindustrie sowohl unter republikanischer wie demokratischer Regierung. Michael Chertoff, ehemaliger Heimatschutzminister, der mit der Chertoff Group eine eigene Firma gegründet hatte, unterstrich diese Verbindung Anfang 2010:

Er trat in Nachrichtensendungen auf, um über einen gescheiterten Bombenanschlag auf ein Flugzeug zu diskutieren, und plädierte dabei für die Aufstellung von Ganzkörperscannern auf US-Flughäfen, um solchen Anschlägen zuvorzukommen – während seine Firma gleichzeitig ein Unternehmen vertrat, das solche Scanner herstellte.

Die Beziehung zwischen terroristischen Bedrohungen, Angst und Geld zeigte sich auch auf der Counter Terror Expo 2012 in voller Blüte. Auf dieser grellen zweitägigen Verkaufsschau für den Krieg gegen den Terror zahlten rund hundert Unternehmen, große und kleine, für einen Stand, um im Washingtoner Convention Center ihre Waren in bequemer Nähe zu ihren potentiellen Kunden von FBI, Pentagon und Heimatschutz auszustellen. Um sicherzustellen, daß auch ja niemandem die Verbindung zwischen terroristischen Bedrohungen und Produktverkäufen entging, gab es auf der Counter Terror Expo eine Reihe von Vorträgen und Seminaren über Terrorismus und „Heimatschutz“. Neben einem Hauptvortrag von Michael Leiter, dem ehemaligen Direktor des Nationalen Antiterrorzentrums, gab es eine Reihe von Podiumsdiskussionen mit Regierungsvertretern, externen Experten und staatlichen Auftragsfirmen. Bei einer davon sprach ein leitender Beamter der Transportsicherheitsbehörde TSA in glühenden Worten über die ersten zehn Jahre der Behörde: „Es macht Spaß, auf die zehn Jahre der TSA zurückzublicken, sich anzuschauen, wo wir begonnen und wie wir uns entwickelt haben. Wir haben 50 000 Angestellte ...“

2014, drei Jahre nach Osama bin Ladens Tod, gab es immer noch kein Zeichen, daß sich das Geschäft mit der Angst abschwächte. Eine Forschungs- und Beratungsfirma sagt voraus, daß der globale Markt für „Heimatschutz“ und öffentliche Sicherheit auf Jahre hin weiter dramatisch wachsen und bis 2022 einen Umfang von 546 Milliarden Dollar erreichen wird. (S. 257 f.)



James Risen: *Krieg um jeden Preis – Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror*. Westend-Verlag Frankfurt/Main 2015, 312 S., 17,99 €

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (2)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommenden Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln. RF

14. März 1974

Lassen Sie mich zu Beginn wiederholen, was im ersten Teil des Vortrags (RF 238) im Mittelpunkt unserer Überlegungen stand. Lenin hat in seiner Kritik an Kautsky klar gestellt: Demokratie, das ist entgegen allen heuchlerischen Behauptungen bürgerlicher Ideologen keine über den gesellschaftlichen Klassen und ihren Interessengegensätzen schwebende „Freiheit an sich“. Es gibt in der sozialen Realität keine „reine“ Demokratie, kein jenseits der Klassenkämpfe liegendes Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Es ist eine Illusion – oder auch bewußter Betrug – wenn verkündet wird, durch ein solches Prinzip, das eben nur energisch genug verwirklicht werden müßte, das nur jedermann zu respektieren brauche, könnte man zu sozialer Gerechtigkeit gelangen. So wäre auch der von unversöhnlichen Widersprüchen, von Ausbeutung und Unterdrückung charakterisierte Kapitalismus in eine harmonische, humane Gesellschaft solidarisch vereinigter Menschen zu verwandeln. Demokratie, weist Lenin nach, das ist kein abstraktes Prinzip – als solches existiert es nur in der bürgerlichen Phrase –, sondern etwas gesellschaftlich und historisch Konkretes, nämlich „eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates“.¹ Und die bürgerliche Demokratie ist eine bürgerliche Staatsform; sie beruht auf dem Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Mittels ihrer übt die Kapitalistenklasse ihre politische Herrschaft über die Arbeiterklasse und alle werktätigen Menschen aus.

Die Aktualität der Leninschen Schrift zur Kritik am Renegatentum Karl Kautskys beruht nicht zuletzt darauf, daß genau diese elementare Wahrheit über das Wesen der bürgerlichen Demokratie noch immer tausendfältig verschleiert und verfälscht wird. Und zwar sowohl von offenen Apologeten der kapitalistischen Gesellschaft als auch von ihren opportunistischen, sozialreformistischen Gesundbetern. Lenin entlarvt in seiner Arbeit Wesenszüge allen Opportunismus und Revisionismus, des Bernsteinischen wie des Kautskyschen, des „klassischen“ wie des „modernen“, des heutigen. Sie liefert uns noch immer schlagkräftige Waffen gegen den Sozialreformismus, Argumente für seine Kritik. Ich will auf eines dieser Argumente hinweisen. Opportunismus als eine Erscheinungsform bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterbewegung, als eine Politik der

Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der Bourgeoisie, predigt seit jeher die Klassenversöhnung, den Verzicht auf politischen Kampf, auf die Machteroberung der Arbeiterklasse in der Revolution. Und nicht zuletzt verrät er ein solches Lebensprinzip der revolutionären Arbeiterbewegung wie den proletarischen Internationalismus. Opportunismus und Revisionismus sind stets mit der Ideologie des Nationalismus verbunden, versuchen die internationalistische Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder zu untergraben. Heute richtet sich die Speerspitze des Nationalismus gegen die um die Sowjetunion zusammengeschlossene sozialistische Staatengemeinschaft und gegen die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Vor sechs Jahrzehnten, am Beginn des 1. Weltkrieges, übten die Führer der II. Internationale gerade dadurch einen so verheerenden Verrat an den Lebensinteressen der Arbeiter und aller werktätigen Menschen, daß sie den proletarischen Internationalismus preisgaben. Im damaligen deutschen Reichstag stimmten die Opportunisten für die Bewilligung der Kriegskredite; sie predigten den Burgfrieden und die „Vaterlandsverteidigung“. Sie unterstützten – gerade weil sie dem Nationalismus und Chauvinismus nicht Paroli boten – das von der imperialistischen deutschen Bourgeoisie entfachte Völkermorden. Bei Lenin heißt es hierzu in Polemik mit Kautskys Auffassungen über Krieg und Frieden: „Wenn ein Deutscher unter Wilhelm oder ein Franzose unter Clemenceau sagt: Ich als Sozialist habe das Recht und die Pflicht, meine Heimat zu verteidigen, falls der Feind in mein Land eingedrungen ist, so ist das nicht die Argumentation eines Sozialisten, eines Internationalisten, eines revolutionären Proletariers, sondern die eines *kleinbürgerlichen Nationalisten*. Denn in dieser Argumentation verschwindet der revolutionäre Klassenkampf des Arbeiters gegen das Kapital, verschwindet die Einschätzung des *gesamten* Krieges als Ganzes vom Standpunkt der Weltbourgeoisie und des Weltproletariats, d. h., es verschwindet der Internationalismus. (...) Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier, ein Internationalist argumentiert anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ‚Feind‘ steht, *sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird*...“² Und an anderer Stelle betont Lenin:

„Internationalismus bedeutet Bruch ..., mit der *eigenen* imperialistischen Regierung, bedeutet revolutionären Kampf gegen diese Regierung, bedeutet ihren Sturz, bedeutet größte nationale Opfer (selbst einen Brester Frieden) auf sich nehmen, wenn das der Entwicklung der *internationalen* Arbeiterrevolution dienlich ist.“³

Lenins Arbeit „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ enthält einen ganzen Abschnitt zur Frage „Was ist Internationalismus?“ In wenigen Punkten zusammengefaßt, ergibt sich daraus:

Erstens: Ebenso wie in das Wesen der Freiheit, der Demokratie oder des Staates kann man in das Wesen eines Krieges nur eindringen, wenn man die Klassenfrage stellt.

Zweitens: Es gibt folglich reaktionäre und revolutionäre Kriege.

Drittens zeigt sich: Es gibt keine Vaterlandsverteidigung an sich. Das Vaterland der Kapitalisten ist nicht das Vaterland der Arbeiter. Sich dem Zwang des imperialistischen Staates zu widersetzen, die reaktionären Klasseninteressen der Monopolkapitalisten mit militärischer Gewalt zu sichern ist ebenso revolutionäre Pflicht wie die bedingungslose Bereitschaft, die sozialistische Heimat, das Vaterland der Arbeiter und aller Werktätigen gegen jeden Aggressor zu verteidigen. *Viertens* halten wir fest: Die kommunistische Weltanschauung ist unlöslich mit dem proletarischen Internationalismus verbunden. Und aus ihm leiten sich sehr konkrete Maßregeln für die Arbeit und den vielfältigen Kampf der Kommunisten ab.

Fünftens: Im Geiste der Leninschen Prinzipien des Internationalismus handeln, das heißt alles zu tun, um der Menschheit den Frieden zu erhalten, um den imperialistischen Krieg zu verhindern. Die internationalistische Politik kommunistischer Parteien, offenbart gerade hierin ihre tiefe Humanität. Bereits zu Lenins Lebzeiten wurde in der anti-sowjetischen Literatur behauptet, die Lehre von der Diktatur des Proletariats stünde in keinem Zusammenhang mit Humanität, Freiheit, Demokratie. In seiner Polemik mit Kautsky widerlegt Lenin auch solche und ähnliche Verleumdungen der Sowjetdemokratie. Viele von Ihnen werden vielleicht den folgenden berühmten Satz Lenins kennen, der sich in der Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ findet: „Die proletarische Demokratie ist *millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach

demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik.⁴⁴ Warum ist das so, worin äußert sich der reale – und eben nicht mehr formale – Demokratismus der sozialistischen Gesellschaft? Inwiefern ist gerade die Ausübung der Diktatur des Proletariats erstmalig mit der Schaffung und Entwicklung wirklicher Demokratie – im Gegensatz zur Scheindemokratie des Kapitalismus – verbunden? Zunächst sei hervorgehoben: Indem die sozialistische Revolution – deren politisches Kernstück die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist – die Befreiung der Arbeiterklasse verwirklicht, hebt sie zugleich die Freiheit der Kapitalistenklasse auf. Deren „demokratische“ Freiheit, die Lohnarbeit auszubeuten, den von den Arbeitern erzeugten Reichtum in ihren Händen zu konzentrieren, Profit zu machen, in der Gesellschaft zu schalten und zu walten, wie es dem Interesse kapitalistischer Profitmehrung dienlich ist – diese Freiheit wird abgeschafft. Anders: Durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, mit ihrer Inbesitznahme durch die Produzenten selbst, mit der Überführung der Fabriken, Banken, Bodenschätze, Transportmittel in das Eigentum des werktätigen Volkes, mit dieser ökonomischen Entmachtung der Bourgeoisie ist notwendig ihre politische Entmachtung verbunden. Und noch präziser: Letztere ist Voraussetzung der ersteren. Nur durch den Sturz der politischen Herrschaft des Kapitals kann ihm seine ökonomische genommen werden. Denn Enteignung der Kapitalisten, Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse. Diese aber können niemals im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft spontan entstehen, sondern müssen bewußt und planmäßig geschaffen werden. Darin besteht eine

der entscheidenden Aufgaben der sozialistischen Staatsmacht. Genau diese Aufgabe aber könnte sie nicht erfüllen, wenn sie nicht all ihre revolutionäre Gewalt aufbieten würde, um den Widerstand der gestürzten Ausbeuterklasse niederzuhalten, ihre offenen und verdeckten, blutigen und unblutigen Versuche zu Konterrevolution, zur Wiedergewinnung ihrer ökonomischen und politischen Macht zu vereiteln.

Nun ist freilich dies nur die eine Seite der Sache. Die andere Seite, die mit der fortschreitenden Entfaltung und Festigung der sozialistischen Gesellschaft, mit dem Vormarsch des realen Sozialismus auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist die konstruktive, die schöpferische Arbeit der sozialistischen Staatsmacht bei der Errichtung der neuen Welt des Sozialismus und Kommunismus. Die Diktatur des Proletariats ist das Hauptinstrument der Werktätigen bei der selbstbewußten, zielstrebigem, organisierten, planmäßigen, von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeit zur Gestaltung der neuen sozialistischen Lebensverhältnisse.

Der weltgeschichtlich erste Staat dieses Typs wurde in der Oktoberrevolution von 1917 geschaffen: die Sowjetmacht. Ihre historischen Wurzeln reichen zurück bis in die Pariser Kommune von 1871. Sie schuf das Urbild aller sozialistischen Staatsentwicklung. Die Sowjets selbst, die Räte als revolutionäre Kampforgane der Arbeiter, entstanden in der russischen Revolution von 1905. Und in der ersten siegreichen Revolution der Arbeiterklasse, eben der russischen Oktoberrevolution, entwickelte sich aus ihnen der gänzlich neue sozialistische Staat. Die Sowjets, Räte als Staatsorgane der Werktätigen, prägen das

demokratische Wesen nicht nur des ersten, sondern auch des mächtigsten Staates des Weltsozialismus, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Seine Entwicklung ist untrennbar mit dem theoretischen und praktischen Wirken Lenins und der von ihm geschaffenen Partei der Bolschewiki verbunden. Eine wesentliche Seite der Verteidigung und des Ausbaus der theoretischen Voraussetzungen für die praktische Entwicklung des sozialistischen Staates durch W. I. Lenin ist in seiner Kautsky-Kritik eingeschlossen.

Ich will meine Bemerkungen mit einem Zitat aus der 1918 verfaßten Schrift Lenins abschließen, worin das Fazit aus dem ersten Jahr praktischer Erfahrungen des Sowjetstaates gezogen wird: „Der Bolschewismus hat die Idee der ‚Diktatur des Proletariats‘ in der ganzen Welt popularisiert, hat diese Worte aus dem Lateinischen zunächst ins Russische, dann in *alle* Sprachen der Welt übertragen und an dem Beispiel der *Sowjetmacht* gezeigt daß die Arbeiter und die armen Bauern *sogar* eines rückständigen Landes ... *imstande* waren, unter gewaltigen Schwierigkeiten, im Kampf gegen die (von der Bourgeoisie der *ganzen* Welt unterstützten) Ausbeuter die Macht der Werktätigen zu behaupten, eine ungleich höhere und breitere Demokratie als alle früheren Demokratien der Welt zu schaffen und durch die schöpferische Arbeit von Millionen und aber Millionen Arbeitern und Bauern die praktische Verwirklichung des Sozialismus *in Angriff zu nehmen*.“⁴⁵

Anmerkungen

- 1) Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 486
- 2) W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 286 f.
- 3) Ebenda, S. 101
- 4) Ebenda, S. 247
- 5) Ebenda, S. 293

Ein Gespräch mit Horst Sindermann von 1982

Über Gründung und Aufbau des Sowjetstaates

Sonntag: In diesen Tagen nach dem 65. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und kurz vor dem 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR hätte ich gern von Ihnen, Genosse Sindermann, erfahren, unter welchen Umständen Sie in Ihrem Leben das erste Mal von der Sowjetunion gehört haben.

Horst Sindermann: Schon in früher Kindheit erfuhr ich, daß die Russen etwas ganz Aufregendes gemacht hatten. In meiner Familie in Dresden verkehrten vor 1914 russische Emigranten, die bei meinen älteren Geschwistern einen bleibenden Eindruck hinterlassen hatten. Später, als die revolutionären Ereignisse in Rußland in der deutschen Arbeiterbewegung leidenschaftliche Diskussionen auslösten, wurde unter meinen Geschwistern gerätselt, ob die Russen, die bei uns aus- und eingegangen waren, auch mit Revolution gemacht haben. Man kam zwar zu keinem Ergebnis, aber in der Familie teilten sich schon die Meinungen in prorussische und solche, die aus Sympathie zu Vaters Sozialdemokratie – er war

Reichstagsabgeordneter und auch der SPD-Vorsitzende im Land Sachsen – einen „gemäßigeren“ Kurs wünschten. Irgendwie hatten die Russen etwas getan, was mein Leben fort hin nicht mehr loslassen sollte. Und als ich es später zu begreifen begann, keimte in mir die Hochachtung vor der Leistung eines Volkes, das einen solch gewaltigen Schritt in eine neue Menschheitsgeschichte vollzogen hatte.

Nun las man seither, und man liest immer wieder bei Leuten, denen die ganze Richtung nicht paßt, so mancherlei Verniedlichungsversuche, etwa die Oktoberrevolution sei ein „Ausrutscher der Geschichte“ oder „eine persönliche Idee Lenins“, oder „es hätte auch anders kommen können“.

Gewiß hätte es in Rußland anders kommen können, wenn es in der revolutionären Situation, hervorgerufen durch Krieg, Hunger und Massenelend, keine Bolschewiki und keinen Lenin gegeben hätte. Die bürgerlichen Philosophen haben sich schon immer darüber gestritten, ob die französische Revolution das feudale

Deutschland erschüttert hätte, wenn Napoleon in seiner Kindheit ein Ziegelstein auf den Kopf gefallen wäre. Für sie besteht die Geschichte also aus Zufällen. Es ist ganz natürlich, daß sie sich erst recht darüber den Kopf zerbrachen, ob die Oktoberrevolution eine persönliche Idee Lenins war oder nicht. Da ihre Philosophie das Wirken objektiver gesellschaftlicher Kriterien ausschließt, muß immer einer da sein, der etwas tat, was ihrer Meinung nach nicht getan werden durfte. Über diesen Schatten der Ignoranz konnten bisher führende Politiker der imperialistischen Welt nicht hinwegspringen. Gibt es eine revolutionäre Situation in einem Lande Lateinamerikas, ist Fidel Castro schuld und nicht die koloniale Ausbeutung und nationale Unterdrückung. Und woran ist alles Moskau schuld, wo sieht man nicht die Hand Moskaus, wenn Völker sich erheben, weil sie nicht länger unter Bedingungen leben wollen, unter denen der Mensch kein Mensch sein darf? Die Geschichte kennt keine Ausrutscher, nur die bürgerliche Geschichtsschreibung kennt sie.

Diese bürgerliche Geschichtsschreibung meint auch – manche Politologen vertreten das sehr eindringlich –, da die Geschichte sich nicht wiederhole, sei die Gründung der Sowjetmacht eine auf Rußland zugeschnittene Angelegenheit.

Die sogenannten Politologen sind sowieso eine eigenartige Kaste der imperialistischen Welt. Da gibt es Kreml-Astrologen und DDR-Spezialisten; mich erinnern sie immer etwas an die Spökenkieker und an das zweite Gesicht, weil sie etwas sehen und deuten müssen, was es nicht gibt, man es aber gerne hätte. Wenn die Gründung der Sowjetmacht die Errichtung der Herrschaft der Arbeiter- und Bauern-Macht ist, so gibt es eine solche Herrschaft heute bekanntlich nicht nur in der Sowjetunion. Daß sich diese Revolution den jeweiligen Situationen gemäß vollziehen wird, ist wohl eine Binsenwahrheit. Bei uns vollzog sie sich im Ergebnis der größten Niederlage des deutschen Imperialismus und des Sieges der Sowjetarmee, aber, und das darf man aus der Geschichte nie ausschalten, auf der Grundlage der antifaschistischen Einheit der Arbeiterklasse, geführt von einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei. Nun werden sowohl die objektiven als auch die subjektiven Faktoren nicht in jedem Lande die gleichen sein, und sie können es auch nicht sein, aber der Inhalt und das Ergebnis werden immer den gleichen Charakter haben, nämlich den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. So vollziehen sich Revolutionen in Afrika im Ergebnis des Zusammenbruchs eines jahrhundertalten Kolonialsystems und des Entstehens nationaler Befreiungsbewegungen, die mehr und mehr einen sozialistischen Charakter annehmen. Nun kann der von Ihnen genannte Politologe oder auch der Präsident eines großen imperialistischen Staates behaupten, da stecke überall die Hand Moskaus dahinter; er begreift aber nicht, welche „Hand“ hinter der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Partei Lenins steckte.

In welcher Weise hat die Oktoberrevolution Allgemeingültigkeit, und wie sieht es mit dem spezifischen Weg eines Volkes zum Sozialismus aus?

Zum Teil habe ich das schon beantwortet. Weil aber die bürgerliche Welt voller Ratschläge an die kommunistischen und Arbeiterparteien ist, jede solle ihren spezifischen, nur nicht den allgemeingültigen Weg der sozialistischen Revolution gehen, kann man noch etwas dazu sagen. Unter „spezifisch“ verstehen die Ratgeber der Arbeiterklasse, man solle nicht die Produktionsmittel der Konzerne in die Hände des Volkes legen, denn das Volk verstünde nichts davon. Man dürfe auch das bürgerliche Parlament mit seinem Vielparteiensystem nicht abschaffen, weil sonst die Demokratie getötet würde. Solches und noch mehr verstehen sie unter spezifisch als Gegensatz zum „russischen“ Weg. Wer heute noch behauptet, das Volk verstünde nichts mit den Produktionsmitteln in seinen Händen anzufangen, der leugnet die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft in der Sowjetunion und auch in der DDR. Gut, mag er das leugnen, aber schiebt er die Millionenhäre

der Arbeitslosen in den EG-Ländern und in den USA auf die Vernunft der kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel? Eine schöne Vernunft und eine dumme Arbeiterklasse, die keine Arbeitslosen zuläßt, sondern das Prinzip der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wahr. Nehmen wir das bürgerliche Parlament. Wir sind für Vertretungskörperschaften, und zwar für solche, die arbeiten und nicht nur reden. Aber warum sind die bürgerlichen Parlamente, sagen wir das in der Bundesrepublik, noch nicht auf den Gedanken gekommen, einen Plan für das nächste Jahr zu beschließen, der angemessenes Wirtschaftswachstum, Wachstum des Einkommens der Bürger, Förderung der Jugend und der Frauen. Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Kultur und des Sports festlegt? Ja, warum wohl nicht? Und warum empfehlen sie dann anderen eine solch unfähige Institution? Also, wenn man von Spezifik spricht, soll man immer prüfen, ob man damit die spezifischen Verhältnisse meint, unter denen sich selbstverständlich jede Wandlung der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung vollzieht, oder ob diese spezifischen Ratschläge von den Allgemeingültigkeiten, die jede sozialistische Gesellschaftsordnung beherzigen muß, ablenken sollen.

Da Sie gerade von spezifischen Ratschlägen sprechen, gehören dazu wohl auch solche, die in trutzige Reden gekleidet sind. Was halten Sie in diesem Zusammenhang von den wiederholten Äußerungen amerikanischer Politiker und deren europäischen Nachbetern, das letzte Kapitel des Kommunismus würde jetzt geschrieben werden?

Nichts, gar nichts ist davon zu halten. Der Präsident der USA ist nicht der erste Politiker, der zum Feldzug gegen den Sozialismus aufgerufen hat. Was bis jetzt aus solchen Feldzügen herausgekommen ist, weiß man. Aber angeblich hat die USA-Administration von heute neue Methoden in einem oder für einen solchen Feldzug entdeckt. Es scheint so, als glaubten sie es. Da sind die atomare Rüstung und die Konzeption des begrenzten Atomkrieges. Da sind der untaugliche Versuch, die sozialistischen Staaten mit Überrüstung erpreßbar zu machen, und die Drohung mit dem atomaren Erstschlag. Da ist die Politik des Wirtschaftskrieges und der Konfrontation, die weltweite Arbeitsteilung und Entspannung ablösen sollen. Der eine Minister der USA droht mit der Atombombe, wenn die Sozialisten nicht endlich aufhören wollen, Sozialisten zu sein, und der feinfühligere Kriegsminister meinte kürzlich, vielleicht wäre es besser, die Sowjetunion winselnd zugrunde gehen zu lassen. Das ist ein anti-kommunistischer Feldzug gegen die Existenz der Menschheit, ein Angriff auf das erste Lebensrecht des Menschen, ihr Dasein. Wenn sie mit einer solchen Politik Erfolg hätten, würden sie das letzte Kapitel der Menschheit schreiben. Aber sie werden keinen Erfolg haben!

Geschichte läßt sich ja nun nicht unter der Fragestellung „Was wäre wenn?“ beurteilen. Aber andererseits gibt es aufschlußreiche Lebenserfahrungen. Was wäre nach Ihrer persönlichen

Erfahrung, Genosse Sindermann, aus den Deutschen geworden, wenn die Oktoberrevolution auf deutschem Boden keine Freunde und Mitkämpfer gefunden hätte?

Ich weiß natürlich nicht genau, was aus uns Deutschen geworden wäre, wenn die Oktoberrevolution auf deutschem Boden keine Freunde und Mitkämpfer gehabt hätte. Aber, es sei mir gestattet zu sagen: Gott sei Dank gab es die Freunde und Mitkämpfer der Oktoberrevolution schon vor der Oktoberrevolution, während der Oktoberrevolution und nach der Oktoberrevolution. Ich brauche hier weder Namen zu nennen noch Zitate zu verwenden. Man kann nur sagen, daß es ein großes Glück war und ist, daß es immer das andere, das humanistische, das sozialistische, das Deutschland der Arbeiter und Bauern gab.

Weil kulturelle Erfahrungen und künstlerische Erlebnisse zum Leben gehören, möchte ich Sie fragen, wie Ihnen die Künste und die Kunstschaffenden, ob aus der Sowjetunion, der DDR oder aus anderen Ländern, geholfen haben, den Oktober zu verstehen und zu verteidigen.

Viel. In der Jugend begeisterten wir uns an solchen Filmen wie „Potemkin“, Büchern wie „Die Republik der Strolche“ oder „Das erste Mädchel“. Ich lieb einmal einer Mitschülerin das Buch „Schkid, die Republik der Strolche“, und es fiel in die Hände ihres mir nicht gut gesonnenen Vaters. Darauf gab es einen Riesenkrach im Lehrerkollegium und in einer Elternversammlung, und das Ergebnis war, daß alle Mitschüler das Buch von mir ausleihen wollten. Ich erinnere mich aber auch an ein Buch über die junge Sowjetunion: „Der große Plan“, an dem auch Johannes R. Becher mitgewirkt hatte. Und dort prägte sich mir der enthusiastische Satz ein: „In Stahl, in Glas, in Beton wollen wir die Sowjetunion kleiden.“ Mein Freund Valerio und ich machten daraufhin eine große Wandzeitung mit Fotomontagen aus Bildern vom Aufbau der Sowjetunion und gaben ihr diesen wunderbaren Titel. Ich weiß nicht, ob uns John Heartfield genügend inspiriert hatte, um auch eine künstlerisch gute Wandzeitung zu machen, jedenfalls erregte sie Aufsehen. Und das sollte sie auch.

Da sich dieses Gespräch naturgemäß nicht nur mit unseren Freunden in der Sowjetunion beschäftigt hat, sondern auch mit deren und unseren Feinden, möchte ich Sie zum Abschluß dieses Gespräches, für das ich Ihnen sehr danke, noch einmal fragen, warum nach Ihrer Auffassung die Wirkung der Gründung der Sowjetmacht bis heute so verleugnet und bekämpft wird.

Von wem wird sie verleugnet und bekämpft? Sie wird von denen bekämpft und verleugnet, denen sie das Ende ihrer Herrschaft eingeläutet hat. Die Völker, die am Beispiel der Oktoberrevolution gesehen haben, daß es nicht gottgewollt und unabänderlich ist, unter Bedingungen der Ausbeutung und nationaler Unterdrückung zu leben, sind auf allen Kontinenten angetreten, mehr oder weniger stark, dem Beispiel Rußlands zu folgen. Das macht die Verteidiger der alten Ordnung immer reaktionärer, politisch brutaler und

sozial rückständiger. Die Klassenkämpfe werden härter, und die Arbeiterklasse wird unter der Führung kommunistischer und Arbeiterparteien immer selbstbewußter und zielklarer. Natürlich ist das kein mechanischer Prozeß, der sozusagen von selbst abläuft. Lenin sagte, daß die Arbeiterklasse von der Bourgeoisie nicht durch eine chinesische

Mauer getrennt ist, die Ideologie tobt sozusagen in offener Feldschlacht, sie wogt hin und her. Lenin sagte auch, daß die bourgeoise Ideologie mitten unter der Arbeiterklasse abstirbt, und ihr Leichengeruch verpestet die Luft des ganzen Volkes. Was wir an Verleumdungen der Sowjetmacht wahrnehmen, das ist eben dieser bestialische Geruch der

reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals, besonders des ökonomisch-militärischen Komplexes, der aus dieser Klassenschlacht enorme Profite zieht und der auch noch Teile des Volkes vergiftet. Aber seit 1917 sind diese Verleumder weniger geworden, vielleicht noch lauter, aber schwächer.

(Aus: „Sonntag“, 51/1982)

John Reeds russische Notizblocks

Schon lange war bekannt, daß russische Notizblocks von John Reed existieren, die sich auf seinen Aufenthalt in Rußland im Herbst 1917, als er Zeuge und Teilnehmer der „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ war, und auf seinen folgenden Besuch in den Jahren 1919 bis 1920 beziehen, als die Sowjetmacht bereits gefestigt war. Die Notizblocks befanden sich anfangs im Besitz der Witwe Reeds, der Schriftstellerin Louise Bryant; nach ihrem Tode gelangten sie in ein amerikanisches Archiv.

Diese Notizblocks – Fotokopien – liegen nun vor uns. Einige von ihnen sind in ausgezeichnetem Zustand, sogar mit der Seitennummerierung von Reed. Andere wiederum sind nur teilweise erhalten geblieben. Auch gibt es lose Blätter, ohne Datum und ohne Nummerierung, mit abgenutzten Rändern und abgerissenen Ecken.

Ein Teil der Notizen ist mit Tinte geschrieben, in kleiner, deutlicher Schrift, wahrscheinlich am Tisch in einem Hotelzimmer. Doch bei einem großen Teil ist die Schrift unleserlich, eine Zeile springt auf die andere, ein Buchstabe auf den anderen, die Wörter sind wahllos abgekürzt, mitunter in ganz rätselhafter Weise. Das alles sind flüchtige Notizen, die in Eile und unterwegs gemacht wurden – auf der Straße, auf Meetings oder im Zug –, mit klammen Fingern, mit stumpfem, schon lange nicht gespitztem Bleistift. Für Reed selbst waren seine Notizen eine Art Stenogramme, die er zweifellos am nächsten Tag unter dem noch frischen Eindruck des am Vortage Erlebten mit Leichtigkeit entzifferte. Der Forscher, der sich nach mehr als vier Jahrzehnten mit diesen Notizblocks beschäftigt, muß jede zweite oder dritte Zeile „im Kampf“ erobern, muß sich hineinlesen, muß sie durchdenken, erraten.

Insgesamt sind es ungefähr siebenhundert Notizblockseiten, die von Reeds Hand beschrieben wurden.

Die russischen Notizblocks John Reeds sind von dreifachem Interesse:

– Sie sind ein historisch-revolutionäres Dokument von unbestreitbarer Bedeutung, sie sind journalistische Aufzeichnungen aus der Feder eines unmittelbaren Beobachters der Tage des Großen Oktober und der ersten Tage der Sowjetmacht.

– In den Notizblocks Reeds ist wichtiges Material für die schöpferische Geschichte der „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ enthalten, und auch das Material für sein anderes Buch, „Von Kornilow bis Brest-Litowsk“, das er geplant, aber nicht geschrieben hatte.

– Und schließlich sind die russischen Notizblocks eine unschätzbare Quelle für die Biographie dieses hervorragenden Menschen, eines der ersten Kommunisten unter den Schriftstellern im Westen, des großen Sohnes des amerikanischen Volkes und treuen Freundes der jungen Sowjetrepublik.

Jeder, der „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ gelesen hat, muß die Energie Reeds bewundern, der im revolutionären Petrograd fast dasselbe angespannte Leben lebte wie jene, die die Revolution vollbrachten. Er verbrachte lange Nachtstunden im Smolny, beobachtete die Agonie der Provisorischen Regierung im Winterpalais, besichtigte Fabriken und Militäreinheiten, hielt Begrüßungsansprachen und Reden auf Meetings, saß mit dem Bleistift in der Hand in Versammlungen und auf Tagungen, wo die Bolschewiken einen erbitterten Kampf gegen die konterrevolutionären Parteien führten.

Die Notizblocks spiegeln diese rastlose Tätigkeit in Form von Stichworten über das Geschehen wider – abwechselnd mit Aufzeichnungen über Begegnungen und Interviews, mit Namen, Adressen, Telefonnummern, schnell hingeworfenen Skizzen, mit Zahlenreihen über Wahlergebnisse. Protokollartige Notizen oder ausführliche Teile einer Reportage werden durch drei bis vier Zeilen unterbrochen, die irgendwo schräg oder am Ende der Seite hingeschrieben wurden und plötzlich ein starkes Gefühl der unmittelbaren Teilnahme an den geschilderten Ereignissen aufkommen lassen.

„Morgen um sechs Uhr abends Kollontai. Patronenfabrik. Tichwinskaja. Straßenbahn Nr. 9.“

Das ist eine Verabredung mit A. M. Kollontai in der Petrograder Patronenfabrik, deren Belegschaft hinter den Bolschewiken steht. Die Notiz bezieht sich auf die Tage vor dem Oktober.

„Zwei Maschinengewehre vor dem Eingang, je eins auf jeder Seite. Rote Garde, Soldaten, Matrosen. Ein englischer und ein amerikanischer Offizier versuchen, in das Innere vorzudringen. Strengste Wache. Die Form der Passierscheine ändert sich alle drei bis vier Stunden.“ Das ist der Smolny in den entscheidenden Tagen.

„Raum des Bataillons-Komitees. Frühstück. Gemeinschaftskessel mit Suppe, sechs oder acht Löffel. Kessel mit Grütze. Für jeden ein Stück Brot. Zu mir – ein herzliches Verhältnis. Lachen, Scherze.“

Das ist Reed beim 6. Reserve-Pionierbataillon am Vortage der Abfahrt an die Front nach

Zarskoje Selo, wo die bolschewistischen Einheiten und Abteilungen der Roten Garde die Truppen Kerenskis schlugen.

Reed kam nach Rußland, ohne ein Wort russisch sprechen zu können. In einem Notizblock älteren Datums ist auf einem Blatt das russische Alphabet aufgeschrieben; über jedem Buchstaben ist auf Englisch die Aussprache vermerkt. Um sich eine Losung auf einem Plakat zu merken, notiert er sie zur Hälfte in russisch, zur Hälfte in englisch: „Da strastwujet Proletarian Victory!“ (Es lebe der Sieg des Proletariats!)

Im Vorwort zur russischen Ausgabe des Buches „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ schrieb N. K. Krupskaja: „John Reed war kein gleichgültiger Beobachter, er war ein leidenschaftlicher Revolutionär, ein Kommunist, der den Sinn der Ereignisse, den Sinn des großen Kampfes erfaßt hat. Dieses Verstehen gab ihm jenen scharfen Blick, ohne den er ein solches Buch niemals hätte schreiben können.“ Ohne Zweifel: So war es, und Reed erwarb diesen scharfen Blick gerade im revolutionären Petrograd. Man kann mit Gewißheit behaupten, daß dieser junge amerikanische Journalist, durch die Feuerprobe der bolschewistischen Revolution im September/Oktober 1917 gestählt, in „beschleunigtem Tempo“ eine solche Schule revolutionärer Theorie und revolutionären Kampfes absolvierte, an die er, in einer gewissen rückständigen amerikanischen sozialistischen Bewegung stehend, nicht im Traum denken konnte. Blätter man in den Notizblocks Reeds und gleichzeitig in seinem berühmten Buch, erlebt man buchstäblich seine Entwicklung und sein Wachsen als Revolutionär nach.

An der Wahrhaftigkeit Lenins zweifelte Reed keine Minute. Jetzt wird offenbar, daß seine Treue zur Leninschen Linie durch ernste und gedankenvolle Arbeit entwickelt und erhärtet wurde. In einem der Oktober-Notizblocks ist auf elf Seiten der erste Teil des Leninschen „Briefes an die Genossen“ konzipiert, der am 19. Oktober (nach alter Zeitrechnung) in der bolschewistischen Zeitung „Rabotschi Put“ (Der Arbeiterweg) veröffentlicht wurde. Reed führt wörtlich die Argumentation Lenins gegen die Streikbrecher an.

Wahrscheinlich sind nicht alle Notizblocks Reeds erhalten geblieben, die als Grundlage zum Buch „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ dienen. Einige Abschnitte des Buches spiegeln sich in den Notizblocks nicht wider oder sind nur leicht angedeutet. Andererseits gibt es Zeilen und Seiten, die vollständig in das Buch übernommen wurden oder die feste

Grundlage für die eine oder andere Episode, für eine Schilderung oder Charakteristik bilden. Es ist interessant und lehrreich zugleich, zu verfolgen, in welchen Fällen sich Reed mit rein reportageartigen Aufzeichnungen zufriedengibt und in welchen Fällen er eine Szene oder eine Episode schöpferisch ausarbeitet, nach dem Gedächtnis ergänzt oder verallgemeinert.

Aber auch die nicht ins Buch übernommenen Aufzeichnungen sind für die Leser als Ergänzung oder Kommentar zum gedruckten Text von hohem Interesse. Hier einige Aufzeichnungen und Notizen, welche die sehr knappe Beschreibung des Meetings im Obuchow-Werk im 2. Kapitel des Buches „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ ergänzen. Im Notizblock ist der Tag des Meetings – der 8. Oktober – angegeben. Beschrieben ist der Weg bis zum Werk, wo Reed zuvor noch niemals gewesen war. Weiter ist notiert, daß das Meeting fünf Stunden dauerte, die vieltausendköpfige Menge von Arbeitern verharrte die ganze Zeit über und hörte den Rednern aufmerksam zu. Reed vermerkt die Reaktion der Versammlung: „Zustimmende Rufe“, „Beifallssturm“, „drohendes Murren“. Über den Redner Petrowski, Mitglied des Werkkomitees, der an der Provisorischen Regierung scharfe Kritik übte, wird gesagt, daß er in der Emigration unter dem Namen Nelson in der amerikanischen Arbeiterbewegung wirkte, daß er bei den Obuchower Arbeitern Autorität besitzt. Aus dem Notizbuch erfahren wir, daß auch Reed selbst und der ihn begleitende Journalist Albert Rhys Williams auf dem Meeting sprachen.

Zum Schluß sind die Rückfahrt im Auto vom Meeting über den Schlüsselburger Prospekt und die grimmigen Worte eines mit Reed fahrenden Frontsoldaten beschrieben, der wild mit den Armen fuchtelte und schreit: „Warum haben die amerikanischen Arbeiter zugelassen, daß Amerika in den Krieg eintrat und ihn in die Länge zieht? Warum erheben sie sich nicht und helfen uns, den Krieg zu beenden? Ist es etwa nicht entsetzlich, daß russische Revolutionäre umkommen, unsere Revolution im Blut erstickt, unsere Brüder aber, jene, für die wir kämpfen, keinen Finger rühren wollen?!“ Besonders zu erwähnen sind die Aufzeichnungen, die eine chronologische Fortsetzung der „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ darstellen. Wie bekannt, endet das Buch Reeds mit der Rede Lenins über die Agrarfrage auf dem Außerordentlichen Allrussischen Kongreß der Sowjets der Bauerndelegierten und der triumphalen Eröffnung der vereinigten Versammlung des WZIK (Allrussisches Zentrales Exekutivkomitee) sowie des Bauernkongresses unter der Leitung der Bolschewiki in der Nacht zum 29. November 1917. Aber Reed fuhr erst zweieinhalb Monate später, Anfang Februar 1918, in die USA. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte er die ersten Schritte der Sowjetmacht, wie immer tief in das Leben eindringend und als Journalist nach Kräften Hilfe leistend. Er trat auf dem 3. Allrussischen Sowjetkongreß auf. Einige Eindrücke Reeds in diesen Monaten fanden ebenfalls in den Notizblocks ihren Niederschlag.

Einen wichtigen Platz in den russischen Notizblocks Reeds nehmen die Aufzeichnungen ein, die sich auf seinen Aufenthalt in Sowjetrußland in den Jahren 1919 bis 1920 beziehen, als er bereits Kommunist war. Sie sind nur teilweise erhalten geblieben. Besonders umfangreiche Aufzeichnungen machte Reed im Dezember 1919 bis Januar 1920 während seiner Fahrten außerhalb Moskaus. Er wollte sich mit der Praxis des sowjetischen Bauwesens außerhalb der großen Städte bekanntma-



John Reed bei der Arbeit

chen. Reed fährt nach Serpuchow, nach Klin, nach Karatscharowo, in die ersten Staatsgüter und landwirtschaftlichen Kommunen, kommt mit Kommunisten und Vertretern der örtlichen Sowjetorgane zusammen, mit Funktionären und parteilosen Bauern, besucht Versammlungen und Meetings, diskutiert über Lebensmittel- und über politische Schwierigkeiten. Einmal schrieb er den Inhalt eines Agitationsstückes auf, das im Dorf-Volkshaus von Laienkünstlern aufgeführt wurde.

Seine Notizen über die Fahrt nach Serpuchow verwendete Reed in der Korrespondenz „Sowjetrußland heute“, die er an die New Yorker Zeitung „Liberator“ schickte. Der zweite Artikel unter demselben Titel erschien in „Liberator“ nach seinem Tode, im Januar 1921; wie es scheint, hat ihn die in die USA zurückgekehrte Louise Bryant mitgebracht. Der Artikel endet folgendermaßen:

„Bei klirrendem Frost, in der schlimmsten Zeit des schwersten Winters, den Sowjetrußland durchmachte, fuhr ich aus Moskau heraus, um zu sehen, wie es in den Provinzstädten und Dörfern aussieht. Dort, ziemlich weit von der Hauptstadt entfernt, sah ich, daß die Sowjetmacht tief in das Leben des Volkes eingedrungen ist, daß sich die neue Gesellschaftsordnung bereits eingebürgert hat und etwas Selbstverständliches ist. Als Beispiel möchte ich erzählen, was ich in Klin, der Kreishauptstadt, wo der Kreissowjet seine Sitzungen abhält, gesehen habe ...“

Weiter folgt eine Anmerkung der Redaktion: „Das Manuskript, das wir erhielten, endet mit diesem Wort.“ Reed konnte den Artikel nicht beenden. In den Notizblocks sind viele Tatsachen und Zahlen enthalten, die sich auf Klin und die Dörfer bei Klin beziehen. Leider können sie schon nicht mehr in die hervorragende, von revolutionären Gedanken durchdrungene Publizistik Reeds umgesetzt werden.

In allem, was Reed bei diesem Besuch in Sowjetrußland tat und schrieb, kommt immer wieder die ihn auszeichnende ungewöhnliche Energie zum Ausdruck, verbunden mit dem heißen Streben, soviel wie möglich über das Leben des Sowjetvolkes zu erfahren – und unbedingt aus erster Quelle. Seine eigenen Beobachtungen überprüfte er in Gesprächen mit Führern des Sowjetstaates, mit einfachen Sowjetbürgern, mitunter auch mit Gegnern der Sowjetmacht. Viele Fragen klärt er nicht nur für sich selbst, sondern auch, um sie in der ausländischen Presse zu beleuchten, um die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenz im Westen über den Verlauf der proletarischen Revolution richtig und genau zu informieren, um die verleumderischen Gerüchte, die die Feinde Sowjetrußlands verbreiten, zu zerstreuen. Er notiert Tatsachen über die Tätigkeit der von Dzierzynski geleiteten Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, lernt das System der Lebensmittelversorgung kennen und vermerkt besonders die Sorge der Sowjetorgane um die Gesundheit der Kinder. Hier einige Notizen auf einem vergilbten Blatt, das von Reed kreuz und quer beschrieben wurde – anscheinend eine Gedankenstütze, die er nach einer seiner Fahrten in die Provinz auf der Rückfahrt nach Moskau zusammenstellte: „Bei der Ankunft in Moskau: Begegnung mit Kollontai. Mit Lunatscharski. Mit Ustinow. Mit Martow. Mit Larin. Wieviel Menschen wurden von der Tschecha verurteilt und hingerichtet? Wer von den linken Sozialrevolutionären hat in der Außerordentlichen Kommission gearbeitet? Wer von den hochwürdigen Priestern hat den General Denikin aus der Kirche ausgestoßen? Begegnung mit Dzierzynski.“ Und auf der Rückseite desselben Blattes: „Das Buch ‚Moskau im Jahre 1917‘, herausgegeben in Moskau, 1919, besorgen. Das Buch Krupskajas über Bildung.“ Auf diese Wintermonate 1919 bis 1920 bezieht sich auch die Notiz über Lenin, die von Reed auf irgendeiner Versammlung in Moskau gemacht wurde. Reed fühlt sich von Lenin als großer politischer Führer und als ein ihm sehr sympathischer Mensch unwiderstehlich angezogen. In „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ wird Lenin in den Tagen des Oktoberaufstandes gezeigt, und Reed unterstreicht die Willensstärke seines Charakters. Hier zeichnet er mit sichtlichem Vergnügen Lenin in einer mehr oder weniger ruhigen Atmosphäre: „LENIN. Fröhlich. Beugte sich über die Tribüne. Legte ein Bein über das andere. Hände in den Taschen. Während der Rede lachte er einige Male. Scherzte. Gestikulierte mehr als sonst.“

Es folgt eine ungeschickte Zeichnung der Hände Lenins, irgendeine Geste, die Reed gefallen hatte. Dann der Nachsatz: „Eine Hand in der Tasche, die andere zur Faust geballt.“ Die russischen Notizblocks müssen aufmerksam gelesen werden. Sie sind ein integrierender Bestandteil des ideologischen und schöpferischen Erbes von John Reed.

Es folgt eine ungeschickte Zeichnung der Hände Lenins, irgendeine Geste, die Reed gefallen hatte. Dann der Nachsatz: „Eine Hand in der Tasche, die andere zur Faust geballt.“ Die russischen Notizblocks müssen aufmerksam gelesen werden. Sie sind ein integrierender Bestandteil des ideologischen und schöpferischen Erbes von John Reed.

A. Starzew

(Aus: „Ogonjok“, Moskau 1965)

Für eine friedliche Ostpolitik Deutschlands „Über die Russen und über uns“

In den deutsch-russischen Beziehungen herrscht Eiszeit. Sanktionen und Gegen-sanktionen bestimmen das Bild. ... Eine Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, zwischen der EU und Rußland ist unverzichtbar“, heißt es in dem von Wolfgang Gehrcke initiierten Antrag an den Bundestag vom 27. April 2017. Mit dieser Einschätzung sollte eine neue Ostpolitik begründet werden. Die Mehrheit des Bundestages lehnte den Antrag ab.

Um die Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen für beide Völker zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die deutsch-russische Geschichte werfen, wie es das Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und späterer ND-Chefredakteur Rudolf Herrstadt in seinem berühmten Artikel „Über die Russen und über uns“ getan hat. Dieser Beitrag erschien am 1. August 1948 in der „Täglichen Rundschau“ und löste eine intensive Diskussion aus.

Die deutsche Kriegskamarilla hatte in Mißachtung der Ratschläge Bismarcks den Krieg mit Rußland 1914–1918 zu verantworten. Die Soldaten auf beiden Seiten der Ostfront wollten die Beendigung des sinnlosen Gemetzels. Die Oktoberrevolution und Lenins Dekret über den Frieden wirkten als Ansporn auch unter den deutschen Arbeitern und Soldaten. Die deutsche Militärführung sah die Entwicklung in Rußland als Chance, mit dem „Frieden“ von Brest-Litowsk die Sowjetmacht zu schwächen und zu demütigen. Die Revolution sollte – wie die nachfolgenden Interventionen der imperialistischen Staaten zeigten – in der Wiege erstickt werden.

Lenin setzte große Hoffnungen auf die Novemberrevolution in Deutschland. Im Falle des Sieges sah er das Zentrum der Weltrevolution in Berlin. Ihre Niederlage unterstrich: Ohne revolutionäre Partei kann die Macht des Imperialismus nicht gebrochen werden. Während der Zeit der Weimarer Republik differenzierten und polarisierten sich die Kräfte, die Einfluß auf die Beziehungen zur Sowjetunion nahmen. Auf dem einen Pol, den Ernst Thälmann verkörperte, vereinigten sich die Freunde der Sowjetunion, auf dem anderen sammelten sich jene, die sich dann in der faschistischen Bewegung konzentrierten.

Ein einziges Mal ging von seiten der bürgerlichen Regierung der Versuch aus, mit dem Rapallo-Vertrag ein Beispiel für den Vorzug und Nutzen der friedlichen Koexistenz zu schaffen. Außenminister Walter Rathenau suchte nach Wegen, die Folgen von Versailles abzumildern und die internationale Stellung Deutschlands zu stärken. Unter denkwürdigen Umständen unterschrieb er mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion Georgi W. Tschitscherin den Vertrag von Rapallo. In wenigen Sätzen war festgelegt, daß beide Seiten auf Ersatz ihrer Kriegskosten und Kriegsschäden verzichten, Ansprüche aus früheren Verträgen nicht mehr gelten und der Handel nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils

entwickelt wird. Keine Seite hatte etwas verloren, jede Seite etwas gewonnen. Rapallo hätte zum Ausgangspunkt guter Beziehungen werden können. Die Ermordung Rathenau hatte symbolische Bedeutung.

Die aggressivsten imperialistischen Kreise ließen 1933 Hitler als Reichskanzler inthronisieren, und die Spitze der Generalität erfuhr aus dessen Munde schon wenige Tage später, daß der Krieg gegen die Sowjetunion das wichtigste Ziel der Hitler-Politik ist, für Generale kein Grund zum Widerspruch. Nach 1933 wurde der Antisowjetismus Staatsdoktrin und die Vorbereitung des Krieges Konstante jedes wichtigen Schrittes in der Innen- und Außenpolitik Hitlerdeutschlands.

Ende der 30er Jahre gab es noch einmal eine Situation, welche die deutsch-sowjetischen Beziehungen hätten entkrampfen können. Als die Westmächte im Sommer 1939 die Bemühungen der UdSSR, ein System der kollektiven Sicherheit gegen Hitlerdeutschland zu schaffen, sabotierten und die Gefahr bestand, daß eine imperialistische Einheitsfront entsteht, entschloß sich die Sowjetregierung, das Angebot eines Nichtangriffspaktes, das Deutschland machte, anzunehmen. Der Nichtangriffsvertrag vom August 1939 ist als „Hitler-Stalin-Pakt“ in die Geschichte eingegangen und wird heute von manchen als „Teufelspakt“ und Kriegsursache verleumdet. Tatsache ist aber, daß die Sowjetunion noch etwa zwei Jahre Zeit gewann, um sich auf den von Hitler geplanten Überfall vorzubereiten.

Mit dessen Beginn 1941 ging es nicht mehr um gute Beziehungen zwischen Deutschen und Russen, sondern um einen Krieg, in dem die Russen ihr Vaterland und ihre Errungenschaften verteidigten, während die Wehrmacht Tod und Zerstörung über die Sowjetunion brachte. Stalin erklärte, daß es nicht Ziel der sowjetischen Kriegführung ist, das deutsche Volk, wohl aber den Faschismus zu vernichten. Mit diesem Ziel erzwang die Sowjetarmee schließlich unter unermeßlichen Opfern die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Die KPD wandte sich am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf an das deutsche Volk, in dem es hieß: „Nie wieder Hetze und Feindschaft gegen die Sowjetunion, denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!“

Diese Wahrheit bestätigte sich auch in den vierzig Jahren der Existenz zweier deutscher Staaten. Antisowjetismus war die Zwillingsschwester und Bedingung für das Wiedererstehen des Imperialismus und Militarismus in der BRD und ihrer NATO-Politik, die Franz-Josef Strauß im März 1958 in dem Satz zusammenfaßte: „Es gibt heute ... nurmehr einen einzigen Fall, das ist der Fall rot.“

Die DDR dagegen erhob die Politik der Freundschaft mit der Sowjetunion zur Verfassungsnorm und trug auch damit zum Frieden in Europa bei.

Mit den Bonner „Ostverträgen“, der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und den Helsinki-Prinzipien von 1975 schien damit

gleichzeitig der Weg verbesserter Beziehungen der BRD nach Moskau und Berlin geebnet, wenn sich nicht auch die Verfechter der „Konterrevolution auf Filzlatzchen“ eine Nebelwand geschaffen hätten. Kennedys „peaceful change“ hieß auf Deutsch „Wandel durch Annäherung“, der 1989 in der erpreserischen Politik Kohls und der „friedlichen Revolution“ mündete. Sie entpuppte sich als klassische Konterrevolution. Bundeskanzler Helmut Kohl wurde nicht müde zu betonen, daß es ohne Gorbatschow die „Wiedervereinigung“ nicht gegeben hätte. Und der Chef des Kreml gab zu, daß er ohne die „Vorleistungen der DDR zur Vertrauensbildung“ seinem Volk die Zustimmung zur „Einheit“ nicht hätte zumuten können – eine Ironie des Schicksals, wie es sie in der Geschichte selten gab.

Seit den Tagen, als die Deutschen das „glücklichste Volk der Welt“ gewesen sein sollen, sind fast dreißig Jahre vergangen. Was ist aus den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland geworden?

In der Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 22. Mai 2017 wurde den Bundestagsabgeordneten Antworten von „Ostexperten“ angeboten. Der Hauptbeitrag des Rußland-Experten Prof. Dr. Andreas Heinemann-Grüder trägt den Titel: „Kalter Krieg oder neue Ostpolitik? Ansätze deutscher Rußlandpolitik“.

Die Ausgangsthese lautet: „Auf offizieller staatlicher Ebene hat sich das deutsch-russische Verhältnis in den vergangenen Jahren deutlich abgekühlt. Spätestens seit der Krimbesetzung durch Rußland im März 2014 und dem Krieg in der Ostukraine gilt es als gestört.“ Der Schuldige stand natürlich fest. Jetzt mußten NATO-treue Politiker, Experten und Publizisten nur noch eine Anklage zusammenschustern, die den neuen kalten Krieg für die Öffentlichkeit „legitimierte“.

Was ist dem entgegenzusetzen?

1. Um die „Eiszeit“ zu erklären, wird zuerst auf die Ereignisse in der Ukraine und auf der Krim verwiesen. Kanzlerin Angela Merkel schiebt dies Wladimir Putin in die Schuhe und sieht sich veranlaßt, seine Politik als „Verbrechen“ zu brandmarken. Dieser Vorwurf negiert jedoch die Tatsachen. Pläne und Aktivitäten des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion sind schon in Zbigniew Brzezinskis Buch „Alternative zur Teilung“ zu finden, das 1966 erschien. Der Berater mehrerer USA-Präsidenten stellt in seinem Werk „Die einzige Weltmacht“ (1997) die „geopolitischen Wunschvorstellungen“ des Weißen Hauses unmißverständlich dar. Der Maidan und seine Akteure sind ohne die Strategie der USA und deren Unterstützung durch Merkel und Co. nicht denkbar. Was suchten die BRD-Außenminister Westerwelle und Steinmeier auf dem Maidan? Warum waren Timoschenko und Klitschko Schoßkinder der deutschen Politik? Nicht Putin hat die „europäische

- Friedensordnung“ zerstört, die auf den Prinzipien von Helsinki beruhte.
2. Die Krim gehörte seit 1792 zu Rußland bzw. der UdSSR. Als KPdSU-Generalsekretär Nikita S. Chruschtschow die Krim der Ukraine „schenkte“, blieben beide Territorien Bestandteile der Sowjetunion. Die Zerstörung der UdSSR durch Gorbatschow und Jelzin war nach Recht und Gesetz Hochverrat und, wie Wladimir Putin feststellte, die „größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“. Im Lichte des Völkerrechts waren die Ereignisse 2014 auf der Krim eine *Sezession*, keine Annexion oder Aggression. Die gewählten Repräsentanten der auf der Krim ansässigen Bürger haben ihre staatliche Unabhängigkeit verkündet, ein Schritt, der durch ein Referendum ausdrücklich gebilligt wurde. Erst danach erfolgte der Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation. Zu Recht erklärte Wladimir Putin am 18. Dezember 2014: „Es war nicht wegen der Krim, sondern weil wir unsere Souveränität, das Existenzrecht unseres Staates verteidigen.“
 3. In den Köpfen vieler „europäischer“ Politiker und NATO-Generale lebt das alte Feindbild fort, wonach das christlich-abendländische Europa gegen die „Gefahr aus dem Osten“ schützen müsse. Die NATO verfolgte nach 1945 die Roll-back-Strategie, die heute beschönigend als „regime change“ und „Eindämmung“ bezeichnet wird. Die katastrophalen Folgen einer solchen Politik für die Völker in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien nehmen die Kriegstreiber in Kauf.
 4. Aus der Sicht Moskaus kann die „Osterweiterung“ der NATO nur als permanente Kriegsdrohung und Vertrauensbruch verstanden werden. 1990 stand die Sowjetarmee an der Elbe. Seitdem rückten NATO-Truppen und US-Raketen 2000 km nach Osten vor. Nicht die Sowjetunion hat eine expansive Politik betrieben, sondern die NATO – was ohne die Komplizenschaft Deutschlands nicht möglich gewesen wäre.
 5. Manche Rußland-Feinde heucheln Verwunderung ob der Reaktionen in Rußland: „Teile der russischen politischen Elite befinden sich mental offenbar in einem Kriegszustand mit dem Westen und sehen Politik als eine Form der Kriegführung. Die gegenwärtige Politik kombiniert zaristische, bolschewistische und euroasiatische Traditionslinien. Eine Wertegemeinschaft mit der EU ist damit nicht mehr gegeben.“ Das gilt auch für die deutsche Regierung. Entscheidend ist, *welche* Erinnerungen aus welchen Gründen für die Begründung der jeweiligen Außenpolitik aktiviert werden. Die Erfahrungen der russischen Bürger mit der „deutschen“ Ostexpansion ändern sich nicht dadurch, daß sie nun „europäisch“ getarnt wird.
 6. NATO-Strategen „erklären“ die Politik Putins meist aus seinen ihm ange-dichteten negativen Eigenschaften. Er wird dämonisiert und zum neuen Stalin ernannt. „Putin-Versteher“ wurde zum Schimpfwort, und selbst Horst Seehofer

- geriet im „Sturmgeschütz der Demokratie“ in den Verdacht, „Werkzeug von Putins Propaganda“ zu sein. Die FAZ vom 22. September 2014 verstieg sich zu der Schlagzeile: „Rußland ist kein Bär, sondern eine Sau, die ihre Jungen auffrißt.“ Tatsache ist jedoch: Putin trat unter bestimmten Zwängen an die Spitze Rußlands: Gorbatschow und Jelzin hatten die UdSSR zerschlagen. Es herrschten chaotische Zustände. Die Oligarchen bereicherten sich maßlos. Die Außenpolitik widerspiegelte den Niedergang der einstigen Supermacht. Putin mußte ein Herkules sein, um diesen Sumpf auszutrocknen, was nicht nur im Interesse der Russen lag. In wessen Interesse liegt es, wenn Rußland schwach, zerrissen und außenpolitisch wenig handlungsfähig ist?
7. Jahrzehntelang galt die UdSSR als Supermacht, die in der Lage war, den USA ebenbürtig gegenüberzutreten. Sie konnte verbündeten und befreundeten Staaten Sicherheit garantieren und beeinflusste die nationale Befreiungsbewegung maßgeblich. Sie nutzte das Völkerrecht und ihr Vetorecht im Sicherheitsrat. Inzwischen wird das Völkerrecht massenhaft straffrei verletzt und mißbraucht. Die BRD erreichte zwar nicht, daß sie ständiges Mitglied des Sicherheitsrats wurde, wie sie es 1990 anstrebte, aber am Bruch und Mißbrauch des Völkerrechts ist sie stark beteiligt. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Bundeswehrein-sätzen und beim Wirtschaftsembargo gegen Rußland. Es gibt 5200 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung und einen beachtenswerten Handelsaustausch. Das bilaterale Volumen ist von 2012 bis 2016 von 80 Mrd. auf 47 Mrd. Euro gesunken. Verloren haben beide Seiten. Das Embargo ist zum Bumerang geworden. Den Schaden tragen nicht deren Urheber, Merkel und Co.
 8. Deutschland steht in den Beziehungen zu Rußland am Scheideweg: Mit der NATO weiter auf selbstmörderischem Expansionskurs, der in einem dritten „Karthago“ enden würde, oder es wird erprobt, Frieden ohne Waffen zu schaffen, wobei „Rapallo“ Vorbild sein könnte. Erstaunlich ist, in welcher unterschiedlichen Lagern solche Alternativen erörtert werden. Der Kreis reicht von Wilfried Scharnagl, Intimus von Strauß und Seehofer und lange an der Spitze des „Bayern-Kurier“, über Wolfgang Gehrcke (Partei Die Linke) bis zu Gorbatschow. Scharnagl, der die Welt am atomaren Abgrund sieht, rät: „In Europa verbreitet sich, Muskelspiele auf russischer Seite anzuprangern, ähnliches Verhalten auf der eigenen Seite großzügig zu übersehen oder für selbstverständlich zu halten.“ Wolfgang Gehrcke stellt als Ausgangspunkt des Streits über die deutsch-russischen Beziehungen die Alternativfrage: „Rückkehr zum kalten Krieg oder gute Nachbarschaft?“ Wem kann die Wahl schwerfallen?
 9. Unübersehbar ist, daß die Wirksamkeit der „neuen Friedensbewegung“ noch nicht

den Erfordernissen entspricht. Die Traditionen, gemachten Erfahrungen und bisherigen Erfolge – von Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“ über die Bewegung „Hände weg von Rußland!“, den Stockholmer und den Krefelder Appell – müssen genutzt werden, Literatur und Kunst können das antimilitaristische Bewußtsein schärfen.

Es liegt auch in der Verantwortung der linken Parteien, Friedenskräfte zu vereinigen und zu aktivieren.

Prof. Dr. Horst Schneider

Oktober-Song

Da habn die Proleten Schluß gesagt
Und die Bauern: es ist soweit,
Und habn den Kerenski davongejagt
Und die Vergangenheit.
Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Da hat der Soldat das Gewehr umgewandt,
Da wurd er wieder Prolet.
Worauf sehr schnell vom Krieg abstand
Die Generalität.
Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Da hatte der Muschik den Bauch nicht voll,
Und da las er dann ein Dekret,
Daß der das Korn jetzt fressen soll,
Der auch das Korn abmäht.
Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Die Herrn habn durchs Monokel geguckt
Und haben die Welt regiert,
Und eh ein Matrose in die Newa spuckt,
Warn sie expropriert.
Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Und der dies Lied euch singen tat,
Lebt in einer neuen Welt.
Der Kumpel, der Muschik, der rote Soldat
Habn die euch hingestellt.
Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Peter Hacks

Zuerst zeigte ich ihm einen Vogel

Nein, von den vier Tätigkeiten, die ich nach meiner Schulentlassung ausübte, wollte ich für den Rest meiner Lebensarbeitszeit keine behalten. Zunächst hoffte mein Vater, er könne mich für seinen Beruf als Elektro-Installateur begeistern. Aber nach einjähriger Lehrzeit zeigte es sich, daß ich für diese Tätigkeit keinerlei Begabung hatte. Auf Wunsch meiner Eltern begann ich dann eine Lehre in einem kaufmännischen Beruf, die ich auch tatsächlich regulär beendete. Doch schon einen Tag nach der letzten Prüfung wartete eine neue ungeliebte Tätigkeit auf mich. Ich wurde Soldat und mußte mich am 1. Oktober 1941 in der Kaserne der Flak-Ersatz-Abteilung 12 in Berlin-Lankwitz einfinden. Am Ende des Zweiten Weltkrieges nahmen mich die Amis in Kriebitzsch, wo ich in einer Eisenbahn-Flak-Batterie als Schreiber meinen Militärdienst versah, gefangen und internierten mich in einem der Lager auf den Rheinwiesen. Von dort kehrte ich später nach Kriebitzsch zurück, wo meine junge Frau – wir hatten im Mai 1944 in Berlin geheiratet, und sie war mir nach Kriebitzsch gefolgt – inzwischen eine Arbeit als Gutssekretärin aufgenommen hatte. Sie stellte mich und weitere Kameraden der ehemaligen Flak-Batterie als Landarbeiter auf dem Gutshof ein. Meine Tätigkeit bestand vor allem darin, allmorgendlich den Ochsen Hans vor einem Leierwagen anzuschirren, auf ein Getreidefeld zu fahren, die dort lagernden Strohballen von anderen Landarbeitern auf den Wagen werfen

zu lassen und das Gefährt zurück zum Gutshof zu bringen.

In den Sommerferien hatte sich mir ein etwa elfjähriger Junge angeschlossen, der von seinen Altersgefährten im Dorf „Leip'zcher“ gerufen wurde. Seine Eltern und er waren während des Krieges in Leipzig ausgebombt worden und hatten in Kriebitzsch ein Unterkommen gefunden. Wenn er mit mir sprach, sagte er – wie alle im Dorf – zu mir „du, Berliner“.

Auch in den Herbstferien begleitete mich der „Leip'zcher“ Tag für Tag aufs Rübenfeld, wo die Zuckerrüben aufgeladen und zur Verlade-rampe des Bahnhofs Kriebitzsch gefahren werden mußten.

Eines Tages schaute er mich an und stellte mir völlig überraschend die Frage: „Du, Berliner, willst du denn diese Arbeit ewig machen?“ Ich fragte zurück: „Weißt du was Besseres?“ Da erzählte er mir, daß er gestern in der Zeitung eine Anzeige gelesen habe, wonach in der Kreisstadt Altenburg junge Leute zur Ausbildung als Neulehrer gesucht würden. Ich war zunächst sprachlos. Einmal deshalb, weil sich dieser Knirps offenbar Gedanken über meine Zukunft gemacht hatte. Dann aber auch über den Inhalt seiner Gedanken. Ich erinnerte mich, daß ich zu meiner Schulzeit ein eher mittelmäßiger Schüler war. Nur in Deutsch, Erdkunde, Religion und Turnen stand regelmäßig eine 2 auf dem Zeugnis. Sonst ständig „dicke Dreien“, wie mein Vater oft vorwurfsvoll meinte. Aber, obwohl ich dem

„Leip'zcher“ zunächst einen Vogel zeigte, dachte ich doch über diese überraschende Anregung nach ...

Abends sprach ich mit meiner Frau darüber, schaffte es, daß mir die Gutssekretärin einen Tag freigab und fuhr nach Altenburg. Im Schulamt trug ich mich in die Liste der Bewerber zur Ausbildung als Neulehrer ein. Tage später erhielt ich eine Einladung zu einem Wochenlehrgang an der Pädagogischen Fachschule der Kreisstadt. In dem Zimmer, das für mich und andere als Schlaf- und Studierzimmer dienen sollte, stand auch eine Wandtafel. Ein Witzbold hatte darauf mit Kreide das Geäst eines Baumes gezeichnet, worin ein Frosch hockte. Daneben stand der Wilhelm-Busch-Vers: „Wenn einer, der mit Mühe kaum gekrochen ist auf einen Baum, schon meint, daß er ein Vogel wär, so irrt sich der.“ Ich habe mich aber von diesem Orakel nicht entmutigen lassen.

Als ich dann am 2. Januar 1946 an der Grundschule in Kriebitzsch zum ersten Mal als Lehrer den Klassenraum der mir zugewiesenen 5. Klasse betrat – wer saß da in der ersten Bankreihe grinsend vor mir? Mein Weichensteller fürs Leben, der „Leip'zcher“ ...

P. S. Der Leip'zcher beendete sein Berufsleben als Major in einer NVA-Flugzeugstaffel, ist inzwischen 83 Jahre alt und ruft mich noch immer zu besonderen Anlässen, wie meinem Geburtstag oder unserem Hochzeitstag, an.

Helmuth Hellge

Buchtips

► Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Kritische Neuauflage mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke

Von modernen Editionsprinzipien ausgehend präsentieren die Herausgeber Wladislaw Hedeler und Volker Külow eine Reihe neuer Forschungsergebnisse. Erstmals wird die Geschichte der Entstehung und Veröffentlichung des Werkes umfassend dargestellt. Verlag 8. Mai, Berlin 2016. 358 S., 24,90 €

► Jürgen Wagner: NATO-Aufmarsch gegen Rußland oder wie ein neuer kalter Krieg entfacht wird

Die NATO ist ein globaler Kriegsakteur und auf antirussischem Expansionskurs. Die massive Aufrüstung an der Ostflanke wird begleitet von einer aggressiven Anti-Kreml-Politik. Und Deutschland? Agiert an vorderster Front! NATO-Experte Jürgen Wagner von der Tübinger Informationsstelle Militarisierung zeichnet diese Entwicklung nach und beschreibt die Konturen, Schauplätze und Triebfedern dieses neuen kalten Krieges. Edition Berolina, Berlin 2017, 224 S., 9,99 €

► Siegfried Prokop: Die DDR hat's nie gegeben

Studien zur Geschichte der DDR

Untersucht werden unter anderem die Ausgangsbedingungen und Ursachen für die Entstehung und Gründung des Staates, nationale

Aspekte des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus im Übergang der sowjetischen Besatzungszone zur DDR, neuralgische Punkte der Geschichte wie der 17. Juni 1953, die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU 1956, der Bau der Mauer, die DDR im Jahr 1968, ihre gesellschaftliche Situation in den achtziger Jahren und die Gründe für das Scheitern.

Edition Bodoni, Neuruppin/Buskow 2017, 308 S., 20 €

► Kurt Pätzold: Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz

Zwanzig Kapitel zu zwölf Jahren deutscher Geschichte

Der marxistische Historiker Pätzold (Jahrgang 1930) hat sich am Ende seines Lebens überwunden und sich bei diesem Thema auch selbstkritisch befragt. Es geht um Mitläufertum, um die Stützen der Nazidiktatur, denn auch „das Volk“ war Träger und Nutznießer dieses Systems. Es waren nicht nur Naivität, Gutgläubigkeit, Irrtum, Dummheit, Täuschung, Betrug und Raffinesse im Spiel. Was also ist da passiert? Verlag am Park (Eulenspiegel-Verlagsgruppe), Berlin 2017, 360 S., 19,99 €

► Die Sinnlichkeit der Vernunft

Letzte Gespräche mit Hans Heinz Holz

Im Kampf gegen die Nazis gereift, befeuert Hans Heinz Holz nach 1945 als politischer Journalist die Kämpfe gegen die Remilitarisierung der BRD und gegen die Notstandsgesetze. Seine Promotion

wird 1954 aus politischen Gründen abgelehnt. 1970 muß seine Berufung als marxistischer Philosophieprofessor nach Marburg von der Studentenbewegung erkämpft werden. Im Gespräch führt Holz in dialektische Philosophie und Ästhetik ein, schildert die politischen Kämpfe in Westdeutschland seit 1945 und seine Teilnahme an ihnen als Kommunist und Philosoph.

Das Neue Berlin, Berlin 2017, 336 S., 20 €

Antiquarisch

► Frank Deppe: Das Bewußtsein der Arbeiter

Deppe wendet sich gegen die bürgerliche Soziologie und gegen die These von der Nivellierung und Verbürgerlichung der Arbeiter. Er versucht, die Termini Klasse und Klassenbewußtsein zu aktualisieren. Den Differenzierungsprozessen innerhalb der Arbeiterklasse spricht Deppe keine prägende oder strukturierende Kraft zu, da sie nur im Gesamtzusammenhang der Reproduktionsbedingungen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu interpretieren seien.

In einem letzten Kapitel gibt Deppe eine kurze Darstellung der Gewerkschaftspolitik und des Arbeiterbewußtseins in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945. Er weist dabei auf die dominierende Stellung der Besatzungsmächte, insbesondere der USA hin, die eine alternative Strategiebestimmung der Gewerkschaften in Westdeutschland schon im Ansatz ersticken. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1971, 360 S.

Was wurde aus dem sportlichen Erbe der DDR?

Am 3. Oktober 1990 fand keine Vereinigung statt, sondern ein Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD. Möglich wurde das durch eine Machtübernahme von CDU, LDP und einer neu gegründeten SPD in der DDR und einer verbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber zukünftigen Machtverhältnissen in der Bevölkerung der DDR. Eine Volksabstimmung wurde dennoch nicht riskiert.

Mit diesem Verfahren wurden nicht nur die Besitzverhältnisse von vor 1945 wieder hergestellt, sondern gleichzeitig alle materiellen und gesellschaftlichen Werte entschädigungslos enteignet, die auf dem Territorium der DDR seit 1945 von ihrer Bevölkerung geschaffen und in das Volkseigentum eingebracht worden sind. Darunter fallen Leistungen auf kulturellem, sozialem, bildungspolitischem, wissenschaftlichem, medizinischem und auch sportlichem Gebiet, einschließlich ihrer Organisationsformen und deren personeller sowie materieller Ausstattung.

Körperkultur und Sport erreichten bis 1987/88 einen beachtlichen und international anerkannten Entwicklungsstand. Im Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) und seinen angeschlossenen Verbänden Allgemeiner Deutscher Motorsportverband (ADMV) und Anglerverband waren 3,2 Millionen Mitglieder in rund 17 500 Grundorganisationen vereint. Darüber hinaus wurden Hunderttausende Bürger sportlich betreut, ohne Mitglied des DTSB zu sein. Rund 270 000 Übungsleiter, 175 000 Kampf- und Schiedsrichter, 4700 vollbeschäftigte Trainer sowie Sportlehrer in allen Kreisen sicherten eine qualifizierte sportliche Ausbildung.

Das Rückgrat der Organisationsstruktur, die Sportgemeinschaften der Betriebe und LPGs, wurde ergänzt durch Sportgemeinschaften im kommunalen Bereich, bei Hoch- und Fachschulen und bei allgemeinbildenden Schulen. Für eine spezielle Förderung sportlicher Talente im Kindesalter sorgten in 1650 Trainingszentren 8800 honorierte Übungsleiter und 1960 vollbeschäftigte Trainer. Sie betreuten dort über drei bis vier Jahre eine gleichbleibende Zahl von 68 000 der jüngsten zukünftigen Leistungssportler.

Auf der nächsten Stufe trainierten in 27 Sportclubs und elf Fußballclubs 13 900 Sportler. Sie wurden von 1985 Trainern betreut. Jugendliche und Sportler besuchten die dem Sportclub zugeordnete Kinder- und Jugendsportschule. Die Organisationsstruktur des Sports wurde vervollständigt durch die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) und das Forschungsinstitut Leipzig, den Sportmedizinischen Dienst der DDR mit Beratungsstellen bis in die Kreise, besetzt mit Fachärzten für Sportmedizin, eine Forschungs- und Entwicklungsstelle für Sportgeräte in Berlin-Oberschöneweide sowie elf zentrale und weitere Bezirkssportschulen des DTSB.

Als wesentliche Faktoren sportlicher Breitenentwicklung seien noch der Schulsport, die Turnfestbewegung und die Kinder- und Jugendspartakiaden genannt. Körperkultur und Sport als gesellschaftliches Anliegen zu fördern war ausdrückliches Verfassungsgebot,

niedergelegt in den Artikeln 18, 25, 35 und 44 (Verfassung der DDR, angenommen durch Volksentscheid vom 6. 4. 1968), in weiteren Gesetzen und Verordnungen ausgeführt (z. B. Gesetz zur Förderung der Jugend und des Sports) und damit Bestandteil der gültigen Rechtsordnung. Die Förderung schloß die Sicherstellung der notwendigen finanziellen, personellen und materiellen Bedingun-



Dem „RotFuchs“ eng verbunden: DDR-Sportlegende Täve Schur

gen im Rahmen des Haushaltes der DDR ein und wurde über staatliche Organe, über die volkseigenen Betriebe oder den DTSB abgestimmt geregelt. Auf eigene Rechnung sorgten die LPGs für ihre Sportgemeinschaften. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund förderte besonders den Massensport der Werktätigen mit bedeutenden Initiativen und Mitteln. Die Unterhaltung der Sportanlagen einschließlich ihres Personalbestandes lag beim jeweiligen Rechtsträger, also in der Regel bei den Kommunen oder Betrieben. Der DTSB war lediglich Rechtsträger seiner Sportschulen und einiger kleiner Ferienheime. Für alle organisiert Sport Treibenden gab es die kostenlose Nutzung der Sportanlagen und Geräte und für alle Bürger eine kostenlose Betreuung durch den Sportmedizinischen Dienst. Insgesamt lagen die Aufwendungen für den Sport 1987 bei rund 2 Milliarden Mark, d. h. bei ca. 0,8 Prozent des Haushaltes der DDR. Rund 25 Prozent dieser Summe wurden für den Leistungssport aufgewendet. Die Turnfeste und die Olympiamannschaften wurden aus Spenden finanziert.

All dies soll verdeutlichen, was am 3. Oktober 1990 zur Disposition stand und von Optimisten für ein bewahrenswertes Allgemeingut gehalten wurde. Aber mit der Beseitigung eines ungeliebten Kontrahenten wurde dem Sport der DDR vorsorglich der Geldhahn zuge-dreht. Rund 10 400 Mitarbeiter des DTSB einschließlich aller Trainer und Sportlehrer standen damit zunächst, die meisten von ihnen endgültig, vor dem beruflichen Aus-

Der Deutsche Sportbund (DSB) richtete seine Strukturen in den neuen Bundesländern neu ein. An Stelle der ausgebildeten Fachleute des DDR-Sports besetzten vorzugsweise Geschäftsleute, Politiker, Juristen und Beamte leitende Positionen. Bei drastisch reduziertem Stellenangebot blieb ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Sports lediglich die Möglichkeit, sich neu um eine Stelle zu bewerben. Eine Übernahme von bewährten Spitzentrainern der DDR in Verbandsfunktionen wurde beispielsweise mit dem Argument verhindert, daß Trainer der alten Bundesländer über rechtsgültige Verträge verfügten, DDR-Trainer sich aber in einem vertragslosen Zustand befänden. Nur wenige Verbände hatten den Weitblick, der Qualität der Trainer den Vorzug zu geben.

Nach nicht überprüfbareren Angaben sollen nur rund 300 Trainer eine Anstellung gefunden haben. Mehr als 70 der erfolgreichsten Trainer waren gezwungen, Vertragsangebote aus dem Ausland anzunehmen. Ersatzlos „abgewickelt“ wurden die DHfK und das Forschungsinstitut Leipzig mit ihren qualifizierten Wissenschaftlern und der Sportmedizinische Dienst der DDR. Eine Ausbildung von Fachärzten für Sportmedizin findet in Deutschland nicht mehr statt.

Übernommen wurden die gut ausgebildeten Leistungssportler der DDR. Sie holten von 1992 bis 2004 die Mehrzahl der deutschen Olympiamedaillen. Danach fiel Deutschland wieder auf das westdeutsche Leistungsniveau von 1988 zurück. In deutschen Medien wird Sport ohnehin mit Profifußball gleichgesetzt. Da ist man schließlich Weltmeister. Andere, vor allem in der DDR beliebte Sportarten werden an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Nicht zu übersehende Triebkraft neu-bundesdeutschen Handelns ist, möglichst alles zu vernichten, was die DDR hinterlassen hat, vom Palast der Republik bis zum Stadion der Weltjugend mit seinem großen Sportgelände, auf dem sich heute die gigantomanische BND-Zentrale breitmacht.

Wer im DTSB Verantwortung trug, hatte außer seiner Entlassung in die Arbeitslosigkeit auch noch mit einer Straffrente zu rechnen oder bekam einen Doping-Prozeß. Da Doping weder in der DDR noch in der Alt-BRD strafbar war, wurde nachträglich speziell für die DDR ein Straftatbestand konstruiert, bei dem eine Behauptung genügt und kein Beweis einer Schädigung erforderlich ist. Im Westen bleibt die Sache nicht strafbar, seine Doper bleiben ungeschoren.

Dramatisch hat sich die Lage im Schulsport entwickelt. 13 Jahre haben ausgereicht, um das beispielhafte Niveau der DDR auf bundesdeutsches Mittelmaß abzusinken. Eine UNESCO-Studie des Jahres 2003 sieht Deutschland auf Platz 70 bis 80 von 180 untersuchten Ländern.

Mit dem Ende der DDR wurden dem Sport nicht nur personelle und finanzielle Grundlagen entzogen, sondern es wurde auch eine Einstellung propagiert, wonach der Sport nunmehr Privatangelegenheit der Bürger sei.

Helmut Horatschke
Berlin

Wie das Zentralorgan der Bourgeoisie der Realität einmal sehr nahe kam „Nie mehr etwas Festes“

Stefan Locke ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) für Sachsen und Thüringen. Am 5. August veröffentlichte er in der FAZ einen ganzseitigen Artikel, den wir in dieser und der nächsten Ausgabe dokumentieren. Locke berichtet darin über ein Treffen von rund 40 Männern und Frauen am 18. Juni. Bis 1990 hatten sie in einem Elektroporzellanwerk in Großdubrau nördlich von Bautzen gearbeitet. 850 Beschäftigte stellten dort Isolatoren für Hochspannungsleitungen her. Acht Wochen nach dem 3. Oktober 1990 erfuhren sie, daß ihr Werk geschlossen wird. „Offizielle Begründung: Es gebe im Westen genug Betriebe, die Isolatoren herstellten.“ Ein halbes Jahr später seien aber Lkws durch den Ort gerollt, um 70 Maschinen zur westdeutschen Konkurrenz zu bringen. Die Anlagen waren von dort importiert worden und noch nagelneu gewesen, die „Margarethenhütte war technisch auf Weltniveau“. Die Hälfte der Produktion wurde in den Westen verkauft. Eine Besetzung des Werktores verzögerte die Demontage nur kurz, die meisten Fabrikgebäude wurden gesprengt. Der Fall wurde im Bundestag diskutiert, die Rede war von 400 neuen Arbeitsplätzen, „die nie kamen“.

Genau 25 Jahre war es her seit der Werkstorbesezung. Viele Teilnehmer des Treffens, zu dem auch Ministerin Köpping (SPD) anreiste, seien zum ersten Mal seit damals wieder auf dem Gelände. Locke zitiert einen Diplomingenieur, der erzählt, daß nach ihm seine Frau entlassen wurde. Sie haben drei Kinder: „Ich habe jeden Job, wirklich jeden Job angenommen, um meine Familie nicht im Stich zu lassen.“ Hausmeister, Lagerist, Security, zig Umschulungen, aber nie mehr etwas Festes. „Sein jüngster Sohn schloß sich den Neonazis an, wollte sich an dem System rächen, das den Eltern das antat. Der Vater holte ihn da noch raus, dann brach er zusammen. Klinik, Reha, erwerbsunfähig und bis heute ständig Ärger mit den Ämtern. ‚Das kann niemand wiedergutmachen‘, sagt er. ‚Nur die Erinnerung an die Geborgenheit im Sozialismus und meine Familie haben mir geholfen, das alles zu überstehen.‘“

Der FAZ-Autor schildert ein Beispiel dieser Art nach dem anderen – aus anderen Orten und anderen Branchen. Das Bild, das er zeichnet, kennt jeder Ostdeutsche. Es zeigt: Die fast komplette Deindustrialisierung des Ostens schloß die Zerstörung des Geflechts von Beziehungen im privaten Bereich ein, das oft mehrere

Generationen gehalten hatte. Kalkül? Wer nicht abwanderte – es waren in den ersten 15 Jahren nach 1990 etwa drei Millionen Menschen –, der sprach meist nicht über die Katastrophe.

Frau Köpping fährt in Orte wie Großdubrau, seitdem sie nach einer „Rede über Verletzungen der Nachwendezeit“ im Herbst 2016 eine „Lawine“ an Einladungen erhielt. Die CDU Sachsen und der Ministerpräsident, so der Autor, möchten der „Kummertante“ das Thema entziehen. Und: „Die Linkspartei ist aufgeschreckt durch den Zuspruch für die Ministerin, die in ihrem ureigensten Revier wildert. Die Linke sollte sich nicht scheuen, das Wort ‚Osten‘ wieder häufiger zu nutzen, forderte Sachsens Parteivorsitzender Rico Gebhardt.“ Großartig! Ein Anfang wäre, wenn auf Thematisierung von DDR und ostdeutschen Fragen nicht rituell „Unrechtsstaat“ aus den Regierungsreihen dieser Partei zurückschallt. Helmut Kohl war da gelegentlich wahrhaftiger, wie Locke erwähnt. Er antwortete einmal auf die Frage nach seinen Fehlern bei der Vereinigung, er habe versäumt, „offen darüber zu reden, daß nicht alles in der DDR falsch war und im Westen nicht alles richtig“. Hätte ein Ansatz für Die Linke sein können!

Arnold Schölzel

Vom Ende der Sprachlosigkeit (1)

Seit Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) über die harte Nachwendezeit spricht, kommen erschütternde Geschichten ans Licht. Diese Aufarbeitung aber paßt nicht allen.

Das Schweigen dauerte 26 Jahre, und jetzt soll es ausgerechnet an einem schönen Sommersonntag enden. Rund 40 Männer und Frauen, viele älter als 60 Jahre, sitzen am Vormittag in einer dunklen Produktionshalle auf Holzbänken und hören einer Frau zu, der immer wieder die Stimme versagt. „Heute vor 26 Jahren haben wir das Werkstorbesezt“, sagt Regina Bernstein. „Die Abbau-Brigaden mußten wieder abziehen.“ Nicken im Saal. „Aber am Ende hatten wir keine Chance. Wir sollten vernichtet werden.“ Die Zuhörer werden unruhig. Bernstein schaut kurz von ihrem Zettel auf, dann holt sie zum entscheidenden Satz aus: „Man hat uns damals nicht nur den Betrieb genommen, sondern auch unsere Würde.“ Beifall.

Regina Bernstein ist eine kleine, resolute Frau, die mit einigen Mitstreitern die Reste ihres einstigen Betriebes, des Elektroporzellanwerks Margarethenhütte Großdubrau, bewahrt. Das Werk nördlich von Bautzen war bis 1990 eines der größeren in der Umgebung, 850 Mitarbeiter stellten hier Isolatoren für Hochspannungsleitungen und Bahntrassen her. Zum Teil übermannsgroß stehen die geriffelten Keramik-Kolosse noch wie mahnende Zeitzeugen vor dem einstigen

Forschungsgebäude des Betriebs, das heute ein kleines Museum beherbergt. Viele der



Leipziger Baumwollspinnerei: Bis 1989 bis zu 4000 Beschäftigte – Produktion eingestellt

40 Ehemaligen sind an diesem Sonntag zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert

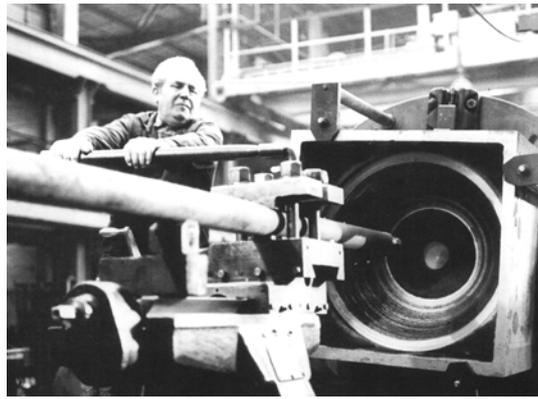
wieder auf dem Gelände. Es sei gut, daß endlich mal zur Sprache kommt, was hier passiert ist, sagen sie. Aber nicht alle halten das aus. „Die haben uns einfach abgewürgt“, sagt ein Mann, winkt ab und verläßt mitten im Vortrag die Halle, in der früher das Prüffeld des Betriebes war. Solche Reaktionen kennt Regina Bernstein schon, und sie kann sie gut verstehen. Vor versammelter Runde erzählt sie, wie schlecht es ihr auch jetzt, nach so vielen Jahren, ging, als sie diesen Tag vorbereitete. „Die ganze Wut, das Gefühl der Ohnmacht und Demütigung kamen in mir wieder hoch, und ich konnte nächtelang nicht schlafen“, sagt sie. „Dabei dachte ich, daß ich das längst überwunden habe.“ Vergeblich habe sie versucht, mehr Mitstreiter für diesen Tag zu gewinnen. „Das bringt doch nichts!“, „Damit will ich nie wieder was zu tun haben!“ und „Ich kann nicht, es tut noch immer viel zu weh“, hätten ihr die Menschen geantwortet. Sie selbst findet jedoch, daß es an der Zeit ist, die Sprachlosigkeit zu überwinden. Das wirke auch erleichternd und befreiend. „Man gewinnt Lebensenergie zurück für wichtige Dinge.“

Bei der Vorbereitung dieses Treffens half ihr indirekt Petra Köpping, sie ist in Sachsen Ministerin für Gleichstellung und Integration. Bernstein hat sie extra eingeladen, aber daß jemand aus der Regierung wirklich zu ihnen kommt, damit haben sie hier nicht gerechnet. Köpping wiederum hat schon

Dutzende Termine wie diesen absolviert, sie kommt seit gut einem halben Jahr kaum zu etwas anderem. Mit einer aufsehenerregenden Rede über Verletzungen der Nachwendzeit hat sie im vergangenen Herbst etwas angestoßen, das zu einer Lawine wurde. Immer mehr Menschen melden sich, im Ministerium, in Wahlkreisbüros und in Bürgersprechstunden bei der SPD-Politikerin, und sie schreiben Briefe, laden sie ein, wollen ihre Geschichten erzählen.

Seitdem trifft Köpping Bergleute und Krankenschwestern, deren Rentenbeiträge aus der DDR heute nicht mehr anerkannt werden, sie sitzt mit Künstlern zusammen, die nach der Wiedervereinigung in Existenznot gerieten, spricht mit in der DDR geschiedenen Frauen, die heute vielfach in Altersarmut leben, weil es keinen Versorgungsausgleich gab. In Leipzig erzählen ihr DDR-Eisenbahner, wie ein Werk nach dem anderen im Osten dichtgemacht wurde, nachdem die Bundesbahn übernahm. Noch mehr aber regt sie auf, daß ihre Betriebsrenten, für die sie Beiträge zahlten, „einfach weggewischt“ wurden. Statt dessen verkaufte die Bundesbahn die Filetgrundstücke der Reichsbahn in Ost-Berlin und füllte mit dem Erlös ihre gähmend leere Pensionskasse auf. Das Nachsehen hatten die Ost-Bahner, die keinen Anspruch darauf haben. „Die Renten der West-Bahner werden auch zu unseren Lasten gezahlt“, sagt ein Mitarbeiter und beklagt zugleich, in der mehrheitlich westdeutschen Gewerkschaft keinerlei Unterstützung zu finden.

So fühlen sich viele allein auf weiter Flur, wobei es nicht immer um Geld, sondern auch



Schwermaschinenbau Georgi Dimitroff, Magdeburg-Buckau: Produktion nach gescheiterten Privatisierungsversuchen stillgelegt

um Anerkennung und Respekt geht. In Großdubrau setzt sich Köpping zunächst zwischen die Gäste und hört zu. Später geht sie nach vorn und sagt: „Sie denken wahrscheinlich: Was macht 'se denn jetzt hier?“ Köpping ist in Sachsen aufgewachsen, das ist nicht zu überhören, und es wirkt vertrauensbildend. Sie erzählt, wie sie ihr Amt zu der Zeit antrat, als in Dresden Pegida erstmals auf die Straße ging. Damals hat sie als Ministerin für Gleichstellung und Integration ständig ihren Kopf hinhalten müssen bei Fragen und Vorwürfen, was denn los sei in ihrem Land, was die Leute wollten, warum es so viel Frust und Gewalt auch gegenüber Flüchtlingen gebe, ungerechnet in Sachsen.

„Ich war anfangs auch ratlos“, gesteht Köpping. Dann ging sie auf Pegida-Demos, redete

mit Teilnehmern. „Sie immer mit Ihren Flüchtlingen!“, sagten die. „Integrieren Sie doch erst mal uns!“ Das habe sie als hart und ungerecht empfunden, sagt die Ministerin, aber sie stellte auch fest: Oft war das nur Oberfläche, oft redeten die meisten nach zwei, drei Sätzen nicht mehr über Flüchtlinge, sondern begannen, ihre eigene Lebensgeschichte zu erzählen, was sie früher geleistet haben, wie sie arbeitslos wurden, sich über Wasser hielten. „Viele Menschen haben den Bruch nach 1989 noch nicht verarbeitet“, sagt Köpping. Sie hegten großes Mißtrauen, wie mit ihnen und ihren Betrieben umgegangen, wie ihre Lebensleistung entwertet wurde. „Das überträgt sich bewußt und unbewußt auch auf das demokratische System.“ Davon profitierten Pegida und die AfD. Die Wiedervereinigung wird bis heute als Erfolgsgeschichte

erzählt, die sie zweifellos auch ist: Deutschland ist stark und angesehen in der Welt, und wer heute in den Osten des Landes fährt, sieht eine saubere Umwelt, intakte Straßen, herausgeputzte Städte und Dörfer. Aus dem Blick geraten dabei die Menschen, die die Wiedervereinigung aus der Bahn warf. Das sind mehr als landläufig angenommen, und in den wenigsten Fällen sind das diejenigen, die zuvor in der DDR das Sagen hatten. Viele hatten 1989 überbordende Hoffnungen und auch Illusionen über den Westen, doch war die Freude über D-Mark, freie Wahlen und Reisemöglichkeiten sehr schnell durch den Verlust des Arbeitsplatzes, ja des gesamten bisherigen Lebens getrübt oder ganz dahin.

(Zweiter Teil im Dezember-RF)

Treuhänderische Vereinigungskriminalität ...

Einer brachte es sogar fertig, der Treuhand eine ostdeutsche Schiffswerft abzuschwatzen und dafür eine Subvention in Höhe von 850 Millionen Mark zu kassieren, die er für den Erhalt von Arbeitsplätzen erhielt, aber lieber in sein angeschlagenes Westunternehmen steckte. Als dies aufflog und der ehrenwerte Herr angeklagt wurde, lautete das Urteil: Freispruch. Wieso? Weil das Bundesfinanzministerium mit einer sogenannten Haftungsfreistellung für die führenden Treuhandbeamten die Hand über Fahrlässigkeit und Mißbrauch hielt. Strafrechtliche Konsequenzen hatte demnach keiner der Treuhandmitarbeiter zu fürchten. So konnte ein unredlicher Unternehmer alles auf die Treuhand schieben. Die Treuhandleute blieben damit rechtlich unberücksichtigt, waren „per Gesetz zur größtlichen Außerachtlassung der im Geschäftsgebaren üblichen Sorgfalt ermächtigt“. Festgestellt und dokumentiert im späteren „Untersuchungsausschuß DDR-Vermögen“. Vierhundert Prozesse waren geführt worden. Alle unter dem Sammelbegriff „Vereinigungskriminalität“.

Lutz Jahoda

Aus:
Lutz Jahoda/Reiner Schwalme: *Lustig ist anders*
Books on Demand, Norderstedt 2017,
448 Seiten, 26,99 €
ISBN 978-3-7448-3776-8



Karikatur: Reiner Schwalme

Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspresseagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichten wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt – und für uns – war.

Prof. Iside Mercuri

Rechtswissenschaftlerin an der Universität Rom, Italien

Die Gesetzbücher der DDR – in besonderem Maß das neue Zivilgesetzbuch – fördern die Ausübung der Rechte der Bürger, die auf dem Prinzip der Übereinstimmung der persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen beruhen. In der Ausübung der Rechte der Bürger kommen Initiative, Aktivität und Freiheit des einzelnen zum Ausdruck, wobei sich der einzelne der gesellschaftlichen Auswirkungen seines Handelns voll bewußt ist und dafür auch die Verantwortung trägt. Schon dieser eine Aspekt genügt, um zwei Grundmerkmale der sozialistischen Gesellschaft und Gesetzgebung ins Licht zu rücken: erstens die Gewährleistung der Menschenrechte und der freien Entwicklung der Persönlichkeit, zweitens die Anerkennung neuer Rechte des einzelnen, die mit der Entwicklung der Gesellschaft verbunden sind.

James Aldridge (1918–2015)

Schriftsteller, Großbritannien



Im Krieg sah ich Majdanek einige Tage nach der Befreiung ... Als ich dies damals sah, dachte ich, wann werde ich jemals wieder sagen können: Ich liebe Deutsche gern. Ich liebe Deutsche. Ich achte Deutsche. Und wann werde ich wieder einmal weiterblicken können, als ich hierdurch geblendet wurde. Wann werde ich wieder sehen können nach dieser Blendung, weil wir während des Krieges fühlten, daß irgendwo ein ganzes Volk korrumpiert wurde.

Was für eine Verantwortung obliegt den Menschen, was für eine Verantwortung obliegt der Nation, dieses Gefühl zu überwinden, mit diesem Gefühl fertig zu werden. Und was

mich betrifft, ist immer hiervon etwas in mir geblieben.

Aber zum erstenmal in meinem Leben kann ich zurückblicken von hier und fühlen: Wieder liebe ich die Deutschen!

Dies ist nicht leicht zu sagen, wenn man es nicht wirklich glaubt. Und was dieses Land, diese DDR, und dieses Schriftstellertreffen (1965) für mich bedeuten und mir gegeben haben, ist die Wiederherstellung eines Volkes, einer Kultur und einer Zukunft, die für mich bis hierher, bis jetzt noch nicht existiert hat. Heute ist die DDR für mich so etwas wie ein Wunder. Während des Krieges habe ich mich immer wieder gefragt, was nach dem Krieg aus Deutschland und aus den Deutschen werden würde. Wenn ich mir damals hätte vorstellen können, daß ich dreißig Jahre danach eine Deutsche Demokratische Republik sehen würde, die so erfolgreich ist! Die DDR ist ein Land des Friedens und des Fortschritts, und das ist das höchste Lob, das ich irgendeinem Land zollen kann. Sie ist eine Nation von Lesern, sehr dankbaren Lesern, die ein hohes soziales Bewußtsein haben und an die Literatur höchste Anforderungen stellen. Für einen Schriftsteller ist das immer eine Herausforderung, ein solches Leserpublikum zufriedenzustellen.

Dr. Mohamed Hafiz El-Bashi

Arzt, Demokratische Republik Sudan

Es entstand bei mir der Wunsch, meine Fachausbildung als Hautarzt in der DDR zu erhalten. Jetzt, nach fast drei Jahren, kann ich ohne Übertreibung sagen, ich habe hier ideale Bedingungen vorgefunden. Besonders beeindruckend ist für mich dabei, wieviel Hilfsmittel den Ärzten zur Verfügung stehen – begonnen bei der Medizintechnik, der Labor- und Röntgendiagnostik bis hin zur interdisziplinären Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur Arbeit zu Hause, wo man meist ganz auf sich selbst gestellt ist, mit dem Stethoskop als einzigem Hilfsmittel. Ein weiterer Aspekt ist die vorbildliche medizinische und soziale Betreuung der Bürger auf dem Land, die der in den Städten gleichkommt. Ich konnte nicht nur auf meinem Fachgebiet, sondern auch über die Struktur des Gesundheitswesens viel lernen, was später beim Ausbau unseres eigenen Gesundheitswesens seine Früchte tragen wird.

Die nunmehr 30jährige Geschichte der DDR ist eng verknüpft mit unzähligen Beweisen dafür, daß der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat stets auf der Seite der antiimperialistischen Kampf stehenden Völker zu finden war und ist.

James Lamond (1928–2007)

Abgeordneter der Labour Party, Großbritannien

Es ist mir eine große Freude, aus Anlaß des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik allen Einwohnern

der DDR meine freundschaftlichsten Grüße zu übermitteln.

Während des Krieges von 1939 bis 1945 war ich zwar noch ein kleiner Junge, doch ich habe eine Reihe historischer Bücher gelesen, in denen über die Zerstörungen in Hitlerdeutschland berichtet wird.

Als ich jetzt die Möglichkeit hatte, die DDR zu besuchen, habe ich gesehen, welche großen Fortschritte auf allen Gebieten des menschlichen Schaffens hier gemacht wurden und daß die Bevölkerung der DDR durch eigene harte Anstrengungen ihr Land in ein anziehendes Beispiel des Sozialismus verwandelt hat. Und es ist gleich, woran dieser Prozeß gemessen wird, ob an materiellen Dingen, ob an der Gleichberechtigung der Frau, ob an der Unterstützung für den gesamten Sport und die Erholung oder an der Entwicklung des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus, des Sozial- und Bildungswesens.

Einen Aspekt des Lebens in der DDR möchte ich jedoch besonders hervorheben, da er mich ganz speziell interessiert. Es ist das Ringen um Frieden und Abrüstung. Regierung und Bevölkerung in der DDR haben sich ganz und gar dem Frieden, dem Fortschritt, dem Kampf um Abrüstung und Entspannung verschrieben. Nach 30 Jahren ständigen Fortschritts habe ich volles Vertrauen in ihre Entschlossenheit und ihre Fähigkeit, an der Erfüllung dieser Aufgaben entscheidend mitzuwirken.

Arialdo Banfi (1913–1997)

Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer



Nach dem, was ich bei meinen Besuchen in der Deutschen Demokratischen Republik gesehen und erlebt habe, muß ich mit aller Offenheit sagen, daß der Wille, den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen, in der Bevölkerung der DDR stark hervortritt. Es gibt keinen Ort, es gibt keine Schule, in die man kommt, es gibt keinen Menschen, mit dem man spricht, von denen man nicht den klaren Eindruck gewinnt, daß es sich hier um eine Grundeinstellung nicht nur der Regierung, sondern des ganzen Volkes handelt. Diese antifaschistische Haltung des Volkes der DDR ist spürbar, ist sichtbar, sie ist eine greifbare Tatsache, und es ist so sehr bedeutsam, daß in allen Ländern, auf deren Boden es den Faschismus gegeben hat, dieser einheitliche Wille besteht, alles zu tun, damit es nicht wieder zum Faschismus kommen kann. Die DDR bietet zweifellos diese Sicherheit.

Unsere ersten Jahre

Das Jahr 1946 hatte gerade erst begonnen, als der damalige US-Präsident Truman eine Doktrin unterzeichnete, die seitdem als imperialer Erlaß zum Kampf gegen den Kommunismus gilt. Entsprechend dieser Doktrin wurden seither von westdeutschem Territorium aus Störaktionen planmäßig organisiert und pausenlos fortgesetzt. Zur gleichen Zeit verkündeten die USA eine ihrer „Gesten des guten Willens für Europa“: Hilfsleistungen auf der Grundlage des nach dem damaligen US-Außenminister George C. Marshall benannten Marshallplans. Es ging um Warenlieferungen in einem Umfang von 15 Mrd. US-Dollar (nach dem heutigen Währungsstand 127,1 Mrd. US-Dollar) für den von den Westalliierten besetzten Teil Deutschlands. Die Schaufenster des Antikommunismus luden seitdem zum Schwelgen im kapitalistischen Wohlstand ein, die Truman-Doktrin begann zu wirken.

Welche wirtschaftlichen Bedingungen hatte nun die DDR bei ihrer Gründung vorgefunden? Keine ergiebigen Rohstofflagerstätten, außer Braun- und Steinkohle, und nur einzelne Industriezentren. Mangelware auf allen Gebieten, selbst Stromausfälle waren unvermeidbar. Es fehlte an allen wichtigen Grundstoffen, Koks, Eisenerz, vor allem aber an Treibstoffen. Durch die Begleichung der fälligen Reparationen gegenüber der UdSSR standen viele Fabrikhallen leer. Während Westdeutschland 90 intakte Hochöfen in Betrieb nehmen konnte, befanden sich im Osten Deutschlands lediglich sieben zerstörte Hochöfen. Trotz einer abgeschlossenen Interzonenvereinbarung verhängte die BRD gegen die DDR ein totales Stahlembargo. Das hat die in der DDR eben erst begonnene Konsolidierung des wirtschaftlichen Aufbaus zusätzlich überaus hart getroffen.

Welche Rückschläge aber mußten durch die ständigen westdeutschen Störaktionen hingenommen und durch zusätzliche Anstrengungen wieder wettgemacht werden! Felder, Strohlagerstätten, selbst Stallungen, in denen sich lebende Tiere befanden, wurden abgepackelt. Werkhallen Volkseigener Betriebe brannten aus, viele Neuentwicklungen wurden aus Tresoren gestohlen und gleich mit



Arbeiter im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO)
Foto: Karl-Heinz Böhle

samt den Entwicklungsingenieuren in den Westen geschleust.

Mit der Gründung der BRD schuf Konrad Adenauer ein „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“. Dem folgte im Jahre 1952 ein spezieller „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“. Dessen Aufgabe darin bestand, bei einer „Wiedervereinigung“ die notwendigen Maßnahmen „wissenschaftlich“ erarbeitet, sofort zur Hand zu haben.

Dieses Ministerium koordinierte alle geplanten Handlungen des Bundesnachrichtendienstes und die Vorhaben der für Planung und Durchführung von Sabotageakten geschaffenen Organisationen und staatlichen Institutionen. Westberlin, „Pfahl im Fleisch der DDR“, wurde zur Frontstadt im Kampf gegen die demokratische, sozialistische Entwicklung im Osten. Spionageorganisationen siedelten sich an, regelrechte Abwerbebüros beschäftigten sich nur damit, Fachkräfte aus der DDR für bundesdeutsche Konzerne abzuwerben. Wechselstuben schossen aus dem Boden, 1:3, 1:5, am Ende bis 1:10 wurde der Schwindelkurs hochgetrieben. Viele Bürger der DDR-Hauptstadt arbeiteten in Westberlin und tauschten ihre dort in DM verdienten Monatslöhne in den Wechselstuben in DDR-Mark um. Deren Wertschöpfung fand demzufolge in den Westsektoren Berlins statt, die Konsumtion, die Wertabschöpfung vollzog sich in der Hauptstadt der DDR bzw. in den grenznahen Gebieten. Dazu kamen die zuhauf anreisenden Bundesbürger, die ebenfalls ihre DM in Mark der DDR tauschten und die billiger angebotenen „Ostprodukte“ aufkauften oder an den Wochenenden die Gaststätten bevölkerten. So wurde durch die bewußten Wechselkursmanipulationen die Warenzirkulation in der DDR erheblich gestört, was genau so gewollt war.

Die USA verwirklichten nun auch ihre Absicht, ganz Westeuropa gegen den kommunistischen

Erzfeind aufzurüsten. Die NATO wurde gegründet und unverzüglich danach auch damit begonnen, Atomwaffen und Raketen im Einvernehmen mit der BRD-Regierung im westlichen Teil Deutschlands zu stationieren. Die Aufrüstung der Bundeswehr wurde trotz heftigen Widerstands forciert. Die USA stationierten zusätzliche Truppenteile – und das in unmittelbarer Nähe zur Grenze der DDR. Eine Konfrontation konnte nicht ausgeschlossen werden. Diese Lage führte im Einvernehmen mit allen Warschauer Vertragsstaaten am 13. August 1961 zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR, einschließlich der Grenzen zu Westberlin.

Doch was hatten die 17 Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürger in den vierzig Jahren des Bestehens ihres Staates trotz des permanenten ökonomischen Krieges der Bundesrepublik und ihrer westeuropäischen Verbündeten für großartige Werte geschaffen!

Den Menschen heute wird gebetsmühlenartig eingehämmert, die DDR sei eine vom Stalinismus beherrschte SED-Diktatur, ein „Stasi“-Staat und ein Staat mit maroder Wirtschaft gewesen. Man behauptet, die DDR sei bankrott gewesen – dabei gehörte sie zu den am wenigsten verschuldeten Staaten in der Welt. Nach offiziellen Angaben betrugen die Schulden der DDR im nichtsozialistischen Ausland etwa 14 Milliarden Valutamark. Zum Vergleich: Westberlin allein hatte zum gleichen Zeitpunkt 51 Mrd. Schulden angehäuft.

Erreichtes soll hier nur auszugsweise (lediglich bezogen auf die industrielle Entwicklung) genannt werden: Völlig neu errichtet wurden die Talsperre Sosa, die Talsperre Eibenstock, das Pumpspeicherwerk Markersbach, das Pumpspeicherwerk Hohenwarte, die Talsperre Pöhl, das Eisenhüttenkombinat Ost, die Maxhütte Unterwellenborn, das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, (Wiederaufbau), das Verbundnetz für die Elektrifizierung des Landes, die Elektrifizierung wichtiger Eisenbahnstrecken, teilweise zweigleisiger Ausbau, das Wohnungsbauprogramm (drei Millionen Wohnungen) und dazugehörige Fernwärme, die Erdgasleitung Drushba, die Fährverbindung nach Klaipeda, der Ausbau des Überseehafens Rostock, Gründung und Investitionen im Maschinenbaukombinat „Fritz Heckert“ Karl-Marx-Stadt, der Um- und Ausbau der Leunawerke mit dem dazugehörigen Wohngebiet Halle-Neustadt, das LKW-Werk Ludwigsfelde, das Landmaschinenkombinat „Fortschritt“ Neustadt Sachsen, das Fernsehgerätekombinat Stassfurt, Kühlgeräte aus Scharfenstein, Waschgeräte aus Schwarzenberg, die gesamte Fahrzeugindustrie von Ludwigsfelde über Sachsenring bis Erfurt, Geräte- und Reglerwerk Teltow, Robotron Dresden, Mikroelektronik Erfurt und anderes mehr.

Klaus F. Glaser
Schwarzenberg

(Redaktionell bearbeiteter Auszug aus einem Manuskript K. F. Glasers „Wo überall lassen sich die bewußten Helfer bei der Liquidierung der sozialistischen DDR finden ...?“)

Was sonst

hätte mit dieser Welt
geschehen sollen –
damit sie menschlicher wird?

Was sonst
war zu erwarten
nach all dem Kyrieleison,
dem Dreck, dem Unrecht, dem Elend,
von dem man kein Ende sah?

Was sonst
war noch anzubieten,
nachdem alles kopfstand?

Wenn nicht
dieses Jahr siebzehn,
dieser Oktober?

War etwas anderes da?

Wo bleibt denn bis heute
ein besserer Vorschlag?
Gab es schon irgendwo
größere Hoffnung
seitdem?

Heinz Kahlau (1931–2012)

Gilt das Grundgesetz auch in Treptow-Köpenick?

Das Grundgesetz der BRD garantiert die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Um dieses Recht in Anspruch nehmen zu können, braucht man ein Medium oder Auditorium, um seine Meinung anderen nahezubringen – ist das hierzulande gewährleistet?

Bereits 2015 untersagte das Berliner Bezirksamt Treptow-Köpenick dem gemeinnützigen Bildungsverein „RotFuchs“ e. V. die Nutzung von Räumlichkeiten in einem Bürgerzentrum. (siehe RF 209, S. 24). Eine überzeugende Begründung dafür wurde von den Verantwortlichen nicht gegeben.

Eine für den September 2017 geplante Veranstaltung der „Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung“ (GRH) in eben diesem Bürgerzentrum wurde kurzerhand verboten, weil daran neben ISOR und GBM auch

Leser des „RotFuchs“ teilnehmen wollten. Veranstalter war die GRH – nicht der „RotFuchs“, ISOR oder die GBM. Nun fragen wir, wie es mit der Versammlungs- und Meinungsfreiheit im Stadtbezirk Treptow-Köpenick eigentlich bestellt ist.

Linken Organisationen, die sich gegen Fremdenhaß, Ausländerfeindlichkeit, Demokratieabbau, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Kriegshetze und Wehrmachtsverherrlichung wenden, wird der Zugang zu bezirkseigenen Räumlichkeiten verwehrt, wenn sie über diese Themen diskutieren wollen. Leider sah sich auch die Partei Die Linke im Stadtbezirk bisher zu keinerlei Stellungnahme dazu veranlaßt.

Der „RotFuchs“ e. V. steht auf dem Boden des Grundgesetzes und sucht alle linken Kräfte, mit und ohne Parteibuch, zu erreichen, um sie gegen

die derzeitige Rechtsentwicklung im Land zu mobilisieren. Darin sieht sich der „RotFuchs“ mit vielen anderen einig, die sich gegen Kriegsgefahr und Sozialabbau engagieren. Und das soll nach Auffassung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick demokratiefeindlich sein?

Man kann die Haltung des Bezirksamtes nur als rückwärtsgerichtet werten. Sie ist wohl einem übereifrigen Stadtrat geschuldet, der offenbar Schwierigkeiten mit unseren Argumenten hat. GRH, ISOR, GBM, „RotFuchs“ und andere linke Vereine und Parteien gehören zu den Verteidigern des Grundgesetzes, das von den Regierenden nicht nur mißachtet, sondern auch untergraben und ausgehebelt wird, wann immer es ihnen opportun erscheint.

Reiner Neubert
Berlin

Einladung zu einem Besuch bei John Heartfield

Im Jahr 1957 pachtete der Erfinder der politischen Fotomontage, John Heartfield, mit seiner Frau Gertrud das Waldgrundstück Schwarzer Weg 12 in Waldsiedersdorf am östlichen Ufer des Großen Däbersees. Empfohlen hatte es ihm Bertolt Brecht, der nicht weit davon entfernt in Buckow seine Wochenendresidenz hatte. Heartfield ließ die Baracke in ein Sommerhaus umbauen und legte zusammen mit seiner Frau einen schönen Garten an. Hier verbrachten sie, ihre beiden Kinder und die Enkelkinder bis zu Heartfields Tod 1968 die Sommermonate. Seit einigen Jahren befindet sich an diesem Ort eine Gedenk- und Begegnungsstätte, die auf Initiative des „Freundeskreises John Heartfield - Waldsiedersdorf e. V.“ eingerichtet und von diesem betreut wird. Vorangegangen war die originalgetreue Restauration des Waldhäuschens mit Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Die Rekonstruktion wurde in Zusammenarbeit von der Gemeinde, dem Freundeskreis und der Akademie der Künste verwirklicht und dauerte elf Jahre. Im Frühjahr, wenn Magnolien, Flieder und Obstbäume blühen, lohnt sich ein Besuch besonders. Rund 60 Kilometer östlich vom Berliner Stadtzentrum im brandenburgischen Märkisch-Oderland gelegen, kann man es von Mai bis Anfang Oktober an festen Öffnungszeiten oder während einer der zahlreichen Veranstaltungen besuchen. Führungen sind auch außerhalb der Öffnungszeiten nach vorheriger Absprache möglich.

John Heartfield wurde am 19. Juni 1891 als Helmut Herzfeld in Berlin-Schmargendorf geboren. Seinen neuen Namen wählte er während des Ersten Weltkrieges aus Protest gegen die antibritische Propaganda. John Heartfields Weg war eng mit dem seines Bruders Wieland Herzfelde verbunden. So war er

1917 an der Gründung von dessen Malik-Verlag und der Herausgabe der Zeitschrift „Neue Jugend“ beteiligt und prägte durch seine



John Heartfields Haus in Waldsiedersdorf

Bucheinbände und Schutzumschläge das Bild dieses Verlages der politisch linksstehenden Avantgarde. Er gehörte zu den markanten Künstlern der Berliner Dada-Bewegung und wirkte an deren Ausstellungen und Publikationen maßgeblich mit. Am Gründungstag der KPD, dem 31. Dezember 1918, wurde er deren Mitglied und gehörte fortan zu den bekanntesten Künstlern, die mit der Partei durch alle Höhen und Tiefen gingen. Für Erwin Piscator arbeitete er während der 20er Jahre an den Reinhardt-Bühnen und gestaltete die Ausstattung einiger seiner Inszenierungen. Als ständiger Mitarbeiter der auflagenstarken „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ (AIZ), die von Willi Münzenberg herausgegeben wurde, schuf John Heartfield von 1930 bis 1938 vor allem auf den Titelseiten Fotomontagen zur Zeitgeschichte und bekämpfte scharf den Nationalsozialismus vor und nach der Machtübernahme in Deutschland. Deshalb mußte er 1933 nach Prag und dann nach London fliehen. In London war er weiter als Buchgestalter und freischaffender Künstler tätig.

Die Jahre nach seiner Rückkehr nach Berlin waren durch seinen sich zunehmend verschlechternden Gesundheitszustand geprägt. Dennoch gestaltete er auch in dieser Lebensphase viele Bucheinbände und Schutzumschläge und arbeitete als Bühnenbildner für das Berliner Ensemble und das Deutsche Theater. 1956 wurde er Mitglied der Deutschen Akademie der Künste. Später bekam er viele Ehrungen, und zahlreiche internationale Ausstellungen folgten. Am 26. April 1968 starb er im Alter von 76 Jahren. Sein Ehrengrab befindet sich heute auf dem Berliner Dorotheenstädtischen Friedhof.

Manfred Krause
Berlin

(Redaktionell bearbeitet aus „Marginalien“, Heft 2/2017)

Infos über die Veranstaltungen des Freundeskreises finden sich im Internet unter www.heartfield.de
John-Heartfield-Haus, Schwarzer Weg 12, 15377 Waldsiedersdorf,
Tel. 033433-157782
Email: freundeskreis@heartfield.de

Einen Besuch wert ist auch das **Waldsiedersdorfer Kultur-, Ausstellungs- und Tourismuszentrum (WaldKAuTZ)**, Wilhelm-Pieck-Str. 23, 15377 Waldsiedersdorf
Öffnungszeiten von November bis März:
So und Mo geschlossen / Di, Mi, Do, Fr von 10 bis 15 Uhr; Sa von 10 bis 14 Uhr
Eintritt 1 €
Neben einer Heartfield-Ausstellung findet man hier auch das Heimatmuseum, eine Schulausstellung mit historischer Einrichtung und die Touristinformation.

Bleibe ganz bei dir!

Das sagte mein Vater, als ich beim Frühstück plötzlich zu weinen anfing, weil ich wegfahren mußte, um meine erste Lehrerstelle in Osterburg, einer mir völlig fremden Kleinstadt, anzutreten.

Fragend sah ich ihn an: Bleib dir selbst treu, steh zu dem, was du denkst und fühlst, glaub an dich! Wehr dich, wenn dir jemand unrecht tut, selbst wenn es sich um deinen Vorgesetzten handelt. Laß dich von Menschen, die anders denken als du, nicht von deinem Weg abbringen. Daran habe ich mich gehalten. Mein Vater hat an mich geglaubt, hat mir Kraft gegeben.

Bleibe ganz bei dir – leicht war es nicht immer. Ich mußte lernen, auch dann meine Meinung zu sagen, wenn ich damit anecken konnte, besonders wenn jemand kritisiert werden mußte. Die Schüler erwarteten freundliche Zuwendung, ehrliche Bewertung und damit Hilfe für sich. Von antiautoritärer Erziehung halte ich bis heute nichts. Jeder Gärtner bereitet den Boden, wässert und beschneidet sein Bäumchen, damit es Früchte trägt. Unerzogene Kinder sind Spiegel ihrer Eltern. Der Begriff Affenliebe trifft die Sache nicht, ist eine

Beleidigung der Affenmütter, die sehr wohl ihre Jungen erziehen.

Mit zunehmendem Alter ist es schwerer geworden, seine Meinung zu äußern. Früher war ich nicht still, wenn etwa eine Frau ihren Sprößling grob herumstieß. Heute sage ich nichts mehr, wenn das Kind neben der handysüchtigen Mutter quengelt und sie ihm statt Zuwendung ein zweites Handy gibt. Ich würde auch jugendliche Pöbler nicht mehr ansprechen, wie noch vor zehn Jahren im Flughafen: „Neben Dir schäme ich mich, Deutsche zu sein!“ Damals reagierte der Getadelte erschrocken und wurde still. Heute hätte ich Angst, eine gelangt zu kriegen.

Heißt das nun, ich gebe mein Lebensprinzip auf? Ich bin älter und notgedrungen vorsichtiger geworden, suche andere Wege, ganz bei mir zu bleiben. Gelegenheit gibt mir dazu der Ernst-Busch-Chor, der seine unerschütterliche Welt in zahlreichen Konzerten kundtut. Wir werden mit Singen die Welt nicht verändern, aber wir können nachdenklich machen und unsere Zuhörer bestärken. Bleibe ganz bei dir – und was ist mit verbohrt, verhetzten,

gewaltbereiten Menschen? Mit ihrer falsch verstandenen Art von Treue wähen sie sich immer auf der richtigen Seite und sehen nicht den Schaden, den sie damit anrichten, egal ob Russe oder Bayer, Mann oder Frau, Christ oder Moslem, Kind oder Greis, Flüchtling oder alteingesessener Stammtischbruder. Sie wollen keine Argumente, sind nicht einmal bereit, welche anzuhören, geschweige denn, darüber nachzudenken.

Immer noch ganz bei meinem Vater, hänge ich mein Mäntelchen nicht nach dem Wind.

Wie erstaunt war ich, als 1989 viele den angesagten Wind erwischten und die Gelegenheit zum Karrieresprung nutzten. Jedenfalls war zuvor nicht zu merken, daß sie anders dachten als redeten.

Aber hat sich an dieser „Windhörigkeit“ bis heute etwas geändert?

Ich bin müde geworden, werde dennoch nicht zurückweichen, meiner einmal gewählten Partei treu bleiben, auch wenn sie mir das nicht immer leicht macht, da sie oft ihre Kräfte in Richtungskämpfen vergeudet anstatt Sturm zu blasen.

Edda Winkel

Erinnerung ...

... an Carl Sternheim (zum 75. Todestag)



Holzschnitt von Conrad Felixmüller (1925)

Carl Sternheim, neben Georg Kaiser der bedeutendste Dramatiker des Expressionismus (1. 4. 1878, Leipzig, bis 3. 11. 1942, Brüssel), errang bis heute andauernden Ruhm durch seine Komödien. Seinen besten Stücke – u. a. „Die Hose“, 1911; „Die Kassetten“, 1912; „Bürger Schippel“, 1913; „Der Snob“, 1914 –, in denen er ein satirisch-realistisches Bild der deutschen Vorkriegsgesellschaft zeichnet, gab er den ironischen Titel „Aus dem bürgerlichen Heldenleben“.

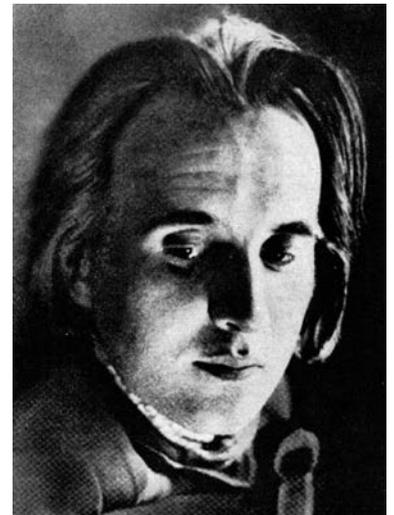
Sternheim, Sohn eines Bankiers, war einer der bissigsten Kritiker der Bourgeoisie und des Juste milieu im wilhelminischen Deutschland: Mit ätzendem Sarkasmus spießte er falsche Ideale, hohles Pathos, Geld- und Machtgier auf. Später verfaßte Sternheim auch historische Dramen. Wie in den – oftmals verbotenen – Stücken ist seine Sprache auch in den Prosawerken epigrammatisch zugespitzt, karikierend („Chronik von des 20. Jahrhunderts Beginn“, 1918; „Europa“, 1919; „Berlin oder Juste milieu“, 1920). Sternheim riß mit seinem Werk bourgeoise Fassaden nieder, doch es wurde kein Umriß einer humaneren Welt dahinter sichtbar. In den 20er Jahren übersiedelte er nach Brüssel, wo er krank, einsam – sein Sohn war ein Opfer des Faschismus geworden – und vergessen gestorben ist.

... an Wolfgang Borchert (zum 70. Todestag)

Nur 26 Jahre alt ist Wolfgang Borchert (20. 5. 1921, Hamburg, bis 20. 11. 1947, Basel) während eines Kuraufenthalts, den ihm Freunde ermöglichten, gestorben: auch er ein Opfer des Krieges. Zweimal wurde Borchert wegen antifaschistischer Äußerungen eingesperrt, er wurde zum Tode verurteilt, zur „Bewährung“ an die Ostfront geschickt und verwundet. Tief erschüttert und todkrank kehrte er aus dem Krieg zurück.

Er arbeitete als Kabarettist und Regisseur, und er schrieb in fiebriger Hast seine Werke – Verse, Szenen, Skizzen, Erzählungen – und in acht Tagen das Antikriegsstück „Draußen vor der Tür“ (1947); die Tragödie

eines Heimkehrers, die auf vielen Bühnen großen Erfolg hatte. Verzweifelte Fragen nach dem Sinn des Geschehens, von Krieg



und Nachkrieg provozierte Visionen, Klagen und Anklagen durchziehen Borcherts Dichtungen: Sie sind Aufschrei einer betrogenen, nach einem neuen Anfang suchenden Generation. Borchert wollte an die Menschen glauben, aber die Zeit, in der er lebte, machte es ihm schwer. Er gab das Erscheinungsbild der Zerstörung, und er fragte nach den Ursachen, ohne jedoch antworten zu können: „Wohin fahren wir denn? frag ich die andern. Wir müssen doch wissen wohin? ... Tingeltangel macht die Klingel der Straßenbahn, und keiner weiß wohin. Aber alle fahren mit.“

... und an Kurt Barthel (zum 50. Todestag)

Kuba, als Kurt Barthel am 8. Juni 1914 in Garnsdorf geboren, war ein parteilicher Schriftsteller und Kommunist und wurde daher vom Klassenfeind häufig in den Dreck gezogen und verleumdet.

Kurt Barthel trat schon früh in die Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ) ein und wurde 1933 Mitglied der verbotenen SPD. In der tschechischen Emigration arbeitete er für die „Rote Fahne“. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Genosse der SED, war angestellt im Dietz-Verlag, bevor er 1948 freischaffender Schriftsteller wurde. Immer stand er konsequent auf der richtigen Seite der Barrikade, so auch am 17. Juni 1953, den er sofort als konterrevolutionären Putsch anprangerte.

Verantwortungsbewußt übernahm er Aufgaben im Schriftstellerverband der DDR und wurde zum Mitglied des ZK der SED gewählt.

Als Autor des Theaterstücks „terra incognita“ sowie der Drehbücher für die Filme „Schlösser und Katen“ und „Vergeßt mir meine Traudel nicht“ aus den Jahren 1958/59 erhielt er mehrfach den Nationalpreis. Hiermit wurde auch sein Wirken als Chefdramaturg des Rostocker Volkstheaters gewürdigt.

Für meine Generation ist besonders ein Gedicht von ihm zur Motivation unseres Handelns für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR, unserer Heimat, geworden:

Sagen wird man über unsere Tage

Denn ein böses Erbe, Krieg und Kriegsbetrug,
verwirrte ihren Sinn.

Doch den Kriegen folgte jene Zeit der Wettbewerbe,
und die Zeit der Wettbewerbe war der Anbeginn.

Viel zu früh, am 12. November 1967, starb Kurt Barthel während eines Gastspiels des Rostocker Volkstheaters in Frankfurt am



Kurt Barthel bei einer Schulklasse in Bernau (1949)

Main. Er hinterließ ein Werk, das weiterleben wird.
Konstantin Brandt

(Siehe auch Ursula Rosentreter: Kubas „Gedicht vom Menschen“ faszinierte alle, in RF 200 – September 2014 – S. 26)

„Aurora“

Ich stand am Nawa-Kai. Ich schwieg und sah
vor mir im Wasser die „Aurora“ liegen ...
Wie eine graue Festung lag sie da –
und plötzlich war das Gestern wieder nah,
als wär es aus den Wellen hochgestiegen:

Oktober! Herrlicher Oktobertag!
Fest krampfen sich die Fäuste um die Waffen.
Es ist, als ob der Tag nicht enden mag –
der Zeiger rückt, es wächst der Stundenschlag,
Matrosen seh ich ihre Gürtel straffen
und schließlich polternd auf dem Laufsteg gehn,
Patronenstreifen um die Brust geschlungen,
ihr Lied vermählt sich mit des Windes Wehn –
grad noch ein „Völker hört ...“ ist zu verstehn,
dann sind Gesang und Schritt verhallt, verklungen.

Oktoberabend, der dem Volk gehört ...
Bald wird die Stimme der „Aurora“ sprechen.
Der Bourgeois verschließt die Tür verstört
und flucht: „Der Lenin hat die Stadt betört!“
Da plötzlich ist's, wie wenn die Wolken brechen –
der Blitz fährt aus dem blanken Panzerschlund:

Neun Uhr und fünfzehn – das Signal zum Stürmen!
Kerenskis Männer, mit verzerrtem Mund,
beraten, beißen sich die Lippen wund –
und ihre Garde spricht schon laut vom „Türmen“.

Wie Ratten in der Falle aufgespürt!
Hier, wo der Zar des Volkes Blut vergossen,
von Kinderblicken, Greisen ungerührt,
hier wird die letzte Rechnung präsentiert
für jene, die man neunzehnfünf erschossen.

Zum erstenmal steht mancher auf Parkett,
und manchen blendet noch das Gold der Türen,
doch tiefer Zorn macht alles Zögern wett –
kein Zarenthron und keiner Zarin Bett
und kein Tresor soll dieses Land regieren.

„Aurora“ – „Morgenröte“ – dein Signal,
es wurde zum Beginn der Zeitenwende.
Voll Stolz betrat der Mensch zum erstenmal,
entflohen aus dem großen Jammertal,
das Reich der schaffenden, befreiten Hände.

Max Zimmering (1954)

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

zum 97. Geburtstag

Prof. Dr. Hans Kölsch (Berlin)
am 25. November

zum 92. Geburtstag

Erika Klatt-Marquardt (Frankfurt/Oder)
am 4. November

zum 91. Geburtstag

Dr. Fritz Welsch (Berlin) am 7. November
Josef Grohmann (Boxberg) am 22. November

zum 90. Geburtstag

Achim Seifert (Wandlitz, OT Basdorf)
am 14. November

zum 85. Geburtstag

Martin Küster (Berlin) am 4. November
Karl-Heinz Ziegenrucker (Erfurt)
am 10. November

zum 84. Geburtstag

Ralf Rüdiger (Berlin) am 18. November
Hans-Joachim Hartlieb (Dresden)
am 21. November
Adalbert Hermann (Königs Wusterhausen)
am 24. November
Peter Rudolph (Erfurt, OT Linderbach)
am 15. November

zum 75. Geburtstag

Manfred Jonischkies (Schwerin)
am 3. November

Ghassem Nknafs (Hamburg) am 7. November
Hans Nollau (Lengefeld, OT Lippersdorf)
am 17. November
Gerd Müller (Werneuchen) am 21. November

zum 70. Geburtstag

Ulrich Vanek (Twistringen) am 4. November

Zum 65. Geburtstag

Wolfgang Hermann (Lichtenau)
am 9. November
Ursula Ermen (Königs Wusterhausen)
am 13. November
Helmut Kobelt (Dresden) am 16. November
Ulrich Farin (Bramsche) am 23. November

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

1982 beim Leipziger Dokfilm-Festival entdeckt The Weavers – War das eine Zeit!

Was blieb an Herausragendem in Erinnerung? Da entstand 1980/81 in den USA ein abendfüllender Dokumentarfilm, der so gar nichts gemein hat mit dem herkömmlichen Kino dieses Landes: „The Weavers – Wasn't That A Time!“ (War das eine Zeit!). Der Regisseur, Jim Brown, drehte ihn auf Anregung eines alten, kranken Mannes – Lee Hays'. Hays hatte Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre zu einer der bekanntesten Folksong-Gruppen gehört, eben zu jenen „Weavers“, die, mit Pete Seeger an der Spitze, in ihren der Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Liedern sehr genau ihre Zeit mit allen Hoffnungen, Sehnsüchten und Ängsten reflektierten.

Eines ihrer ersten Lieder war dem Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus gewidmet; der mittlerweile berühmteste Song aus der Feder von Hays und Seeger mag sicher „If I Had A Hammer“ sein; 116 verschiedene Aufnahmen, so wird im Film gesagt, existieren heute von diesem 1950 verfaßten Lied (in unserem Land gehört es zum Lernstoff im Englisch-Unterricht).

Als McCarthy wütete, wurden „The Weavers“ auf die Schwarze Liste gesetzt. Das war die Zeit, in der US-amerikanische Richter die Rosenbergs hinrichten ließen und die Söhne vieler Familien einen sinnlosen Tod in Korea starben. „The Weavers“, die sich nicht gescheut hätten, ihre Stimme öffentlich dagegen zu erheben, wurden mundtot gemacht ...

Das alles erzählt der Film in Interviewsequenzen und authentischen Aufnahmen aus jenen Jahren. Was ihn aber unvergänglich und

groß macht, ist der Bogen, den er schlägt: Lee Hays lud am Ausgangspunkt der Dreharbeiten seine drei Freunde von damals zu sich ein: schwer zuckerkrank, beinamputiert und an einen Rollstuhl gefesselt, wollte er sich noch einmal Mut machen durch die Erinnerung. Und als sie nach vielen Mühen nach Monaten endlich zusammenkamen, beschlossen sie, nach fast dreißig Jahren noch einmal gemeinsam aufzutreten, in der New Yorker Carnegie Hall. Dieses Konzert, das schließlich vor überfülltem, jubelndem Haus stattfand, wird in Ausschnitten nun auch dem Kinozuschauer vorgeführt.

Es zu sehen ist ein beeindruckendes Erlebnis: Vier alte Menschen, die sich selbst und ihrer Sache in einem Land, in dem das wahrhaftig nicht einfach ist, treu geblieben sind: linke Künstler in den USA.

Sie tragen neben den alten auch neue Lieder vor, haben zum Teil auch neue Texte geschrieben: Da vernimmt man zu einer bekannten Melodie einen Spottvers auf Reagan, und Ronnie Gilbert – die einzige Frau im Quartett – singt mit enormer, ergreifender Stimmkraft ein Lied über Chile, das sie von einer jüngeren Kollegin übernahm. Denn wie „The Weavers“ Traditionen etwa von Woody Guthrie fortsetzen, so werden deren Traditionen heute gepflegt und behütet von jungen Folk- und Rocksängern, die sich ebenfalls für eine demokratische Alternative entschieden haben. Auch das zeigt der Film.

Als wir aus dem Kino gingen, hörte ich eine Frau sagen: „So wie die Weavers möchte ich auch alt werden!“

Martin Mund

(Aus „Weltbühne“, 52/1982)

Am 15. 10. 1984 brachte das DDR-Fernsehen den Film in einer unvertitelten Fassung und erfüllte damit nicht nur den Wunsch des Rezensenten ... Victor Grossman hat in seinem 1988 im Verlag Lied der Zeit erschienenen Buch „If I Had A Song. Lieder und Sänger der USA“ ausführlich und engagiert über Pete Seeger und die „Weavers“ geschrieben. Sein Buch endet mit einem Zitat Seegers, das man getrost auch als Auftrag an Liedermacher und Sänger hierzulande und heutzutage lesen darf:

„Lieder können Menschen erreichen, wo Bücher und Reden das nicht vermögen. Aber unsere besten Lieder sind noch nicht geschrieben. Ich freue mich bereits darauf, diese neuen Lieder zu hören ... Denn die Gefahr des Krieges ist groß, und für Musiker und Liedermacher eröffnet sich hier ein weites Aufgabengebiet. Wenn wir nicht bessere Lieder schreiben, dann erfüllen wir unsere Pflicht nicht.

Wir müssen Lieder schreiben, die so komisch sind, daß selbst unsere Feinde lachen müssen.

Wir müssen Lieder schreiben, die so voller Mut sind, daß die Feiglinge aufhören wegzulaufen und sich umdrehen und der Gegenwart ins Gesicht sehen. Lieder, die so traurig sind, daß selbst die Hartherzigen zu weinen beginnen.

Wir brauchen Geschichten in den Liedern, die so interessant sind, daß man nicht aufhören kann zuzuhören, solange man den Schluß nicht gehört hat.

Wir brauchen schöne Melodien, die den Leuten nicht mehr aus dem Kopf gehen, die sie immer und immer wieder singen wollen.

Ich hoffe, daß sich die Liedermacher in diese Arbeit stürzen. Das ist die größte Arbeit, die je vor uns lag.“ (Pete Seeger)

Neu erschienen:

Lutz Jahoda / Reiner Schwalm: Lustig ist anders

Ein Publikumslied des einstigen DDR-Fernsehens, Autor mehrerer Bücher, schreibt sich den europäischen Frust von der Seele. Der bekannte Buchillustrator und Karikaturist Reiner Schwalm begleitet ihn zeichnerisch, und zwei Hacker lesen heimlich mit, kommentieren in heiterer Reimform und geben sich als Mitglieder des dichtenden US-Agentenzirkels „German Angst“ zu erkennen. Die 448 Seiten machen bereits nach den ersten Blättern deutlich, was alles nach diesem von Großdeutschland ausgegangenen verbrecherischen Menschheitsdrama des bereits Zweiten Weltkriegs im zwanzigsten Jahrhundert schiefgelaufen war und wie wenig aus den Fehlern begriffen und gefolgert wurde.

Es gibt keine Kapitelgliederung, keine Inhaltsangabe. Nichts soll Leserinnen und Leser abhalten, die Prosa und Reimkonstrukte wie einen Tatsachenroman zu lesen, traurige Vorgänge, die Deutschland Ost und West von einer relativ gesund organisierten

Spaltung in eine ungesunde Wiedervereinigung führten.

Die Gebrauchslyrik der kämpferisch mutigen Herren Heinrich Heine, Kurt Tucholsky und Erich Kästner scheinen Pate gestanden zu haben zwischen den zeitnah erhellenden Illustrationen Reiner Schwalmes, dessen Zeichnungen einst schon die Zeitschrift für Satire und Humor „Eulenspiegel“ bereicherten.

Klar, daß sich im letzten Buchdrittel das Hacker-Mysterium erklärt und damit auflöst. „Lustig ist anders“ atmet die Gegenwartstragik erlebter Enttäuschungen nach einem Vierteljahrhundert Wiedervereinigung, die sich in den Köpfen der Betroffenen inzwischen unter dem Begriff „feindliche Übernahme“ immer stärker verfestigt hat. Auch die Trauer um die deutsche Bequemlichkeit wird deutlich, die sich anscheinend damit abgefunden hat, als Kolonie der US-Administration jeden kriegsrischen Unfug mitzumachen.

„Lustig ist anders“ kann als deutsch-amerikanisches Lesebuch eingeordnet werden. Die

letzten Reimzeilen im Buch dürfen als Bestätigung gelten:

Das Elend politischer Dummheit ist groß,
Der Schaden läßt sich nicht leimen.
So werde auch ich das Gefühl nicht los:
Die Mehrheit wählt falsch. Was mach ich bloß?
Und weiß darauf nichts mehr zu reimen.

Juri Klugmann,
Ontario, Canada

Klugmann war von 1997 bis 2014 Verleger und Chefredakteur der internationalen Monatszeitschrift „Deutsche Rundschau“ – „RotFuchs“-Lesern bekannt u. a. durch den Artikel „Gewalt ist keine Lösung“ (RF 198, Juli 2014).

Mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Karikaturisten brachten wir bereits in der Oktober-Ausgabe erste Kostproben. Books on Demand, Norderstedt 2017, 448 S., 26,99 €, ISBN 978-3-7448-3776-8

Gisela Steineckert: Hand aufs Herz

Die Wahlen liegen hinter uns. Wir können uns entspannen, für einen Alltag, auf den uns die wenigsten Losungen vorbereiten. Sprüche wurden geklopft, auf schmales oder großes Papier gebracht und zum Teil an unsere Augen verschwendet, oft ohne Weiterleitung an das Gehirn. Keine Versprechung, die wir nicht schon kannten, keine, von der wir nicht wußten, daß sie auf der langen Bank landen würde.

Entmutigend? „Solange wir alle am Leben sind, kann uns niemand hindern, auf das Neue neugierig zu sein. Jahreszeiten, Auflebungen und ungewohnte Eindrücke werden zunehmend ohne Eile erlebt, und sie werden neuen Reichtum anbieten. Das ist kein Trost, es ist Beobachtung und Erfahrung.“ Das habe ich vor zwanzig Jahren geschrieben, und es kommt mir naiv vor, vielleicht sogar erschreckend. Aber was soll ich anstelle dieses *Trotz alledem* denn denken, worauf hoffen? Dieser vergangene Sommer war nicht, wie Sommer eben zu sein haben. Zuviel Angst und Trauer, und es schien, als ob die biblischen Prophezeiungen sich ausgerechnet solcher Kerle bedienen, die durch Wahlen (!) in die Lage versetzt wurden, ihr hohl oder gefährlich klingendes Wort zur Drohung zu machen: anmaßende Wichtigkeit und gestörte Persönlichkeiten in der Rolle von Politikern und Feldherren. Wie bei Hitler? Seine angeordneten Verbrechen überstiegen jedes je erfahrene Maß, und der Grad der Zerstörungen, möglich durch vorübergehende Allmacht, häufte auf Deutschland eine Schuld, für die es wenigstens den Versuch möglicher Wiedergutmachung geben mußte. An diese Arbeit ging ein kleiner Teil Deutschlands, jener, der versuchte, unabhängiger Staat und Heimat zu werden. Die Deutsche Demokratische Republik brachte pro Kopf das 130fache an Reparationen auf wie der starke andere deutsche Staat. Man kann im Internet nachlesen, was die DDR dafür aufgewandt hat. So mußte vieles aufgeschoben werden, was nicht auch noch geleistet werden konnte. Trotz aller Bemühungen der Arbeitenden war es ein Land, das vielen seiner Bürger als Vaterland nicht genügte. Weshalb sie es erst auf offenen Wegen – und später heimlichen, gefährlichen Strecken – verließen. Sie haben sich am Wiederaufbau nicht beteiligt, beschuldigten das Land aber an seinem Ende, mögliche eigene Erfolge und mehr Ansehen im eigenen Leben verhindert zu haben.

Anderen war es ein aufstrebendes, fast normales Leben mit Konflikten, Widersprüchen, mit Festtag und Feier, als Heimat durchaus geeignet. Keine Idylle, aber das gibt es derzeit ja auch nicht, ist vielleicht gar nicht erstrebenswert.

Der Erfahrung mit den Verbrechen der Weltmächte an Sklaven, Naturvölkern, Himmel und Meer, an Vietnam und Japan – nur als Beispiele genannt – haben wir ein Frühwarnsystem zu danken. Die Frage *Traust du denen zu, daß sie tun würden, was sie androhen?*, hat sich schon lange abgeschafft.

Geplantes Unrecht gibt frühe Signale, die sowohl dokumentiert als auch breit diskutiert werden, ohne daß sich daraus Einfluß und Verhinderung ableiten lassen.

Das Wort Gerechtigkeit kam in den Losungen vor der Wahl besonders häufig vor. Fast jede Partei forderte *Mehr Gerechtigkeit* und gab sich den Anschein, ihre wichtigen Leute befänden sich auf dem Weg zur Durchsetzung von Reformen oder sogar revolutionären Maßnahmen, die schon lange nötig oder gerade eben erst benennbar sind. *Gerechtigkeit* war diesmal das am meisten mißbrauchte Wort. Was kann ich mir als einfache Bürgerin nicht alles unter Gerechtigkeit vorstellen! Meine Gedanken oder Vorschläge habe ich auf den Plakaten gesehen, als eine Art gesicherter Plan, auf den andere aus niedrigen Motiven bisher nicht gekommen sind, oder vor denen sie als zu kühn oder zu vorwärtsweisend zurückschrecken. Das klingt bitter, aber als Beispiel: Die Baumeister des Vertrags zur Festlegung ewiger Ungleichheit zwischen zwei damals souveränen deutschen Staaten sind noch immer mit sich selbst und den entstandenen Folgen der Ungleichheit zufrieden. Gut, jemand hat einen kleinen Finger gehoben und geraunt, daß die so gerühmte Treuhandanstalt wohl eher eine Gang war. Das wußten wir schon.

Hätte man Lust, über mangelnden Anstand – also persönlichen Anteil am Zustand – zu reden, fällt einem ein, daß es für einige Berufspolitiker in ihrer Laufbahn der einzige vorweisbare Erfolg ihres politischen Lebens war, dem anderen Machtgefüge die totale Unfähigkeit nachzuweisen und es dafür zu bestrafen.

Jenes große Einsacken und Verscherbeln hat Millionen Menschen um einen erheblichen Teil ihrer Lebensleistung betrogen, hat Zukunft und Alter entwurzelt.

Unterwegs, auf ungewissem Weg, kam uns manchmal der Gedanke, kein kapitalistisches Land würde sich so tiefgreifende Zerstörungen, solchen Mißbrauch der Macht, ohne Widerstand gefallen lassen. Aber für Gewalt, für Widerstand, fehlten nicht nur die Kraft und der Wille. Die geschichtlichen Erfahrungen rieten dem Volk zu Langmut und Optimismus. Und außerdem: wo dem Geld der Weg zum Geld erschwert wurde, zeigte das Geld, daß es im Notfall keinen Halm, keinen Liter Meerwasser, keinen ehrwürdigen Baum und keinen Lebenslauf heil bleiben läßt.

Wer sich gemäht hat, den schützt das Gesetz. Wer versucht, in die Machtverhältnisse einzugreifen – und sei es nur durch widerständiges Denken –, der ist ein Gegner der Freiheit und will längst besiegtene Ideen oder Alternativen einen neuen Heroinweg schaffen.

Die Männer an der Macht sind in erschreckender Überzahl. Aber Frauen an der Macht sind nicht die besseren Menschen. Der Bürger meint, er wußte das schon. Die mündige Bürgerin meint: „So war das von uns eigentlich nicht gedacht. Wir waren unterwegs,

um gleiches Recht zu erkämpfen. Daß es ein so langer Kampf mit so vielen Rückschlägen werden würde, das hätte uns entmutigen können. Aber was wie eine Alternative aussieht, also zurück in die männliche Oberhand und Versorgung, das ist eine Falle und kein Weg. Der Wunsch nach dem Mitmenschen *Mann*, der als Mitdenkender seinen Platz neben uns einnehmen sollte, der entspricht unseren Sehnsüchten. Es muß sich für uns beide lohnen, mehr als unsere Ahnen zu begreifen, anders an der Arbeit teilzuhaben und sich einzumischen.“

Schwach werden beim Gradestehen ist ein uraltes Phänomen. Im einzelnen Leben geht es kaum ohne Anfechtungen. Und im Staat? Der hat seine Wahlen. Nach denen kann immer vier Jahre lang – oder demnächst vielleicht für jeweils fünf Jahre – fast alles so bleiben, wie es vorher war.

Alles Lebendige ist vergänglich? Auch der Haß und auch die Liebe? Manchmal mischen sie sich. Oder sie erheben sich aus ihren Niederungen zu Ankommen und ihlen dem Vergehen. Ich habe das bei anderen gesehen, als ich noch glaubte, selber großer Gefühle auf Dauer nicht fähig zu sein. Ich habe Ermutigung erfahren, die sich von Anfechtungen freihielt. Sie ist nicht gescheitert am Alltäglichen, auch nicht, als die Kraft unterwegs einmal erschöpft schien. Allein und nur auf die eigenen Energien angewiesen wäre Wesentliches nicht an ein vorläufiges Ende gebracht worden. Was wunderbare Gefühle löschen kann, ist oft die Dauer des Kleinlichen oder die Häßlichkeit der Unterstellung, ist die Weitergabe eigenen Versagens an das andere Ich, das auf einmal fremd wirkende, eben noch als Erfüllung gepriesen. Das! Hättest du! Nicht tun dürfen! Die Erfahrung mahnt, wärst du doch ein Ich geblieben, und hättest du doch den anderen als ein Du neben dir leben lassen. Vielleicht sagst du: Glück auf Dauer gibt es sowieso nicht. Aber es gibt dieses Unvergängliche, dieses Lebendige als Zusammenhalt, als einen Zustand von Dauer. Da ich es angestrebt, gesehen und gelebt habe, wird es mir auch in diesen nüchternen Zeiten wohl Ansporn und vorausseilende Sehnsucht bleiben.

**Könnt ich nur nehmen
das Herz mir entzünden
an fern schönem Schein
was denn suchte ich hier**

**Aus allem Gelebten
sprießt Grün, das wird Heu
in allem Gelebten
find ich mich selber neu**

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 3. November um 15 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Der Rote Oktober wirkt weiter.**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt/Oder

■ Regionalgruppe Suhl

Am 3. November um 17 Uhr Diskussionsrunde zu aktuell-politischen Fragen

Ort: Gaststätte „Suhler Weibervirtschaft“, Bahnhofstr. 1, 98527 Suhl

■ Ein Aktionsbündnis, darunter die Regionalgruppe **Dresden**, lädt ein.

Am 4. November, 11–18 Uhr, Veranstaltung anlässlich des 100. Jahrestags der Oktoberrevolution

Ort: Dresdner Str. 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

■ Verschiedene Organisationen, darunter die Regionalgruppe **Leipzig**, laden ein.

Am 4. November, 10–17 Uhr, Theoretische Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Bernau

Am 7. November um 18 Uhr spricht Wolfgang Grabowski, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Sie haben es gewagt! Reden wir über die Große Sozialistische Oktoberrevolution – 100 Jahre danach**

Ort: Treff 23, Breitscheidstr. 43 A, 16231 Bernau

■ Regionalgruppe Freiberg

Am 7. November um 15 Uhr, Aufführung eines Films über die **Oktoberrevolution**

Ort: Regenbogenhaus, Brückenstr. 5, 09599 Freiberg

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 7. November um 18 Uhr, Podiumsdiskussion zum Thema:

1917–2017: Die Oktoberrevolution – das 20. Jahrhundert – Fanal zur Zeitenwende

Ort: Haus Dacheröden, Bürgersaal, Anger 37, 99084 Erfurt

■ Regionalgruppe Uecker-Randow

Am 7. November um 19 Uhr findet eine **Buchlesung** mit kulturpolitischen Beiträgen zum Thema: **Die historische Bedeutung der Oktoberrevolution für die heutige Zeit** statt.

Ort: Volkssolidarität Pasewalk, Am Markt 8, 17309 Pasewalk

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern Nord-West

Am 8. November um 15 Uhr: Veranstaltung zum **100. Jahrestag der Oktoberrevolution**

Ort: Stadtkantine, Großschmiedestraße 41–43, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 9. November um 14 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Medienpolitik heute und ihre Wirkung in der Gesellschaft**

Ort: Kühleweinstr. (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

■ Regionalgruppe Nördliches Vorpommern

Der Botschafter a. D. Rolf Berthold spricht zum Thema: **100. Jahrestag der Oktoberrevolution – Die Lehren der KP Chinas**

am 10. November um 15 Uhr

Ort: Club der Volkssolidarität Prora, Poststr. 14, 18609 Binz

am 11. November um 10 Uhr

Ort: Volkssolidarität, Knieper Damm 28, 18435 Stralsund

■ Regionalgruppe Rostock

Am 11. November um 10 Uhr spricht der ehemalige Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock Dr. Henning Schleiff zum Thema: **40 aus 800 – Rostock in der DDR** (Vorstellung des gleichnamigen Buches anlässlich der 800-Jahr-Feier der Stadt Rostock)

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Str. 52, 18106 Rostock

■ „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am 11. November um 10 Uhr Beratung mit Genossen des Landessprecherrats der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke Sachsen zum Thema: **Die Ergebnisse der Bundestagswahl und sich daraus ergebende Schlußfolgerungen**

Ort: Gaststätte „Mohrrübe“, Vorstädter Gärten, Abfindungen Weg 0, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 14. November um 18 Uhr spricht Prof. Dr. Götz Dieckmann zum Thema: **100. Jahrestag der Oktoberrevolution – Die aktuelle Bedeutung des Roten Oktober**

Ort: Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3, 14469 Potsdam

■ Regionalgruppe Berlin-Lichtenberg

Am 15. November um 18 Uhr findet eine Lesung mit dem Autor Andrej Reder zu seinem Buch „Dienstreise“ – ein Appell wider das Vergessen – statt.

Ort: KULTschule, Sewanstr. 43, 10319 Berlin

■ Regionalgruppe Eberswalde

Am 15. November um 17 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Erlebnisse, Begegnungen, Erfahrungen, Einsichten im hundersten Jahr der Oktoberrevolution**

Ort: Café am Weidendamm, Schicklerstr. 4, 16225 Eberswalde

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 16. November um 16 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema: **Linke Politik nach der Bundestagswahl gegen weitere Rechtentwicklung im Land**

Ort: Haus der Generationen, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Harz

Am 17. November um 14 Uhr spricht Uwe Hirsch, Sprecher des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke, zum Thema: **Die aktuelle Politik der BRD in EU und NATO zur Durchsetzung eigener Machtansprüche**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergweg 16, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 18. November um 10 Uhr spricht Peter Giersich, Vorsitzender des „Freundeskreises Max Hoelz e. V.“ zum Thema: **Max Hoelz – Rebel und Revolutionär. Geschichtsforum und Ausstellung**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstr. 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 18. November um 10 Uhr findet eine Mitgliederversammlung der Regionalgruppe statt.

Ort: Seniorenbüro, Poststr. 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 21. November um 18 Uhr stellen junge Antifaschisten vom Verein „Unentdecktes Land“ ihre Aktivitäten vor.

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Falkensee

Am 21. November um 19 Uhr referiert Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, zum Thema: **Ergebnisse der Bundestagswahl und Schlußfolgerungen für die Partei Die Linke**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstr. 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 22. November um 18 Uhr referiert Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, zum Thema: **Ergebnisse der Bundestagswahl und Schlußfolgerungen für die Partei Die Linke**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Str. 1 b, 13051 Berlin



Kuba braucht nach dem Hurrikan weiter unsere solidarische Hilfe

Bereits in den ersten Tagen nach Veröffentlichung unseres Spendenaufrufs gingen über 100 000 € auf das Kuba-Konto ein. Viele kleine und mehrere größere Spenden trugen zu diesem Erfolg bei. Jeder Euro zählt!

Nach den Verwüstungen, die Hurrikan Irma auf der Karibikinsel angerichtet hat, ist es diese Solidarität, die Kuba helfen wird, die Auswirkungen der Katastrophe zu mildern.

Geben wir Kuba einen Teil der Solidarität zurück, die das Land international mit seiner medizinischen Hilfe und seinen Bildungsprogrammen in vielen armen Ländern der Welt leistet.

Über den Fortgang des Wiederaufbaus und das aktuelle Spendenbarometer:

www.fgbrdkuba.de

Helft alle mit!

Freundschaftsgesellschaft BRD–Kuba / Hurrikanhilfe – Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00,
BIC: BFSWDE33XXX

Freundschaftsgesellschaft BRD–Kuba
Maybachstr. 159, 50670 Köln,
Telefon 0221-2405120

Liebe Rostocker Genossen, die „RotFuchs“-Gruppe persönlich kennenzulernen, war für mich eine große Freude. Wenn man weiß, daß wir dieselben humanistischen Ziele des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit teilen, gibt uns das Kraft. Ich habe bei Euch viel dazu- und das europäische Leben besser kennengelernt. Das ist sehr wichtig. Ich habe Eure harte und schwierige Arbeit gesehen. Und wie ich immer sage: Bei Euch ist der politische Kampf schwieriger, bei uns in Venezuela gefährlicher. Ich fühle mich gestärkt und besser für die täglichen revolutionären Aufgaben vorbereitet. Vielen Dank!

Die große Gefahr für Venezuela bleiben die imperialistischen Bedrohungen und Sanktionen sowie die Operationen faschistischer, paramilitärischer Organisationen.

Wir benötigen weiter Eure materielle Unterstützung und politische Solidarität. Die Initiative der DKP ist ein gutes Beispiel und sollte verbreitet oder durch ähnliche Initiativen ergänzt werden. Mit bescheidenen Spenden können große Lösungen gefunden werden. Wir müssen zusammenhalten.

Die Gefahren sind latent da, und der Schutz der Mitglieder der KPV und unsere Kampffähigkeit müssen gewährleistet werden. Daß die KPV

ihren politischen Kampf auch unter schwierigen Umständen fortsetzen kann, ist für ganz Lateinamerika wichtig. Wir brauchen Euch.

Mit solidarischen Grüßen

Carolus Wimmer, Venezuela

Zu Horst Schneider: Dreißig Jahre Dialogpapier von SED und SPD (RF 235, S. 24)

Vor dreißig Jahren, im August 1987, präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED ein gemeinsames Grundsatzpapier unter dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Dieser Dialog zwischen SED und SPD, die zu diesem Zeitpunkt nicht in der Regierung war, ist sicher positiv zu bewerten. Beide Seiten bejahten die Existenzberechtigung des jeweils anderen Systems und dessen Fähigkeit zu Frieden und Reform. Doch das war eine Illusion. Der Imperialismus war und ist nicht friedensfähig, auch wenn die Verhandlungspartner von SED und SPD das damals vielleicht annahmen. Daß es außer den Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Türkei bis dahin seit 1945 keine Kriege in Europa gegeben hat, war auf die militärische Stärke der Sowjetunion zurückzuführen. Als diese zusammenbrach, begann wenig später die Aggression zur Zerschlagung Jugoslawiens, an der Deutschland unter einer Koalition von SPD und Grünen beteiligt war.

Der Sozialismus im Osten soll wegen seiner Reformunfähigkeit implodiert sein, wird heute behauptet. Der Kapitalismus im Westen triumphierte trotz seiner Reformverweigerung. Für das Scheitern des Sozialismus gab es sicher eine Reihe anderer Gründe. Der Reformbegriff wird ja geradezu inflationär gebraucht. Für die damalige Zeit waren Glasnost und Perestroika die Vorbilder. Aber diese scheiterten kläglich und stürzten die Sowjetunion ins Chaos. Beim friedlichen Verlauf der Ereignisse 1989 in der DDR spielte vor allem das Verhalten von Vertretern der Partei- und Staatsführung eine Rolle. Das SED-SPD-Papier hat dazu wohl kaum beigetragen. Über das Schicksal der Menschheit entscheidet heute vor allem, ob es gelingt, die aggressive Politik der USA einzudämmen.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Zu Achim Dippe: Sozialismus und Wertgesetz – eine widersprüchliche Einheit (RF 235, S. 25)

Nun hat Achim Dippe also geantwortet bzw. seinen Standpunkt dargelegt. Was soll ich sagen? Das, daß er einen Sozialismus präsentiert, den es in der Realität nicht gab. Weder in der UdSSR noch in der DDR. Vielleicht in Jugoslawien? Oder gar – noch immer! – in China? Jedenfalls nicht in Ländern, die sich als „realsozialistische“ bezeichnen haben. Es gab Pläne – ja, solche Sozialismen der „widersprüchlichen Einheit von Sozialismus und Wertgesetz“ (Achim Dippe) zu errichten, darunter in den 60er Jahren in der DDR, den Gorbatschowschen Reformplänen in der Sowjetunion ab 1985/86?; *nie* aber wurden diese Absichten wirklich umgesetzt. Ein wirkliches Wertgesetz gab es in keinem einzigen schon sozialistischen (und das heißt planwirtschaftlich geleiteten) Land. Achim Dippes Beitrag zur Debatte ist ein Wunschbeitrag. So hätte es sein ... sollen/können. Was es aber – in besagten Ländern – gab, war Planung der Produktion in

der elementaren, das heißt betrieblichen oder konkreten Ebene durch einen gesellschaftlich, also „zentral“ aufgestellten Plan. (Solche Einheit, oder solcher „Zentralismus“, entspricht eben dem Eigentumsverhältnis, das ja ein gesamtgesellschaftliches geworden war.) Der Plan wurde den Betrieben in Gebrauchswerteinheiten vorgegeben – und damit von diesen natürlichen Vorgaben *nicht abgegangen werden kann/konnte*, Geldeinkommen sich nicht vom Plan lösen konnten, über Geld *keine* Selbständigkeit der Betriebe entgegen dem Plan entstehen konnte, mußten Produkte solche Preise haben, die den natural vorgegebenen Mengen entsprachen. Deshalb hieß es ja auch „Einheit von naturaler und finanzieller Planung“. Die Planung arbeitete also mit einem System fester, konstant bleibender Preise – mit einem anderen Preissystem ist Planung gar nicht möglich. D. h. der Inhalt der Preise wandelte Formen der Warenproduktion, Formen eines wertgesetzgeleiteten Wirtschaftssystems waren erhalten geblieben, der Inhalt des Wertes (die dauernde Reduktion auf diesen) aber wurde aufgegeben. Wenn ich Sozialismus erkläre, so gehe ich von der Realität aus, will diese erklären, erkenne einen Anfang zu einem die Warenökonomie überschreitenden ökonomischen System. Und Achim Dippe will aus dem Erhalt der Form mehr heraushauen. Dies ist unser Unterschied.

PS: Zum Vorwurf, daß ich hinter die Konzepte der Äquivalenzökonomie zurückfalle: In der realen Arbeit hat sich längst eine direkte Arbeitszeitrechnung durchgesetzt. (Sie liegt übrigens der Wertform zugrunde.) Sie berechnet allerdings nur das, was in der realen Produktion zu berechnen geht: einzig der Einsatz/Verbrauch an lebendiger Arbeit. In die Zeitrechnung einen „zeitlichen Verbrauch“ an gegenständlicher Arbeit einzubeziehen, führt zu einem hypothetischen Wert. Er beruht ja darauf, daß an die Stelle eines lebenszeitlichen Verbrauchs ein Rhythmus (in der Regel ein zehnjähriger) des „Verbrauchs“ gesetzt wird. Der Sozialismus wählt (außer natürlich bei Rohstoffen, Energie) den lebenszeitlich möglichen Einsatz von Produktionsmitteln. Und der kennt keine fixierbare quantitative Größe (siehe auch Marx' „Kapital“).

Hermann Jacobs, Berlin

Zirka 500 Weimarer, vorwiegend junge Leute, protestierten im August lautstark gegen die Wahlveranstaltung der AfD in der Südwestvorstadt Weimar mit Björn Höcke und Stephan Brandner.

Am nächsten Tag lese ich in der Zeitung (TLZ vom 5. 8.) u. a. die Auslassungen von Herrn Brandner, Mitglied des Thüringer Landtags und Spitzenkandidat der AfD Thüringen für die Bundestagswahl. Er beschimpfte die studentischen Demonstranten als „gesellschaftliche Versager“, „kaputte Typen“ usw. Für mich erfüllen solche Aussagen den Tatbestand der Beleidigung.

„Beleidigungen sind die Argumente derer, die unrecht haben.“ Das stammt nicht von mir, sondern von Jean-Jacques Rousseau (1712–1778). Dem Zitat stimme ich voll zu.

Am 2. September fand das linke Friedensfest in Weimar bereits das sechste Mal statt. Die Linke als Partei des Friedens sagt *nein* zum Krieg und *ja* zu einer demokratischen, ökologischen und gerechten Welt. Über die

friedenspolitische Lage und ihre Forderungen informierten im Gespräch die Bundestagsabgeordnete der Linken und Direktkandidatin für den Wahlkreis 193, Martina Renner, und ihr Kollege Jan van Aken, der außenpolitische Sprecher der Linken-Fraktion. Eine Lesung von Friedentexten unterstrich die Bedeutung des Themas in der Literatur.

Die Initiative „Welt ohne Waffen“ kritisierte die Rüstungsindustrie in ihrem Redebeitrag sehr scharf.

Wieder dabei waren die Gewerkschaft, der Verein Welt ohne Waffen, attac Weimar, der Prager-Haus-Verein und die VVN/BdA, vertreten durch die reifere Generation. Die Linksjugend solid Thüringen und die Lebendige Bibliothek der Naturfreunde Thüringen mit einem „Buch“ über Vorurteile und Klischees waren beide eine tolle Bereicherung des Friedensfestes.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) mußte bei seinem Weg zur Diskussionsveranstaltung ins DNT an den Ständen des Friedensfestes vorbeigehen. Er sprach mit einigen Teilnehmern und schüttelte Hände. Eine Gewerkschafterin sagte: „Sigmar Gabriel hat schon viel versprochen, aber seine Versprechen nach der Wahl nie eingehalten.“

Zu dem kulturellen Höhepunkt zählte der Auftritt der Salsa-Live Band dileTanto aus Weimar. Zehn Musiker aus drei Kontinenten frönten ihrer Leidenschaft: Salsa! „Salsa ist wohl die fröhlichste Musik des Universums. Salsa ist Freude, Ursprung, kubanische Musik. Sie ist das, was wir können, was wir spielen und was das Publikum von uns möchte.“ Ein Hingucker war die Kunstinstallation von Manaf Halbouni inmitten des Theaterplatzes, die sich mit Flucht und Migration beschäftigte. Und auch die Kinder hatten ihren Spaß beim Schminken.

Resümee: nette Besucher bei Kaffee und Kuchen, tolle Reden, fliegende Friedenstauben und ein hervorragendes Kulturprogramm machten den Samstagnachmittag zu einer gelungenen Veranstaltung. Eine tolle Leistung von allen Mitwirkenden! **Stanislav Sedlacik, Weimar**

Am 3. September feierte Die Linke auf dem Berliner Anton-Saefkow-Platz den Weltfriedenstag, was meinen Mann und mich inspirierte, daran teilzunehmen. Obwohl wir rechtzeitig eintrafen, waren fast alle aufgestellten Bänke bereits besetzt. Die Kandidaten für die Bundestagswahl Gesine Löttsch, Petra Pau und Gregor Gysi waren als Redner angekündigt. Für Musik sorgte Tino Eisbrenner mit seiner Band. Warum nicht an einem solchen Tag das Lied von der kleinen weißen Friedenstaube singen? Mit dieser Idee wandte ich mich an Gesine Löttsch. Zum Glück hatten wir den Text, den der „RotFuchs“ vor einiger Zeit veröffentlichte, in mehreren Exemplaren mit dabei. Gesine nahm das Blatt, gab es der Band, und gemeinsam mit ihr und allen Anwesenden sangen wir das Friedenslied. Es war wunderschön!

Gerda und Rolf Greifzu, Berlin

Am 16./17. September besuchten wir in diesem Jahr erstmalig das ManiFiesta-Fest der belgischen PTB-Genossen und Genossinnen an der Nordseeküste in Bredene. Das Festivalgelände ist von Ostende aus sehr gut mit der Straßenbahn zu erreichen. In unmittelbarer Nähe zum Nordseestrand gelegen, bietet

dieser Ort wunderbare Voraussetzungen für das alljährliche Fest der aufstrebenden PTB. Unsere Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Selten habe ich ein linkes Volksfest erlebt, bei dem solch eine Lebendigkeit herrschte. Die über 12 000 Gäste konnten sich an zwei Tagen an unzähligen Informationsständen über die politische Lage in Belgien informieren und an vielen Diskussionsveranstaltungen u. a. mit Peter Mertens, dem populären Vorsitzenden der PTB, teilnehmen. Zudem gab es in der Bücherhalle ein breitgefächertes Angebot nicht nur politischer Literatur. Dies fand seinen Ausdruck in der Anwesenheit des bekannten französischen Comic-Zeichners Jacques Tardi auf der ManiFiesta. Auch die Möglichkeit, eine Partie Schach zu spielen, war gegeben. Beeindruckend war das vielfältige Musikangebot. Vom palästinensischen Tanz bis zum französischen Rapper Medine war hier für jeden Geschmack etwas dabei.

Kurz und gut, man kann einen Besuch bei unseren belgischen Genossen und Genossinnen wärmstens empfehlen. Nähere Informationen sind unter der Adresse www.manifiesta.be zu finden – eine attraktiv gestaltete Internetseite.

Jean Hausmann, Bonn

Kapitalismus funktioniert noch immer so, wie ihn Karl Marx im „Kapital“ vor 150 Jahren beschrieb: Der, dem die Produktionsmittel gehören, beutet den, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, aus. Heute werden andere, neue Begriffe verwendet, um diesen Fakt zu verschleiern, die Masse ruhigzuhalten und von möglichen Ideen und Wünschen nach Veränderung abzubringen. Es wird suggeriert, Kapitalismus funktioniere heute anders. Ja, wie denn? Vielleicht human? Er funktioniert nicht anders, sondern ausgeklügelter und aggressiver. Seine Maske fiel mit der Zerschlagung des Sozialismus, dem vorübergehenden Sieg über die progressiven Kräfte. Leider gibt es derzeit keine einheitliche linke Front, keine geeinte Arbeiterklasse – weder national noch international. Jedes Jahr nehme ich im Januar an der Demonstration für Rosa und Karl teil. Viele gedenken dieser aufrechten Kämpfer für Sozialismus und Kommunismus; Organisationen, Vereine, Parteien, einzelne Menschen. Und alle diese Streiter für die humane Idee, die sinnvolle, aufrüttelnde Transparente, Bilder von Rosa und Karl, von Marx, Engels und Lenin mit sich führen, würden vereint eine Macht darstellen, eine Kraft, die gehört würde und einflußreich wäre.

Alles schreit nach Veränderung! Immer mehr Menschen laufen braun-schwarzen Rattenfängern nach. Wie lange wollen wir noch ein Bildungssystem hinnehmen, das unsere Kinder bewußt dumm hält, ihnen ein falsches Geschichtsbild und keine Werte vermittelt, sie tendenziell und unter Weglassen der wahren Inhalte anderer Religionen nur mit der christlichen bekanntmacht und ihnen die marxistisch-leninistische Philosophie vorenthält?

Beate Wesenberg-Schlosser, Berlin

Zu Bernd Gutte: Feindbild Rußland (RF 235, S. 17) Geschichte wiederholt sich nicht? Vielleicht doch, oder es gibt zumindest Parallelen. Zum Beispiel Rußland: General Kutusow zog sich vor den übermächtigen Armeen Napoleons bis vor die Wolga zurück. Der Zar bis hinter die

Wolga. Die Moskauer Bevölkerung wurde evakuiert, und Napoleons Armee konnte sich in der brennenden Stadt nicht mal die Füße wärmen, im kalten russischen Winter. Beim Rückzug bis Ostpreußen war der größere Teil seiner Heerscharen außer Gefecht gesetzt. Es brauchte ein Jahr, bis seine Streitmacht aufgefüllt war und die Grande Armee nach Großbeeren und Katzbach bei Leipzig vernichtend geschlagen wurde. Nein, nicht endgültig, er konnte noch mal aufstehen, weil die vereinten Armeen ihn nicht bis Paris verfolgten. Erst nach Waterloo kam sein endgültiges Aus.

Zum Beispiel die Sowjetunion 1941: Stalin verfügte den Rückzug vor dem vertragsbrüchigen Hitler auch bis zurück an die Wolga. Zwei Millionen wurden vor der vorrückenden Wehrmacht hinter den Ural umgesiedelt, mit den Rüstungsbetrieben aus dem europäischen Teil unter den freien Himmel Sibiriens. Nein, Moskau ließ er nicht niederbrennen, große Teile der Wehrmachtssoldaten erfroren trotzdem. Er floh auch nicht mit hinter die Wolga, sondern organisierte, die Völker Rußlands hinter sich, mit Erfolg deren Verteidigung. Von den 360 000 Soldaten der 6. Armee starben mehr als 300 000 bei Stalingrad. Ostpreußen spielte wieder eine Rolle. Dort war in Rastenburg das Führerhauptquartier eingebunkert. Die entscheidende Schlacht fand aber nicht bei Leipzig, sondern in Berlin statt. Im Machtzentrum des Aggressors, weil die vereinten Armeen, die Rote Armee und die 6. Polnische Armee, denselben Fehler, vor dem schon Scharnhorst gewarnt hatte, nicht noch einmal machen wollten.

Napoleon wurde nach Elba geschickt und stand noch einmal auf. Die deutschen Faschisten standen in Nürnberg vor Gericht und standen auch wieder auf. Bereit für ein Drittes.

Einen kleinen Unterschied gibt es noch: Napoleon hatte das imperiale England zum Feind, das froh war, daß er durch den russischen Widerstand nicht bis Indien gekommen war. Die in Nürnberg vor Gericht standen, hatten diejenigen in den USA zum Freund, die froh waren, in ihnen ein Bollwerk gegen jene zu finden, die den opferreichen Hauptanteil an der Vernichtung des faschistischen Aggressors zu tragen hatten. In beiden Fällen war der Sieg der Möchtegarnweltbeherrscher der Anbeginn neuer Kriege. Und wieder kommt die Hoffnung aus dem Osten, daß der Welt nicht das Schicksal Karthagos widerfährt, das nach seinem dritten Krieg nicht mehr vorhanden war.

Gerhard Naumann, Berlin

Zu RF 236, S. 4 und S. 8

Man kann ja einfach nicht still sein in dieser Zeit. Egal auf welcher Position man stehen mag, jeder bekommt auf die eine oder andere Weise zu spüren, in welcher tiefe Krise dieses System besonders nach dem Wegfall des europäischen Sozialismus gestürzt wurde. Der Ausgang der Bundestagswahl läßt befürchten, daß die Rechtsentwicklung in Deutschland massiv zunehmen wird. Da ist es nur zu begrüßen, daß der „RotFuchs“ in seiner Ausgabe vom September der DKP mit ihrem Vorsitzenden Patrik Köbele gleich mit zwei Artikeln das Wort erteilt: „Stoppt die Hochrüstung – raus aus der NATO!“ und die Erklärung des Parteivorstandes sind wichtige Informationsquellen für unsere Orientierung. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Zu Wolfgang Reischock: Friedenserziehung in der DDR? (RF 236, S. 6)

Ich war gleichermaßen überrascht wie erfreut, als ich in der September-Ausgabe des „RotFuchs“ einen Artikel von Wolfgang Reischock entdeckte. Sein Beitrag ist vor fast 40 Jahren in der „Weltbühne“ erschienen, doch das Thema heute nicht minder aktuell.

Dr. Reischock war jahrzehntelang der „Spiritus rector“ der „Deutschen Lehrerzeitung“. Mit seinen Ideen prägte er ihr Image und machte sie für ihre Leser zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel in der pädagogischen Arbeit. Ich habe sieben Jahre lang als Redakteur dieser Wochenzeitung mit ihm zusammenarbeiten können und viel von seinem Wissen und Können in der Journalistik profitiert.

Leider weilt Dr. Reischock nicht mehr unter den Lebenden. Er wäre in der heutigen Zeit ganz sicher ein aktives Mitglied im „RotFuchs“-Autorenkreis. Wenn man mit ihm über familiäre Probleme sprach, erzählte er gern von seiner Schulzeit in den 20er, 30er Jahren an der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln. Er hatte das Glück, dort Lehrer anzutreffen, die ihn zum marxistischen Denken führten. Dieser Einfluß wird auch in dem besagten Artikel deutlich, in welchem er sich mit der Kriegspolitik und den Ursachen des Ausbruchs von Kriegen beschäftigt. Die Gründe hierfür sind, so seine Erkenntnis, „letztlich nur über marxistisches Denken zu erschließen“. Genau dieser Standpunkt wird heute gebraucht, da sich manche bei der Beurteilung von aktuellen Geschehnissen damit begnügen festzustellen, daß die Welt „aus den Fugen geraten“ sei. **Helmuth Hellge, Berlin**

Im September fand das traditionsreiche internationale antifaschistische Treffen in Mala Upa statt, zu dem sich deutsche und tschechische Kommunisten vor 90 Jahren das erste Mal trafen. Daß es jährlich viele Menschen dort hinzieht, ist kein Wunder. Mich hat es ebenso interessiert und so bin ich mit 93 Jahren erstmals dort gewesen und habe Kraft getankt. Ich hatte das Gefühl, mich in einer großen Familie mit Gleichgesinnten zu bewegen und habe ihre Solidarität gespürt. Die Genossinnen und Genossen hatten alles gut organisiert. Es gab Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen, Adressen wurden ausgetauscht. Ich hatte vergessen, wie alt ich bin ...

2018 könnte ich ja wieder dabei sein. Mal seh'n!

Elisabeth Monsig, Gartz

Seit die bisherige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Halina Wawzyniak per Twitter verbreitete, daß „die SED im Kern eine rechte Partei“ gewesen sei, gibt es einen Grund mehr für mich, dem monatlichen Erscheinen des „RotFuchs“ entgegenzufiebern. Wer wie sie die Schulen in der DDR besucht hat, hatte doch wohl genügend Gelegenheit, sich vom antifaschistischen Charakter dieser Partei zu überzeugen, die vor allem von Widerstandskämpfern gegen den Faschismus gegründet wurde. Aus gutem Grund war der Antifaschismus eine tragende Säule der Politik von Partei und Staat, nicht zuletzt, um jeglichen rechten Positionen von vornherein den Boden zu entziehen.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Jeden Monat freue ich mich, wenn unser „RotFuchs“ im Briefkasten steckt. Im Juni-Heft gefielen mir

zwei Artikel besonders gut. Die Verteidigungsrede Heinz Keßlers vor dem Berliner Landgericht, verfaßt von einem Menschen, der wußte, was Krieg bedeutet, gehört dazu. Ihm gebührt noch heute Ehre und achtungsvolle Verneigung.

Der Artikel von Generalmajor a. D. Heinz Bielan aus Leipzig ist mit seiner klaren Haltung hervorragend. Daß kein Schuß fiel, ist der Disziplin und Ordnung unserer bewaffneten Organe zu verdanken, denn in Leipzig und anderswo waren ja jede Menge aus westlicher Richtung kommende Provokateure unterwegs.

Die Generäle und Offiziere der NVA können stolz sein, eine Armee befehligt zu haben, deren Auftrag der Frieden war.

Bei allen Schwächen und Defiziten, die unsere DDR hatte – meine Frau und ich haben gerne in ihr gelebt. Sie war der bessere deutsche Staat.

Lothar Heimann, Crimmitschau

Was ist aus der „Freiheitskämpferin der freien Welt“ Aung San Suu Kyi, die der Gewalt gegen die muslimische Minderheit der Rohingya in Myanmar tatenlos zusieht, geworden? „Selten ist das Ansehen einer Person so rasch und steil abgestürzt wie das von Aung San Suu Kyi. Als politische Gefangene war sie fast 30 Jahre lang ein Symbol des selbstlosen moralisch begründeten Mutes gegenüber Myanmars Militärjunta. Dafür wurde sie mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Doch nachdem sie letztes Jahr zur De-facto-Führerin aufstieg, ist Suu Kyi etwas Schlimmeres geworden als nur ein Feigenblatt der Unterdrückung. Sie ist ein aktiver Komplize von Brutalität und religiöser Intoleranz“, schreibt die Londoner „Times“ am 8. September.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Die „Reichsbürger“-Bewegung ist zu einem echten Ärgernis in Deutschland geworden. Darüber hat man vergessen, daß die BRD mit ihrem Eiertanz zur Begründung des Alleinvertretungsanspruchs gegenüber der DDR bei der Entstehung dieser Denkrichtung Vorschub geleistet hat.

Am 31. Juli 1973 urteilte das Bundesverfassungsgericht: „Das Grundgesetz geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder durch Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist ... Das Deutsche Reich existiert fort. Mit der Errichtung der BRD wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert.“

Wie wird man nun den bösen Geist wieder los, der bis 1990 gute Dienste geleistet hat?

Am besten wohl doch, indem das anachronistische Urteil von 1973 kassiert und den Leuten damit die scheinbare Legalität entzogen wird.

Dr. Gerd Machalet, Siedenbollentin

Am 17. Oktober 1945 wurde in Dresden das parteiübergreifende Bündnis der Volkssolidarität gegründet, das für alle Länder der damaligen Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands Beispiel wurde.

Aus diesem historischen Anlaß hat der Bundesvorstand der Volkssolidarität beschlossen, zu Ehren des 75. Jahrestages der Gründung dieses traditionsreichen Verbandes ein „Buch der Erinnerungen – Zeitzeugen erinnern sich“ herauszugeben, das 2020 erscheinen soll.

Mitglieder und Sympathisanten aller Generationen sind aufgerufen, an der Erarbeitung dieses gemeinschaftlichen VS-Geschichtsbuches nach Kräften mitzuwirken. Als aktiv in der Volkssolidarität engagiertes Mitglied unterstütze ich dieses Anliegen und wende mich an alle Interessierten mit der Bitte um solidarische Hilfe. Viele von uns haben wie ich über Jahrzehnte VS-Geschichte mitgestaltet, die jetzt aufgeschrieben gehört.

Sie erstreckt sich von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone, die vierzig Jahre währende DDR-Zeit, ihrem Anschluß an das kapitalistische Westdeutschland 1990 bis zu ihrem Wirken unter Konkurrenzbedingungen in der heutigen BRD. Da versucht wird, auch die Geschichte dieses Verbandes zu verfälschen und umzuschreiben, ist es von Bedeutung, das wahre DDR-Bild aufgrund eigenen Erlebens und eigener Taten bei der Gestaltung des Lebens in der Volkssolidarität festzuhalten.

Eure Beiträge sendet bitte in Verbindung mit Fotos, Urkunden oder Berichten (*keine Originale!*) möglichst bald an: Volkssolidarität, Bundesverband e. V., Bundesgeschäftsstelle, Alte Schönhauser Straße 18, 10118 Berlin.

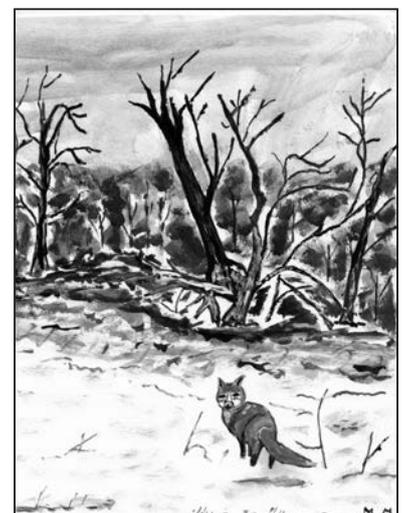
Armin Lufer, Berlin

Zum Leserbrief von Bernd Schenke (RF 236, S. 34)

Die Bemerkungen im Leserbrief von Bernd Schenke zum „Deutschen Turnfest“ sind für mich von großer Bedeutung.

Der BRD-Sport, verflochten mit millionenschweren Industrieinteressen und Finanzkräften, wird mehr und mehr seines sozialen Inhalts beraubt. Da „Leistung“ – auch im Sport ein „zentraler“ Begriff – in der bürgerlichen Motivationstheorie nicht definiert ist, bzw. einzig als Einzelhandlung wichtig ist, weil die Gesellschaft über keine Voraussetzungen ihrer Entwicklung verfügt, ist die Losung der Arbeitersportbewegung „Jedermann an jedem Ort einmal in der Woche Sport“ nicht bekannt. „Sport für alle“ ist ein bloßes Schlagwort. Bundesdeutscher Sport ist zutiefst antidemokratisch, was auch durch Vereine, Verbände oder die Gesetzgebung vom Standpunkt kultureller Erfordernisse und des allgemeinen Rechts nicht kompensiert werden kann.

Manfred Wozniak, Erfurt



Dieser junge Rotfuchs hat sein Revier auf dem Territorium der Regionalgruppe Bernau gesucht und gefunden ...



Graphik: Mohammed Az-Zawawi at-Turhani

■ Regionalgruppe **Berlin**
Treptow-Köpenick

Am 22. November um 16 Uhr spricht Prof. Dr. Christa Luft zum Thema: **Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in Deutschland und der EU**

Ort: Gaststätte „Bei Jorgo“, Kieholzstr. 191, 12347 Berlin

■ Regionalgruppe **Bitterfeld-**
Wolfen

Am 23. November um 14 Uhr, Mitgliederversammlung und Neuwahl des Vorstandes der Regionalgruppe.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Sorge 2, OT Bitterfeld, 06749 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe **Erfurt-**
Weimar

Am 25. November um 11 Uhr spricht Dr. jur. Klaus Emmerich zum Thema: **Fakten zur Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD sowie zur Grenze um Westberlin**

Ort: Gaststätte „Dahlie“, Roßblauer Str. 1, 99086 Erfurt

■ Regionalgruppe **Gera**

Am 25. November um 14 Uhr spricht Konstantin Brandt zum Thema: **Die Rolle der SPD in Vergangenheit und Gegenwart**

Ort: Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Wolfgang Metzger (V.i.S.d.P.),
Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

Redaktionsanschrift:

Bruni Steiniger
Klopstockstr. 19, 12623 Berlin
Tel. 030/561 34 04
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
wometzger@aol.com

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net
facebook.com/Zeitschrift.RotFuchs

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

Autorenkreis:

Florian Adler
Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Bernd Fischer
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Ralf Jungmann
Christa Kożik

Marcel Kunzmann

Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Horst Schneider
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Marianne Walz
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Konstantin Brandt, Glanzstraße 6,
12437 Berlin, Tel. 030/53 02 76 64
vertrieb@rotfuchs.net

oder Sonja Brendel
Tel. 030/5 12 93 18

Heiner Brendel, Gerald Umlauf,
Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele

Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX